Montag, 5. März 1984 · D ★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 55 - 10.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Syrien von Moskau lösen: Der CSU-Vorsitzende Strauß hält es auf längere Sicht gesehen für durchaus möglich, Syrien aus der politisch-militärischen Abhängigkeit der Sowjetunion herauszulösen und wieder näher an den Westen zu binden. (WELT-Gespräch S. 8)

Giftgas im Golfkrieg: Die Vermutung, daß Irak gegen die iranischen Truppen Giftgas oder ähnliche chemische Kampfstoffe einsetzt, ist von österreichischen medizinischen Fachleuten erhärtet worden. Verletzte Iraner werden in Wien behandelt. (S. 8)

Horror-Videos verbieten: Bundesfamilienminister Geißler will mit dem neuen Jugendschutzgesetz den Verkauf von Horror-Videofilmen an Kinder verhindern. Das neue Gesetz soll noch in diesem Jahr kommen.

Taufen: In der „DDR" lassen sich immer mehr Erwachsene taufen, berichtet Bischof Leich aus Thüringen.

Litauen: Mit einer religiösen Demonstration der Zugehörigkeit Litauens zum christlichen Europa begannen in Rom die Gedenkfeiern zum 500. Todestag des litauischen Nationalheiligen Kasimir. Mit Papst Johannes Paul II. konzelebrierten Vertreter von 13 europäischen Bischofskonferenzen in Rom eine Gedenkmesse. (S. 5)

Gen-Technologie: Bundesforschungsminister Riesenhuber betrachtet die Risiken der Gen-Technologie als „voll eingefangen". Im ZDF sagte er, allerdings müßten noch rechtliche Einschränkungen geschaffen werden.

Schulreform: Eine halbe Million Menschen demonstrierte in Versailles gegen die Schulreform-Pläne der sozialistischen Regierung. Sie würden in Frankreich das private und konfessionelle Schulwesen praktisch beseitigen. (S. 3)

Waffenexporteur Spanien: Waffenverkäufe und Aktivierung spanischer Mittelmeer-Politik waren Ziele der Reise des spanischen Ministerpräsidenten Gonzalez nach Riad und Amman. Hohe Arbeitslosigkeit, die noch 1984 20 Prozent erreichen wird, zwingt Spaniens Regierung, alle Exportmöglichkeiten auszuloten. (S.)

Rotation: Grüne Europa-Abgeordnete sollen nach der Hälfte der fünfjährigen Legislaturperiode Nachrückern Platz machen, beschließt ihr Bundesparteitag in Karlsruhe. (S. 5)

Heute: Bundeskanzler Kohl zu Beratungen mit Präsident Reagan im Weißen Haus. – Der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick reist zu Gesprächen mit SED-Chef Honecker nach Ost-Berlin.

ZITAT DES TAGES



»Lieber mit 58 Jahren in Rente als mit 18 Jahren arbeitslos«

Der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) vor Funktionären der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG)

FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

US-Kontrollen: Der US-Senat hat ein neues Export-Kontrollgesetz (export administration act) verabschiedet, das in Europa auf starke Kritik stoßen dürfte. So ist darin vorgesehen, daß ausländischen Firmen der Zugang zum US-Markt verwehrt werden kann, wenn sie die amerikanischen Export-Kontrollen verletzen. (S. 9)

Dänemark: Die Landwirtschaft meldet einen rekordhohen Exportertrag; Absatzerfolge vor allem auf fernen Märkten. (S. 10)

Steuerreform: Die von der Bundesregierung beabsichtigte Steuerreform, die eine Entlastung in der Größenordnung von 20 bis 25 Milliarden Mark bringen soll, läßt die Interessen der Wirtschaft nach Stärkung des Eigenkapitals weitgehend unberücksichtigt, erklärt Professor Biedenkopf. (S. 9)

Bau-Konjunktur: Das Bauhauptgewerbe verzeichnete im vergangenen Jahr einen Umsatz von 106,4 Mrd. Mark und damit 1,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Reaktor-Kooperation: Industrieunternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien haben jetzt in London eine Kooperationsvereinbarung unterschrieben. Ziel ist ein abgestimmtes Bauprogramm von Schnellen Brutreaktoren.

KULTUR

Schaubühne: Peter Stein will sich nach der Spielzeit 1984/85 aus der künstlerischen Leitung der Berliner Schaubühne zurückziehen. (S.15)

Dortmund: Der Schweizer Regisseur Guido Huonder soll neuer Schauspieldirektor in Dortmund werden. Er lebt seit 1970 in der Bundesrepublik.

SPORT

Handball: Der VfL Gummersbach ist nach einer 17:18-Niederlage gegen Dukla Prag aus dem Europapokal der Landesmeister ausgeschieden. (S. 14)

Ski Alpin: Die Schweizerin Maria Walliser gewann den Weltcup der Abfahrtsläuferinnen durch einen 13. Platz im letzten Rennen der Saison. (S. 14)

Fußball: Jetzt ist es endgültig – Trainer Timo Konietzka verläßt Bayer Uerdingen zum Saisonende. Er wird Borussia Dortmund übernehmen. (S. 13)

Leichtathletik: Christian Haas aus Fürth wurde Hallen-Europameister im Sprint über 60 Meter. Im Hochsprung gewann Dietmar Mögenburg mit 2,33 Meter. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Karneval: Die Bierpreise steigen am Rhein, die Alkoholkontrollen der Polizei nehmen an Zahl drastisch zu, Orden „wider den tierischen Ernst" wird vergeben – Karneval in deutschen Landen von Kiel bis München. (S. 16)

Hungersnot: In Brasilien überrascht nicht die Hungersnot im armen Nordosten, sondern das Interesse des Auslands daran.

Wetter: Von Norden wolkig; Sprühregen. Nur nachts Frost.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Kunst am Tropf – Eberhard Nitschke über die neue Filmpreisregelung S. 2

München: Oberbürgermeister Erich Kiesl versucht das rot-grüne Gespenst zu bannen S. 3

Berlin: Papier der FDP zur „Wiedervereinigung der Menschen": Suche nach neuen Wegen S. 4

Saudi-Arabien: Kronprinz Abdallah setzt nur auf Damaskus; Differenzen im Königshaus S. 5

EG-Gipfel: Ein Erfolg hängt jetzt von London ab; Sachstand der Brüsseler Problematik S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Fernsehen: Humor ohne Luftschlangen und Pappnasen – Das Mainzer „unterhaus" S. 8

Fußball: Gerüchte um Wechsel nach Italien stürzen Rummenigge in eine Formkrise S. 13

Panorama: Über die Wende in der Frauenbewegung; gefragt ist jetzt „Neue Weiblichkeit" S. 15

Italien: Beim Babyhandel drückt Justitia ein Auge zu; Geschäft mit illegalen Adoptionen S. 16

Waffengeschäft mit Saudis: Neue Überlegungen in Bonn

Gesamte Nah- und Mittelost-Region soll in Erwägungen einbezogen werden

HEINZ BARTH, Bonn

In der Frage deutscher Waffen-Exporte nach Saudi-Arabien werden gegenwärtig in Bonn, wie zuverlässig zu erfahren ist, ebenso neuartige wie langfristige Überlegungen angestellt. Dabei beginnt sich in Regierungskreisen die Bereitschaft abzuzeichnen, das Problem, weiter gefaßt als bisher, unter dem geostrategischen Aspekt der militärischen Gesamtsituation in der Golfregion zu betrachten.

In diesem Zusammenhang wird die Sorge geäußert, daß nach der Beendigung des Krieges zwischen Iran und Irak für die Bundesrepublik Deutschland eine neue Lage eintreten könnte.

Die selbstauferlegte Bonner Verpflichtung, keinesfalls Waffen an kriegführende Staaten zu liefern, würde bei einer möglichen Einstellung der Feindseligkeiten, die bei der derzeitigen Erschöpfung der kämpfenden Parteien nicht auszuschließen ist, der deutschen Argumentation gegen Waffenverkäufe an Iran, einen Teil ihrer Stichhaltigkeit nehmen.

Zwar wird von iranischer Seite beteuert, ein Friedensschluß mit dem gegenwärtigen Regime in Bagdad komme unter keinen Umständen in Betracht. Aber die Ausblutung beider Parteien ist weit fortgeschritten. Aus der Sicht Bonns hat der Krieg eine Reihe von Problemen verdeckt, die in der Diskussion über etwaige Waffenverkäufe an Riad bisher nicht in Erscheinung traten. So wird von iranischer Seite mit nicht geringerer Heftigkeit als von Israel vor deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien gewarnt.

Mißtrauen und Feindschaft zwischen Teheran und Riad sitzen so tief, daß Bonn bei Rüstungsverkäufen an die Saudis mit schwerwiegenden Folgen für den nichtmilitärischen Handelsaustausch mit Iran zu rechnen hätte. Das Khomeini-Regime kann sich auf die Erklärung Riads berufen, es werde sich keinesfalls an die Bestimmung der Bundesrepublik halten, deutsche Waffen nicht an Drittländer weiterzugeben. Moderne deutsche Waffen in Händen der irakischen Streitkräfte, die bisher vorwiegend von der Sowjetunion und Frankreich beliefert wurden, können – so befürchtet man in Teheran – selbst nach einem vorübergehenden Waffenstillstand den Ausschlag zugunsten Iraks geben.

Auf deutscher Seite muß das Gesamtvolumen des nichtmilitärischen Handels mit Iran, der in einer solchen Krise verloren zu gehen droht, in Betracht gezogen werden. 1983 erreichten die Exporte der Bundesrepublik Deutschland nach Iran wieder das stattliche Volumen von 7,7 Mrd. Mark – eine Steigerung von 126,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Sie übertrafen damit, nach Überwindung der kritischen Phase der iranischen Außenwirtschaft, zum ersten Mal die deutschen Ausfuhren nach Saudi-Arabien (7,6 Mrd.), die um elf Prozent zurückgingen.

Bonn hat, so meinen Regierungskreise in Bonn, daher allen Anlaß, das Problem der Waffenverkäufe an die Saudis und seine Auswirkungen auf die Gesamtheit der deutschen Position im Nahen Osten pragmatisch zu behandeln. Die Diskussion sollte aus der dogmatischen Atmosphäre herausgelöst werden, die sie bisher belastete.

Es handelt sich offensichtlich um eine Diskussion, die für Israel eine Reihe interessanter Aspekte enthält. Die Neueinschätzung des Waffenexport-Komplexes, so wird betont berühre in keiner Weise die bisherige Einstellung der Bundesregierung zu ihrer Verantwortung gegenüber dem

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Diskussionen

HERBERT KREMP

Innerhalb der Bundesregierung wachsen die Bedenken gegen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Das Geschäft ließe sich nicht im Rahmen des normalen bilateralen Handelsaustauschs halten. Die Zusagen, die zwei Bundeskanzler in mehr oder weniger verbindlicher Form in Riad gegeben haben, wecken in anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens Begehrlichkeiten, die weniger auf Prestige- und Konkurrenzgefühlen als auf konkreten Interessengegensätzen und Konflikten beruhen. Außenminister Genscher, der diese Entwicklung voraussah, hatte von vornherein, diskret und intern, Skepsis gegen explosive Nahost-Geschäfte angemeldet.

Die verstärkten Bedenken beziehen sich interessanterweise nicht primär auf Israel, dessen Haltung in der Exportfrage bekannt ist, sondern auf eine gründliche längerfristige Einschätzung der politischen und strategischen Situation in der gesamten, von revolutionären Bewegungen, Kriegen und Kriegsgefahr geschüttelten Mittelost-Region. Sie ist gegenwärtig gekennzeichnet von der Libanon-Krise und dem darunter schwelenden syrisch-israelischen Konflikt. Sie dokumentiert sich drastisch in dem iranisch-irakischen Schlachtengemälde, das in seiner blutigen Breite an die letzten großen Offensiven des Ersten Weltkriegs erinnert. Und die Lage ist schließlich langfristig gekennzeichnet durch den unversöhnlichen Gegensatz zwischen dem Khomeini-Regime, der Avantgarde der islamischen Revolution, und Saudi-Arabien.

Der Materialverschleiß im iranisch-irakischen Krieg zwingt beide Länder, ihre Arsenale aufzufüllen. Da Riad die Front gegen Teheran mit Geld und Waffen stärkt, lösen deutsche Lieferungen an Saudi-Arabien zwangsläufig die Forderung des Iran nach Kompensations-Leistungen aus, wobei es an Hinweisen auf den wachsenden Warenstrom aus der Bundesrepublik nicht fehlen dürfte. Bonn gerät in einen Widerspruch der Interessen. Der Iran ist keine gute Adresse für Waffenlieferungen. Es gibt in Bonn auch keine Neigung, einer solchen Forderung zu entsprechen. Die Überlegungen konzentrieren sich daher auf Wege, wie sie umgangen werden könnten.

Eine probate Methode ist es stets, Zeit zu gewinnen. Dies ist auch wohl der Sinn des in der vergangenen Woche unterbreiteten deutschen Vorschlags, die Waffenlieferungen des Westens in die Krisenregion zu „koordinieren". Damit betritt man das ausgedehnte Feld der Diskussionen, die sich womöglich zu langwierigen Kommissionsberatungen strecken lassen. Das komplizierte Verfahren hat indes nur den einen Sinn, das Waffengeschäft mit den Saudis zu verschieben.

Kohl sieht Bewegung im Ostblock

Der Kanzler will Präsident Reagan seine optimistische Einschätzung vortragen

MANFRED SCHELL, Washington

Bundeskanzler Kohl will US-Präsident Reagan heute seine Einschätzung erläutern, daß im Bereich des Warschauer Paktes viel in Bewegung geraten sei. Seinen Optimismus bezieht Kohl aus den Gesprächen mit dem sowjetischen Parteichef Tschernenko, mit SED-Generalsekretär Honecker und aus seinem kurzen Treffen mit dem rumänischen Außenminister Stefan Andrei, den er vor seiner USA-Reise noch auf dem Flughafen in Bonn gesehen hat.

Dem Kanzler liegen offenkundig Informationen vor, daß sich schon in Kürze der Exekutivrat des Warschauer Paktes treffen wird, um die Linie gegenüber dem Westen zu besprechen. Deshalb, so meint er, sei es wichtig, daß die USA zeigten, wie es weitergehen soll. Kohl weiß sich in diesem Verlangen mit Frankreich einig, und er hat auch bei der britischen Regierungschefin Frau Thatcher deutlichere Neigungen in diese Richtung verspürt. Kohls Interessenlage entspricht es, weitere Informationen darüber zu sammeln, wie man im östlichen Lager denkt. Nicht zuletzt deshalb wird er am 21. Juni zu einem Kurzbesuch nach Ungarn reisen und dort mit Parteichef Kadar zusammentreffen.

Mutmaßungen, die Sowjetunion sei angesichts des Wahlkampfes in den USA nicht zur Wiederaufnahme der Raketen-Verhandlungen oder zu einem Gipfeltreffen zwischen Tschernenko und Reagan bereit, teilt Kohl offensichtlich nicht. Der Kanzler sieht vielmehr eine gute Chance, daß es bis August oder September doch zu einem Treffen auf höchster Ebene oder aber zum Fortgang des Abrüstungsdialogs zwischen Ost und West kommen könnte.

Ein „Einstieg" könnten die Konsultationen in Genf über eine Eingrenzung oder gar ein Verbot der chemischen Waffen sein. Allerdings, das sieht der Kanzler durchaus, hat die Sowjetunion für die Rückkehr an den Verhandlungstisch im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen die propagandistische Meßlatte ziemlich hoch gelegt. Kohl ist der Auffassung, daß beide Weltmächte, wenn sie guten Willens sind, dennoch ein geeignetes Gelände finden, auf dem sie sich treffen könnten, und es dazu keiner Vermittlerrolle Bonns bedarf. Aber entschieden ist Kohl der Meinung, daß es als Preis für die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion einen Status quo ante nicht geben kann.

Der Kanzler sucht auch diesmal in Washington bewußt die Begegnung mit Repräsentanten jüdischer Organisationen, obwohl er weiß, daß die Mißklänge, die es bei seinem Israel-Besuch gegeben hat, auch hier bekannt sind, ebenso wie auch seine grundsätzliche Bereitschaft, Waffen an Saudi-Arabien zu liefern.

Kohl hat mehrfach gesagt, es gebe keine Probleme mit Juden, weder persönlich noch als Politiker habe er welche, aber er erwarte die Bereitschaft, auf seine Argumente einzugehen.

Was den Libanon-Konflikt betrifft, so sagte Regierungssprecher Sudhoff, der Kanzler habe hier „keine Ratschläge" zu geben. Der Kanzler spürt allerdings Sehnsüchte bei den Syrern nach einem großsyrischen Reich.

Prinzipiell setzt Kohl auf die gemäßigten arabischen Staaten und auf Israel, auf einen Ausgleich zwischen beiden Kräften. Dazu gehört, was die arabische Seite betrifft, das Interesse Bonns, daß Ägypten stabil bleibt und der jordanische König Hussein, den Kohl überaus schätzt, seine Existenzchancen behält. In Diskussionen stellt Kohl dann häufig auch die Frage, welche Alternative es denn zum saudischen Königreich gebe.

■ Fortsetzung Seite 8

Spekulationen über Vorsitz des Obersten Sowjets

AP/DW. Moskau

In der Sowjetunion ist gestern über die neue Zusammensetzung des Obersten Sowjet, einer parlamentsähnlichen Institution, entschieden worden. Mit Spannung wird die konstituierende Sitzung der beiden Kammern erwartet, auf der ein neues Staatsoberhaupt gewählt werden und der Ministerpräsident im Amt bestätigt oder ein neuer nominiert werden muß. Der Termin steht noch nicht fest.

Das Amt des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, eine Art Staatspräsidium mit beschränkten legislativen Vollmachten zwischen den Plenartagungen der beiden Kammern, ist seit dem Tod Juri Andropows vakant, und Konstantin Tschernenko ist bisher nur vom Zentralkomitee der KPdSU als Nachfolger Andropows zum Generalsekretär der Partei berufen worden.

Von den Politbüromitgliedern hat Michail Gorbatschow die drittletzte Rede auf den großen Kundgebungen vor der „Wahl" gehalten. Nach ihm kamen nur Tichonow und zuletzt Tschernenko. Westliche Beobachter sehen darin ein weiteres Indiz für ihre Annahme, daß der jetzt 53 Jahre alte Gorbatschow für eine höhere Funktion in Frage kommt. Der Fall könnte eintreten, wenn der 72jährige Tschernenko nicht zusätzlich das höchste Staatsamt übernimmt oder der 78jährige Tichonow den Ministerratsvorsitz abgibt.

Seite 2: Außer Atem
Seite 6: US-Reaktion auf Rede

Konferenz über Libanon noch in dieser Woche?

DW. Beirut

In der libanesischen Hauptstadt wurde gestern trotz anhaltender Kämpfe zwischen Regierungstruppen und moslemischen Milizen mit der baldigen Ausrufung eines von Syrien garantierten Waffenstillstands gerechnet. Staatspräsident Gemayel versuchte in Konsultationen mit oppositionellen Politikern, diese für die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem syrischen Staatschef Assad zu gewinnen.

Am Wochenende unterrichtete Gemayel unter anderem den früheren Staatspräsidenten Frandschieh über die Ergebnisse in Damaskus. Frandschieh gilt, obgleich Christ, als Gegner der Politik Gemayels.

Unterdessen wurden Grundzüge der Übereinkunft Gemayels mit Assad bekannt. Nach einem Bericht der Pariser Zeitung „Le Monde" soll Damaskus im Gegenzug zur Aufkündigung des israelisch-libanesischen Truppenabzugsabkommens bereit sein, die Position Gemayels als Präsident zu garantieren; allerdings verlangen die Chefs der drusischen und schiitischen Milizen, Dschumblatt und Berri, weiter einen Rücktritt des Präsidenten. Darüber hinaus soll Syrien einen „echten" Waffenstillstand in Libanon garantieren. Weiter soll vereinbart worden sein, daß die libanesische „Versöhnungskonferenz" in der kommenden Woche im schweizerischen Montreux wiederaufgenommen werden soll. Entgegen libanesischen Erwartungen hat Damaskus nach diesem Bericht keine Zusagen für einen syrischen Truppenabzug aus Libanon gemacht.

Steinkühler: Zu Kompromiß bereit

„Auch mit 35,5-Stunden-Woche einverstanden" / IG Metall gibt Probleme zu

DW. Bonn

Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, hat in der Diskussion um die 35-Stunden-Woche eine zum Kompromiß bereite Linie erkennen lassen. „Unsere Forderung heißt 35-Stunden-Woche, das bedeutet aber nicht, daß wir nicht auch mit der 35,5-Stunden-Woche einverstanden wären", umschrieb Steinkühler im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" die Position seiner Gewerkschaft.

„Wenn wir nicht kompromißbereit wären, würden wir doch nicht verhandeln, sondern den Arbeitgebern einen Brief schreiben und mit Streik drohen." Er, Steinkühler, könne sich bei den Verhandlungen „eine ganze Reihe von Lösungsmöglichkeiten vorstellen". Allerdings müsse dabei die 40-Stunden-Woche „auf jeden Fall" weg.

Für Steinkühler sind offensichtlich auch flexible Arbeitszeiten kein überwindliches Hindernis. „Es gibt ja jetzt schon flexible Arbeitszeiten", argumentierte er. Alle weiteren Verhandlungen verlören aber ihren Sinn, wenn die Arbeitgeber dabei blieben,

SEITE 2:
Abrücken von der „Existenzfrage"

„daß vier Wochen Streik besser sind als eine Minute Arbeitszeitverkürzung". Deshalb schätze er auch die Möglichkeit, einen Streik zu vermeiden, als „immer geringer" ein. Für die kommenden Wochen kündigte Steinkühler Warnstreiks in der deutschen Metallindustrie an.

Steinkühler räumte ein, daß die IG Metall Schwierigkeiten habe, ihre Mitglieder für den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu aktivieren. „Probleme gab es immer, diesmal allerdings mehr als sonst." Als Gründe nannte er die hohe Arbeitslosigkeit, die die Stimmung drückte und „eine wirkungsvolle Koalition aus Kapital und Kabinett".

Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche ist nach Meinung des Bremer Regierungschefs Hans Koschnick (SPD) allein noch kein Patentrezept. Auf einer Veranstaltung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in Fürstenau (Niedersachsen) sagte er, man sollte vielmehr nach dem Motto „Lieber mit 58 Jahren in Rente als mit 18 Jahren arbeitslos" verfahren.

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Biedenkopf riet der Bundesregierung, im Streit um die 35-Stunden-Woche auf Ausgleich statt auf Konfrontation zu setzen.

SED tritt jetzt für privaten Handel ein

Politbüromitglied Krenz äußert sich zu den Versorgungsmängeln in der „DDR"

hrk. Berlin

Das offenkundig von Erich Honecker für seine Nachfolge als SED-Chef vorgesehene Politbüro-Mitglied Egon Krenz hat sich jetzt zum ersten Mal in einer wirtschaftspolitischen Rede auch zum heiklen Thema der Versorgungsmängel geäußert. Die SED betrachte dieses Problem als eine „erstrangige politische Aufgabe", erklärte Krenz.

In seiner Rede im Vorfeld der „Kommunalwahlen" am 6. Mai in der „DDR" brach Krenz vor den Ratsvorsitzenden sämtlicher Kreise eine Lanze für die neuerdings wieder stärker als früher geförderten privaten Einzelhändler und Gastronomen. In indirekter Rede wurde Krenz am vergangenen Wochenende in der gesamten „DDR"-Presse so zitiert: Stabile Versorgung schließe für die örtlichen Organe „immer auch ein, für eine ansprechende Handelskultur Sorge zu tragen. Dazu gehöre auch, zielstrebig die kleinen privaten Gaststätten und Geschäfte zu unterstützen und Gewerbegenehmigungen zu erteilen für Dienste, die für die Versorgung der Bevölkerung so wichtigen Bereich".

Im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik benutzte Krenz das vor allem bei Politikern in der Bundesrepublik Deutschland geschätzte Wort „bürgernah".

Häufige negative Erfahrungen vieler Mitteldeutscher griff Krenz in seiner weniger als üblich von Partei-Floskeln überfrachteten Rede ebenfalls auf: Ständig sei darauf zu achten, „daß die Öffnungszeiten der Verkaufseinrichtungen und Gaststätten mit dem Arbeitsrhythmus und den besonderen Anforderungen der Schichtarbeit übereinstimmen und vor allem auch zu den Haupteinkaufszeiten die Kaufhallen und Läden ausreichend besetzt sind und die Kunden immer freundlich bedient werden".

Indirekt ging Krenz auch als erster „DDR"-Politiker auf das Problem wachsender Arbeitslosigkeit ein, das durch die zunehmende Rationalisierung auftritt: Alle „Veränderungen" im Arbeitsleben der Werktätigen müßten mit ihnen „mit großer Sorgfalt und vertrauensvoll" besprochen und organisiert werden. In diesem Zusammenhang nannte Krenz ausdrücklich die für die Arbeitsvermittlung zuständigen „Ämter für Arbeit". Sie waren bisher in der Öffentlichkeit nie als wichtige Einrichtung aufgeführt worden.


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hamburger Einsichten

Von Herbert Schütte

Du bist ein Quatschkopf", sagte der Erste Bürgermeister von Hamburg. „Ein wirklicher Quatschkopf!"

Es wäre ungerecht, zu behaupten, daß diese Aussage für einen aristokratischen Mund zu rauh sei. Aber es ist klarzustellen, daß eine solche Sprache gegenüber den Hamburger Linken bisher höchst unüblich war. Und schon gar nicht hörte man dergleichen von Klaus v. Dohnanyi, dem stets um Konzilianz von und nach links bemühten Stadthaupt der Hanseaten.

Aber eine Delegierte des Hamburger SPD-Landesparteitags *hatte ihn tief getroffen, als sie die neue* Sparpolitik des Senats nicht nur mit dem Etikett „Ermächtigungsgesetz" versah – eine Geschmacklosigkeit gegenüber dem Sohn eines im Zusammenhang mit dem 20. Juli Hingerichteten, wie sie wirklich nur von linksaußen möglich ist –, sondern auch noch versichert hatte: „Die Wende in Hamburg ist viel größer als im Bundesgebiet!"

Eine Wende hat die Hamburger Stadtregierung in der Tat vollzogen. Das ist um so bemerkenswerter, als sie bislang trotzig als letzte bei dem Standpunkt ausgeharrt hatte, daß eine expansive Personalpolitik der richtige Weg sei, während sogar Bremen inzwischen auf Sparkurs gegangen ist. Daß der SPD-Haushaltsexperte Gerd Weiland ausgerufen hatte: „Den Kopf in den Sand zu stecken, ist keine sozialdemokratische Politik!", das hätten die Delegierten noch ertragen; man weiß, daß dieser Mann schon lange für hanseatisches Denken auch in der Politik eintritt. Aber daß Dohnanyi selber, der sich so lange – wie die CDU es zu beschreiben pflegte – gegenüber dem finanzpolitischen Debakel der einst reichsten Region Europas „in seinem Amtszimmer verschanzt" hatte, jetzt den Delegierten zurief: „Wir können uns auch beim Staat nicht um die Fakten der Betriebswirtschaft herumdrücken!", das ließ die Delegierten sich den Sand aus den Augen reiben.

Tatsächlich ist in Hamburg *gewiß keine größere* Wende eingetreten als im übrigen Bundesgebiet. Aber daß sie solcherart in Hamburg eintreten konnte, das ist die letzte notarielle Beglaubigung schlechthin, daß sie eingetreten ist.

Außer Atem

Von Botho Kirsch

Das Moskauer Staatsfernsehen transportierte die Bilder des Jammers in alle Wohnküchen und Mini-Appartements zwischen Ostsee und Stillem Ozean. Da trat der Oberste aller Sowjets, Konstantin Tschernenko, mühsam nach Luft ringend vor ein handverlesenes Publikum aus den Großbetrieben seines Moskauer Wahlbezirks – Sinnbild einer kurzatmig gewordenen Supermacht, die buchstäblich aus dem letzten Loch pfeift. Die Fernsehkamera enthüllte alle Schwächen seiner abgehackten Redeweise. Einmal, mitten in einer Passage über das Verbot chemischer Waffen, verlor er sogar den Faden und wühlte peinvolle Sekunden lang in seinem Redemanuskript.

Auch in der Substanz bot Tschernenko wenig Neues. Moskaus Satelliten in Osteuropa dürften kaum erbaut sein über die Aussicht, *künftig stärker* an die *Kandare* der Blockdisziplin genommen zu werden. Kubas Fidel Castro, Moskaus Stachel im Fleisch Amerikas, beruhigte er mit einer erneuerten Sicherheitsgarantie. Den chinesischen Erbfeind verärgerte er mit dem Hinweis auf weiter bestehende Differenzen, die nicht zu Lasten Dritter – sprich Moskaus asiatischer Hilfsvölker – ausgeräumt werden dürften.

An Reagans Amerika erprobte Tschernenko die alte moskowitische Wechselbadtherapie von Zuckerbrot und Peitsche. Neben harten antiamerikanischen Ausfällen, die deutlich die Handschrift von Verteidigungsminister Ustinow und Außenminister Gromyko trugen, stand ein nostalgischer Rückblick auf die Höhepunkte sowjetisch-amerikanischer Gipfeldiplomatie in den siebziger Jahren. Doch statt neuer Initiativen beschwor Tschernenko auch hier nur die Schatten der Vergangenheit. Der von ihm angebotene atomare Burgfriede – ob beim Verzicht auf die militärische Nutzung des Weltraums, ob durch Nichtweitergabe von Kernwaffen oder durch Konsultationspflicht im Spannungsfall –, das alles ist seinerzeit von Breschnew und Nixon in Abkommen gegossen worden. Wer diesen Wechsel auf die Zukunft prolongieren will, muß mehr anbieten als eine quergeschriebene Unterschrift. Tschernenkos Atem ist zu kurz, seine Konkurrenten im Politbüro sind zu *mächtig, um hier einen Neuanfang zu erwarten.*

Kunst am Tropf

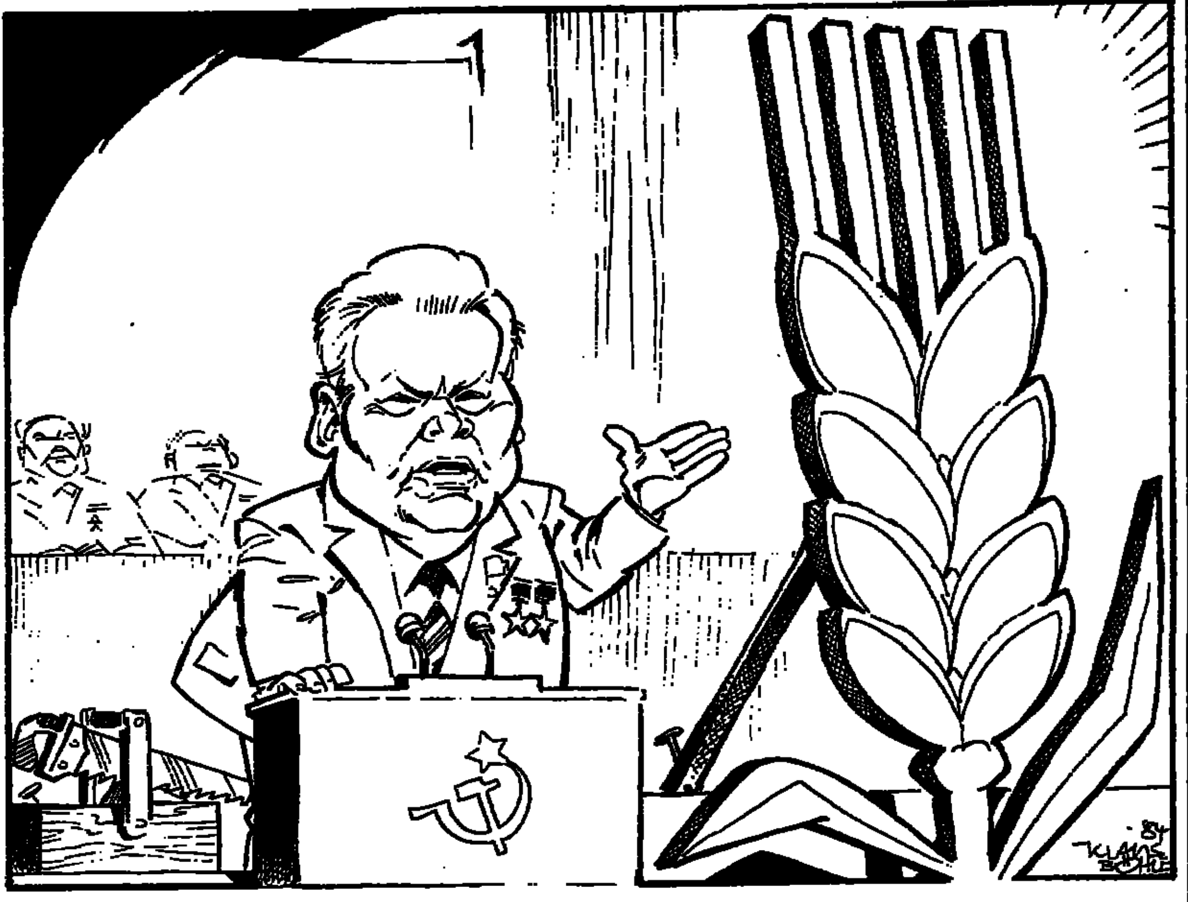
Von Eberhard Nitschke

Seien wir gerecht: Es war nicht allein Achternbusch. Sein „Gespenst" war nur das Symptom für den gespenstischen Verfall der deutschen Filmindustrie am Subventionstropf. Der Anteil des deutschen Films an den Kinobesuchen in der Bundesrepublik Deutschland ist von 18,7 Prozent im Jahr 1981 auf 11,3 Prozent 1982 zurückgegangen; 1983 rutschte er schließlich unter die Fünfprozentmarke. Und das, obwohl die staatliche Förderung den „wertvollen" deutschen Filmen nicht nur seit 1951 die Produktion finanziert, sondern seit 1970 sogar den Filmtheatern dafür Prämien zahlt, wenn sie die Streifen deutscher Produzenten in ihre Häuser lassen.

Nun hat der Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann die staatliche Filmförderung neu gefaßt. Was ihm bevorsteht, ist klar. Entweder gehen die rund sechs Millionen Mark, die sein Haus zu den vielen Förderungs-Millionen aus anderen durch Steuern gespeisten Töpfen beiträgt, wie bisher an die Ateliers. Das wäre dann im Urteil der herrschenden Lehre (lies: der Produzentenclique und der mit ihr ideologisch und manchmal auch geschäftlich verbundenen Feuilletoneria) der würdige Anteil des Staates an seiner würdigen Repräsentation weltweit. Oder der Innenminister entscheidet nach Paragraph zwei der neuen Richtlinien aufgrund von Vorschlägen Sachverständiger über seine Millionen (nach bisheriger Textformulierung „vergab" er bloß). Dann wird man ihm „Zensur" vorwerfen.

Bisher wurde nach dem ersten Schema produziert. Die Folge waren Streifen, die sich an öffentlichem Desinteresse gegenseitig unterboten. Den Rekord bildete die Sorte von Kunstwerk, die in insgesamt zwei Winzigkinos von rund dreihundert Fans besichtigt wurde. Und dann gibt es jene Kunst, die Förderungsakrobatik genannt wird. Bis zu „low-budget"-Vorhaben, die von sechs Förderern Geld zu erhalten verstanden.

Was wird nun, unter Zimmermanns Hand, aus der Repräsentation deutscher Kunst weltweit? Wir wissen nur eines: Schlimmer kann es nicht werden. Weniger Beachtung und mehr Verachtung als bisher kann die deutsche Produktion sich kaum einhandeln.



„...und im übrigen bleiben uns unsere amerikanischen Farmer!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Frankreich im Sturm

Von August Graf Kageneck

In einem Stück von Max Frisch gibt es eine Szene, in der fröhliche Herren aus der gehobenen Einkommensschicht im Erdgeschoß eines Schlosses nach gelungenem Geschäftsabschluß die Sektkelche schwingen, während sich im Keller bereits die Stoßtrupps der Revolution versammeln. Ein deutscher Publizist fragte jüngst, ob es mit Europa ähnlich bestellt sei. Am selben Tag hatten Kohl und Mitterrand sich zum zweiten Mal in drei Wochen über Europa zusammengesetzt.

Wie sich die Bilder unterscheiden! Gab es doch weder einen erfolgreichen Abschluß über Europa noch – soviel man weiß – übermütig geschwungene Sektgläser. Es gab freilich ein Schloß, das Elysée. Und es gibt schwere Unruhe. Aber es gibt nicht das bequeme eingelernte Bild von den bösen Kapitalisten, die das Proletariat darben lassen, bis es sich erhebt, sie wegfegt und das Zeitalter ewigen Glücks einführt. Das Proletariat hat sich in Frankreich bereits erhoben, an der Wahlurne. Und damit haben seine Sorgen erst angefangen. Wenn es Feinde sieht, so sind das nicht primär Geschäftsleute, sondern Funktionäre.

Die Sozialkonflikte häufen sich, wenn man auch manche noch nicht sieht, weil sie im Schoß von Verhandlungen zwischen Regierung und Interessengruppen beschlossen liegen. Aber nichts davon kann zu einem „guten", will sagen: spendablen, Ausgang führen. Denn die Regierung ist der Partner (oder Gegner), ihr aber sind durch die Austerity-Politik des Wirtschaftsministers Jacques Delors alle Hände gebunden. Sie kann die Löhne nicht erhöhen, ohne eine Politik in Gefahr zu bringen, von deren Erfolg die Position Frankreichs als Wirtschaftsmacht und damit als Macht überhaupt abhängt. Die Lohnempfänger aber mußten im Jahr 1983 durchschnittlich 0,7 Prozent Kaufkraftverlust hinnehmen. Im Vorjahr hatten sie noch ein Plus von 2,8 Prozent gehabt.

Ist die französische soziale Szene also insofern schon auf Konflikt ausgelegt, so droht dieser um so heftiger zu werden, als im Zuge der industriellen Umstrukturierung – auch sie ein Muß für die Regierung, soll die Konkurrenzfähigkeit des Landes erhalten bleiben – schmerzhafte Entlassungen im Stahl- und Kohlebereich, in der Schiffahrts- und Textilindustrie anstehen. Lohnstop plus Arbeitsplatzabbau aber formen ein explosives Gemisch.

Die Explosionsgefahr richtet sich erstmals seit den Arbeiterunruhen der ersten Nachkriegsjahre gegen eine Regierung, die von den Arbeitern gewählt wurde. Nun kommt aber ein dritter Sprengfaktor hinzu. Die Enttäuschung über den Unterschied zwischen Versprochenem und Realem ist ja eben nicht mehr, wie in versimpelnden Theaterstücken, auf die klassischen Unterprivilegierten beschränkt. Sie greift hinaus auf die Ebene der Kader, der Funktionäre, der Bürokräfte. Dann aber reagieren auch Landwirte und Unternehmer erbittert auf eine Austerity, die von ihnen die Bezahlung für die Extravaganzen der euphorischen Zeiten erwartet und sie bis zum Weißbluten schröpft. Beim letzten Fernfahrerstreik standen Unternehmer und Angestellte in einer Lastwagenfront. Dazu kommt der Aufstand der Eltern gegen die Schulpolitik der Regierung. Ihr Aufmarsch am Wochenende geht weit über das hinaus, was jemals Friedensbewegte in Frankreich mobilisieren konnten.

Ausländer mögen die Frage stellen, warum die Regierung sich zu ihren sonstigen Sorgen ausgerechnet die Schulfrage aufladen mußte. Die Antwort ist, daß Sozialisten nun einmal Weltverbesserer sind und folglich die alleinseligmachende Laienschule im „Sozialistischen Manifest" von 1981 niedergelegt haben. Sie sind damit gescheitert, wie nicht anders zu erwarten war; Eltern, Schüler und Kirche bildeten eine Koalition, gegen die sich keine nivellierende Schulpolitik behaupten konnte. Doch irrt, wer nun glaubt, daß solcherart die Einheitsschule und aller damit zusammenhängender Ärger zu den Akten gelegt werden kann. Die Lehrer – nicht, natürlich, die an den Privatschulen! – bilden einen riesigen und äußerst einflußreichen Flügel der Sozialistischen Partei. Da steht Mitterrand die schnaubende Gegenbewegung der Ideologen bevor.



Vor dem Aufstand der Enttäuschten: Mitterrand FOTO: GILLES BOUQUILLON / STUDIO X

Es sind also mehrere Ströme der Unzufriedenheit und Enttäuschung, die hier zu einer gewaltigen Flutwelle zusammenfließen, gegen eine Regierung obendrein, die in sich uneins und damit geschwächt ist. Die Kommunisten werden gewiß nicht um der staatspolitischen Vernunft willen stillhalten, wenn sie sehen, daß die Arbeiter und die Ideologen sich gegen die Regierung wenden. Man fragt sich nur noch, ob sie im Fall ernsterer Unruhen von selber die Regierung verlassen werden oder ob Mitterrand sie ausbooten wird. So oder so, niemand erwartet ein Überleben der unnatürlichen Koalition. Wie wird der Morgen danach aussehen? Allgemein wird mit einem Sieger namens Mitterrand gerechnet, der zu einer Politik der vernünftigen Mitte zurückkehrt.

Unvorstellbar bei dem Mann, dessen Wahl einst mit Rosen in den Händen und Barfußtänzen in öffentlichen Parks und Brunnen begrüßt worden war? Frankreich ist bekanntlich das Land der clarté. Dort sind viele innere Umkehrungen möglich. Und außerdem hat der Präsident ja noch etliche Jahre der Unabwählbarkeit. Mehr läßt sich zur Zukunft dieses Landes im Augenblick nicht sagen. Nur eben: eine festere Zusammenfügung Europas in seinem Kern ist für den Augenblick auch von den Problemen des Augenblicks belastet.

IM GESPRÄCH Eva Klotz

Freistaat Südtirol

Von Carl Gustaf Ströhm

Als das Österreichische Fernsehen jüngst eine Diskussion über Andreas Hofer zum Jubiläumsjahr des Tiroler Freiheitskämpfers gegen Napoleon ausstrahlte, stahl eine junge Frau den dort versammelten Mannsbildern – von verquält deklamierenden Linksintellektuellen bis zu einem ebenso herablassenden wie unhistorisch argumentierenden Politologen – buchstäblich die Schau. Eva Klotz, 32 Jahre alt und seit 1983 Abgeordnete des „Südtiroler Heimatbundes" im Landtag von Bozen, sprach aus, was sonst mit vielen schönen Worten unter den Tisch oder Teppich gekehrt wird: Sie empfinde jedesmal, wenn sie die Grenze am Brenner überschreite, den Zustand, in dem Südtirol heute leben müsse, als „Fremdherrschaft". Dann trug die promovierte Historikerin ihre politischen Ziele vor: Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für die Tiroler südlich des Brenners. Da Österreich sich für eine solche Lösung nicht einsetzen könne oder wolle, also eine unmittelbare Wiedervereinigung Südtirols mit Nordtirol zur Zeit nicht möglich sei, strebe man einen „Freistaat Südtirol" an.



„Gehöre zur deutschen Kulturnation": Eva Klotz FOTO: WERNER SCHÜRING

Später erläutert die junge Historikerin und Politikerin, die mit ihrer geflochtenen Zopffrisur aussieht, als sei sie einem Genrebild des Tiroler Malers Defregger entsprungen, wie sie sich die Zukunft Südtirols vorstellt: Endziel müsse ein unabhängiger Staat sein, der – so meint sie – in der NATO und in der EG verbleiben könne. Hält man ihr entgegen, dies sei eine Utopie, so antwortet sie, die Utopien von heute seien die Wirklichkeit von morgen. Man müsse einfach den Mut haben, vorwärts zu schreiten.

Ist sie eine „Extremistin" oder gar Faschistin? Auf solche Vorhaltungen lächelt die aus dem Passeier – der engeren Heimat Andreas Hofers – stammende Jung-Politikerin beinahe nachsichtig und verweist darauf, daß die Südtiroler wie kaum jemand anderer die faschistische Unterdrükkung am eigenen Leib verspürt hätten. Schließlich sagt sie noch: „In erster Linie bin ich Tirolerin, aber ich gehöre selbstverständlich zur deutschen Kulturnation."

Man erinnert sich, daß ihr Familienname in der jüngsten Tiroler Geschichte eine Rolle spielte. Ihr Vater war der Südtiroler Schützenmajor Georg Klotz, der sich Anfang der sechziger Jahre am damaligen Südtiroler Widerstandskampf gegen Italien beteiligte. Dabei wurden auch Bomben gezündet. Ihr Vater, so sagt Eva Klotz, habe aber nie einen Menschen umgebracht. Und überhaupt müsse man heute legal, auf friedlichem Wege, für Südtirol kämpfen. Sie sei für Menschenrechte und Menschenwürde, gegen Links- und Rechtsextremismus, für Demokratie und Selbstbestimmung.

An der Wand ihres Wohnzimmers hängt eine Karte Siebenbürgens und im Bücherschrank stehen Werke über das untergegangene Deutschtum im Osten. Von Reval und Riga bis Bozen und Salurn geht der Blick einer jungen Politikerin, von der man vielleicht noch einiges hören wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zu Kohl in Amerika heißt es hier:

Ronald Reagan wird sich vorerst damit begnügen, daß den nörgelnden Europäern die Kissinger-Medizin gezeigt worden ist, aber schlucken muß sie Kohl in Washington bestimmt nicht. Kontroversen werden ausgeklammert. Gleichwohl sollte sich Kohl nicht allzu ausgiebig auf seine pfälzische Frohnatur verlassen. Nicht alles, was keinen Widerspruch erfährt, hat Zustimmung. Der Kanzler muß es schon dem amerikanischen Präsidenten überlassen, wann dieser ein Gipfeltreffen mit Tschernenko für angezeigt hält.

Frankfurter Allgemeine

Zu den Verhandlungen im südlichen Afrika meint das Blatt:

Steht die Republik Südafrika im Begriff, ihre Isolation vom übrigen, schwarzen Afrika zu durchbrechen, die Mauer nach Norden zu überspringen? Oder sind es umgekehrt die südafrikanischen Nachbarn im Norden, die, der bitteren Not gehorchend und über ihren eigenen Schatten springend, sich mit den verhaßten „Rassisten" arrangieren wollen und auf den Apartheid-Staat zugeben? Das Ergebnis ist jedenfalls erfreulich für die *meisten Beteiligten. Die Zukunft* im südlichen Afrika scheint friedlicher zu werden.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt behandelt die Arbeitslosenstatistik:

Wer die Statistik wälzt, entdeckt darin etliche lichte Zeichen. So ging die Jugendarbeitslosigkeit binnen Jahresfrist von 10,1 Prozent auf 9 Prozent zurück, haben sich die Erwerbslosen in den ersten beiden Monaten 1984 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit insgesamt um fast 40 000 vermindert... Das alles ist kein Grund, sich zufrieden in den Lehnstuhl zurückzulehnen... Aber es zeigt, daß die Bundesregierung auf dem richtigen Weg ist.



Bild

Zur Berichterstattung über die Flucht von „DDR"-Einwohnern meint die Massenzeitung:

Das Thema ist von grundsätzlicher Bedeutung: Soll über die Flucht von „DDR"-Bürgern berichtet werden oder nicht – etwa über die der Stoph-Verwandten? Gewiß, es mag in Einzelfällen ratsam sein zu schweigen (was auch im Einzelfall geschah). Aber die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Veröffentlichungen waren in aller Regel hilfreich. Das bestätigten russische Regimekritiker oder Deutsche aus der „DDR". Offenheit hat häufig geheime Brutalität verhindert.

WZ Westdeutsche Zeitung

Das Verhältnis Kohls zu Genscher kommentiert das Düsseldorfer Blatt:

Bundeskanzler Kohl reist ohne Außenminister Genscher nach Washington. Das findet der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel merkwürdig, zumal Genscher bereits bei den Kanzlerreisen nach Saudi-Arabien und Israel nicht dabei gewesen ist. Genscher geht nach Vogels Ansicht zu Kohl immer mehr auf Distanz. Sogar ein vorzeitiges Ende der Kanzlerschaft Kohls schließt Vogel nicht aus. Daß er die Schwäche der Bonner Koalition ausgerechnet da vermutet, wo sie stabil ist, in den Beziehungen zwischen Kohl und Genscher, verrät mehr Wunschdenken als Wirklichkeitsnähe.

Wenn Steinkühler sagt: Das alles sind keine Tabus

Erstes behutsames Abrücken von der 35-Stunden-„Existenzfrage" / Von Günther Bading

Nur die närrischen Tage will man bei der IG Metall noch abwarten. Aber „am Aschermittwoch ist alles vorbei", was im Moment noch an trügerischem Frieden in der Industrie zu sehen ist. Die Friedenspflicht in der Tarifauseinandersetzung um mehr Lohn und um kürzere Arbeitszeit ist Anfang März erloschen. Jetzt soll sich wieder das bekannte Karussell drehen: Überall in der Republik wird für eine oder zwei Stunden gestreikt. Die Metaller ziehen mit ihren rot-gelben Fahnen auf die Straßen, zeigen Spruchbänder mit „35-Stunden-Woche – jetzt!" und hören mehr oder minder interessiert Wanderpredigern zu wie dem Verwalter der Abteilung Tarifpolitik beim IG Metall Vorstand, Hans Janßen, wenn er die „lieben Kollegen" zur Kampfbereitschaft aufruft.

Alles wie gehabt? Nicht ganz, so scheint es, wenn man das Interview würdigt, das der zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, seinem Lieblingsmagazin aus Hamburg gegeben hat. Das Erstaunlichste daran: Der „Franz" (Vorname genügt – jeder Metaller weiß, wer gemeint ist) rückt zum ersten Mal von der Maximalforderung „35 Wochenstunden müssen her" ab und postuliert nur noch: „Das bedeutet aber nicht, daß wir nicht auch mit der 35,5-Stunden-Woche einverstanden wären."

Die Existenzfrage der größten Einzelgewerkschaft weltweit, von Steinkühler hochstilisiert, ist um eine halbe Stunde geschrumpft. Rechnerisch sind das immerhin zehn Prozent. In der Tarifpolitik ein gewaltiger Schritt.

Und nicht nur das. Steinkühler lenkt noch weiter ein. Er nimmt den schon Ende vergangenen Jahres von den Metall-Arbeitgebern vorgelegten Entwurf für einen Tarifvertrag zur Flexibilisierung der Arbeitszeit auf. Schließlich gebe es schon jetzt flexible Arbeitszeit, sagte er. „Überstunden, Kurzarbeit, gleitende Arbeitszeiten, auch Samstagsarbeit – das alles waren und sind keine Tabus. Über all diese Dinge kann auch geredet werden, aber zunächst muß das Tabu der 40-Stunden-Woche fallen." Vergessen hat Steinkühler offenbar die gerade von seinen Anhängern erhobene Forderung nach Abbau, gar Verbot von Überstunden, und die Kritik an Kurz- und Teilzeitarbeit. Vergessen auch ist offenbar jene einst so erfolgreiche Werbeparole (damals für die 40-Stunden-Woche) „Samstags gehört Vati mir".

Zu einem freilich ist auch ein Steinkühler in Nöten nicht bereit: die Vorruhestandsregelung, bei den Metallern einst „Tarifrente" genannt, taucht im Quasi-Angebots-Katalog nicht auf. Denn das hieße für Kaiser Franz, dem alten Tarif-Widersacher Hans Janßen nachzugeben, der sich dafür stark gemacht hatte.

Das wäre nicht die Existenzfrage für die IG Metall, wie der junge zweite Vorsitzende die 35-Stunden-Woche gern apostrophiert. Das Einschwenken auf die Tarifrente – von den Arbeitgebern ebenfalls längst angeboten und noch mit dem Bonus einer satten zusätzlichen Lohnerhöhung versehen – wäre innerorganisatorisch die Existenzfrage des Tarif-Scharfmachers Steinkühler.

Steinkühler in Nöten. Stimmt das wirklich? Es scheint so. Denn für ihre Parole hat die Gewerkschaftsführung in der eigenen Basis noch keine Begeisterung wecken können. Zu einsichtig sind selbst dem mit volkswirtschaftlichen Dingen sonst nicht befaßten Metallarbeiter die Warnungen des Kanzlers, der Unternehmer, der Wirtschaftswissenschaftler und Sachverständigen. Für weniger Arbeit den gleichen Lohn, gar noch mehr – wie es die IG Metall fordert? Man mag über den Niedergang der Leistungsbereitschaft bei deutschen Arbeitnehmern viel diskutieren. Aber mehr Lohn für weniger Arbeit – das geht ihnen denn doch noch nicht ein.

Fast entlarvend auch hier der Text des zitierten Interviews. Da reise er nun landauf, landab von Veranstaltung zu Veranstaltung, um die Basis zu mobilisieren, berichtet der 2. Vorsitzende der 2,5-Millionen-Gewerkschaft. „Die Säle sind proppenvoll und die Stimmung ist ganz hervorragend." Das mag schon sein bei denen, die dorthin gehen – erfahrungsgemäß kleine und mittlere Funktionäre und die von ihnen direkt angesprochenen Kollegen, denen keine glaubwürdige Ausrede eingefallen ist. Steinkühler hat sie nicht, denn: „Wenn das ein zuverlässiger Indikator wäre, bräuchten wir uns um unsere Kampfkraft überhaupt keine Sorgen zu machen."

Der smarte Mann aus Frankfurt, früher Stuttgart, hat recht. Dies ist kein Indikator. Der echte Test für die Konfliktbereitschaft ihrer Mitglieder erwartet die IG Metall erst mit der geplanten Warnstreikwelle. Deshalb auch wurden alle Tarifgespräche Ende Februar auf Ende März (rund um den Frühlingsbeginn) vertagt. Die IG Metall-Führung braucht Zeit. Zur Mobilisierung, wenn die Pläne für einen Streik nach Ostern realisierbar erscheinen. Oder zum Abwiegeln, wenn sich die Metallarbeiter die Vernunft auch von Udo Lindenberg nicht weg-rocken lassen.

Kiesl sucht das rot-grüne Gespenst zu bannen

Wer wird nach dem 18. März „Deutschlands heimliche Hauptstadt“ regieren? Wird einem OB Kiesl von der CSU im Münchner Rathaus eine Mehrheit von SPD und Grünen gegenüberstehen?

Von PETER SCHMALZ

Sein Gesicht ist rund mit Äuglein wie zwei Knöpfe und Haaren, die sich über eine hohe Stirn nach hinten geflüchtet haben. Erich Kiesl weiß, daß er Werbeleuten, die ihn auf großflächigen Plakaten präsentieren müssen, keine leichte Aufgabe stellt.

Daß aber mitten im Münchner Wahlkampf die Kabarettisten Gerhard Polt und Dieter Hildebrandt ausgerechnet auf der städtischen Bühne der „Kammerspiele“ das Gesicht des Oberbürgermeisters mit einem Knödel vergleichen, das wurmt ihn denn doch. Da aber die Münchner eine beleidigte Leberwurst so wenig mögen wie abgestandenes Bier, muß Kiesl gute Miene zum bissigen Spiel machen und verkündet nun, als wär's ein Einfall von ihm: „Ich habe Münchens schönstes Knödelgesicht.“

Womit auch schon einer der Höhepunkte dieses Wahlkampfes in „Deutschlands heimlicher Hauptstadt“ beschrieben wäre. Denn die Aussicht, am 18. März ein neues Stadtparlament wählen zu können, scheint die 1,3 Millionen Münchner noch wenig zu berühren.

Der hohe Prozentsatz von einem Drittel noch Unentschlossener versetzt die Politiker in Erregung, wird doch nicht mehr ausgeschlossen, daß im direkten Umfeld des Regierungssitzes von Strauß ein Zustand entsteht, der mit dem Zusatz „hessisch“ Furore machte. Schon verteilt die SPD Flugblätter, in denen sie sich für den Fall als Wahlsieger bezeichnet, daß sie gemeinsam mit den Grünen mindestens 40 der 80 Münchner Stadtratssitze erobern kann. Und schon warnt Oberbürgermeister Kiesl als 81. Ratsmitglied vor einer Gefahr, die er den Münchnern als Schreckgespenst an die Wand malt: „Das rot-grüne Chaos will in unser Rathaus.“

Seine eigene Position sieht Kiesl allerdings nicht gefährdet. Er versprüht Optimismus, empfängt die Besucher in seinem freundlichen Amtszimmer im zweiten Stock des neugotischen Rathauses mit zupackender Herzlichkeit, fragt „Wie geht's denn allweil?“, erwartet keine Antwort und sprudelt gleich heraus, warum ihm das Lachen zumindest dann stets auf den Lippen liegt, wenn ein Fotograf sichtbar ist: „Der Teufel hat Angst vor fröhlichen Menschen.“

Natürlich sagt er nicht, sein politischer Konkurrent um Münchens höchstes Amt, Vorgänger Georg Kronawitter, könnte mit Luzifer und dessen Ängsten im Bunde stehen, aber er setzt sein Lachen bewußt einem Gegner entgegen, der gehemmt und leicht linkisch wirkt.

Ohne Hoffnung, sagt Kiesl, könne der Mensch nicht existieren, durch Hoffnung könne man die Zukunft meistern. Mancher Politiker aber unterliege dem Trugschluß, man müsse dem Menschen immer ds Negative zeigen, ihn in seinen Ängsten „kochen“ lassen.

Das ist die pseudo-philosophische Abrechnung mit dem Wahlkampf Kronawitters, der den Münchnern selbst das als negative Leistung der letzten sechs Rathaus-Jahre darstellt, worauf Kiesl ganz besonders stolz ist. CSU-Kiesl sei der größte Schuldenmacher in der Münchner Geschichte, schimpft SPD-Kronawitter. Tatsächlich lag die Pro-Kopf-Verschuldung 1978 bei nur 800 Mark und ist in diesem Jahr auf 1350 Mark gestiegen. Damit liegt sie aber noch immer weit hinter den Schulden anderer deutscher Großstädte, und ausgerechnet SPD-Stadträte waren es in den letzten Jahren, die von der CSU immer wieder gefordert haben, für diese und jene Programme mehr Schulden zu machen.

Das Geld, meint Kiesl, das er ausgegeben hat, sei für München und seine Bewohner gut angelegt worden: Der Wohnungsbau, von linken Ideologen in der SPD-Fraktion unter Kronawitters Amtszeit mit dem Ergebnis einer neuen Wohnungsnot bewußt gedrosselt, wurde von Kiesl mit einem in der Bundesrepublik einmaligen Bauprogramm angekurbelt. „Ich habe den Wohnungsbau aus einer schrecklichen Krise herausgeführt. Heute bauen wir jährlich rund 8000 Wohnungen, darunter 2000 im sozialen Wohnungsbau“, lobt Kiesl seine Tat und sieht sich durch die Mietentwicklung bestätigt: Erstmals seit Jahren sinken sie in München.

770 Millionen Mark steckte Kiesl während seiner ersten Amtszeit in den Bau neuer U-Bahn-Linien: „Damit habe ich doppelt soviele Kilometer gebaut wie meine beiden Vorgänger zusammen. Das ist aktiver Umweltschutz, der Individualverkehr ist unter 50 Prozent gesunken. Das aber heißt: weniger Lärm und Abgase auf den Straßen.“

Während die SPD ihn als „Beton-Erich“ verhöhnt, weil er für neue Wohnungen alle verfügbaren Bauplätze in der Stadt ausfindig machte, fühlt er sich als „grüner Bürgermeister“: Das erste Umweltschutzreferat einer deutschen Stadt stand ebenso in München wie die erste bleifreie Tankstelle.



Die großen Zwei in München: OB Kiesl will verhindern, daß Vorgänger Kronawitter sein Nachfolger wird FOTO: DPA

Da mag sein Gegner auch über einen bunten Kronawitter-Kopf den Slogan schreiben: „Wieder ein OB für alle Münchner.“ Kiesl rechnet mit dem guten Gedächtnis der Wähler und baut darauf, daß sie sich erinnern an die zerfetzenden ideologischen Schlachten innerhalb der SPD vor gut sechs Jahren, als Kronawitter seinen linken Genossen Paroli bot und wegen seiner standhaften Haltung in der eigenen Partei als nicht vermittelbar galt.

Damals gewann Kiesl mit 51,4 Prozent den OB-Sessel auf Anhieb, und der heute erst 55jährige Kronawitter wurde mit einer Monatspension von 8000 Mark Münchens teuerster Spaziergänger. Er nutzte die Jahre für ein innerparteiliches Comeback, wurde aber nur mit Vorbehalten wieder aufgenommen.

So sicher Kiesl seinem persönlichen Sieg entgegensieht, so unsicher steht es um die CSU. Mit 42 Sitzen hatte sie vor sechs Jahren zur eigenen Überraschung die absolute Mehrheit erhalten, nach einer Allensbach-Umfrage ist sie inzwischen auf knapp 45 Prozent gesunken. Hält die FDP ihr 78er-Ergebnis von 6,8 Prozent einigermaßen, dann rücken die beiden Parteien nach Bonner Modell enger zusammen und der bayerische FDP-Landesvorsitzende Manfred Brunner wird einer der beiden Bürgermeister unter Kiesl, der sich mit dem erst 36jährigen einen der fachkundigsten unter Münchens Stadträten an seine Seite bringen kann. Brunners Kompetenz liegt in einer raschen Auffassungsgabe und einer exzellenten Kenntnis auch kniffliger Verwaltungsfragen. Er hat angekündigt: „Wir arbeiten mit der CSU zusammen, falls sie die absolute Mehrheit verliert.“

Wenn aber die Mehrheit SPD und Grünen zufällt, wird Kiesl vor der kaum lösbaren Aufgabe stehen, gegen ein rot-grünes Bündnis regieren zu müssen, das mit weniger Mühe als in anderen Parlamenten geknüpft werden kann. Denn Klaus Hahnzog, der linke Motor hinter Kronawitter und voraussichtlich auch künftiger SPD-Fraktionschef,hat beste Beziehungen zum OB-Kandidaten der Grünen und künftigen Stadtrat Georg Welsch: Als Hahnzog noch Münchner Kreisverwaltungsreferent war, saß Welsch in seinem Vorzimmer als Büroleiter und enger Vertrauter.

Die Grünen haben in München, mit über 100 000 Studenten Deutschlands größte Universitätsstadt, gute Chancen, die FDP deutlich zu überholen. Allensbach gibt der FDP nur noch sechs Prozent, den Grünen aber schon neun. Die Münchner Wahl birgt erhebliche politische Brisanz, wenn sich auch die Münchner zur Zeit mehr um den Fasching als um die Politik kümmern.

Die Privaten schaffen in China den Durchbruch

Von JOHNNY ERLING

Selbständige, in der Volksrepublik China seit Jahrzehnten diskriminiert und verfolgt, dürfen sich seit kurzem auch ideologisch als gleichwertig mit der staatlichen und kollektiven Wirtschaft ansehen. Die Geschichte habe gelehrt, daß es falsch sei, die Entwicklung von selbständigen Unternehmungen zu hemmen, betonte am Wochenende Hao Haifeng, Leiter der für Privatwirtschaft zuständigen Staatsbehörde in Peking.

Daß der bislang sich selten öffentlich äußernde Hao nun vor Journalisten sprach, unterstreicht die Bedeutung, die Peking in Zukunft privaten Unternehmen als „Teil des Weges zum allgemeinen Wohlstand“ einräumen mochte. Mit eindrucksvollen Zahlen belegte der Funktionär das in den bislang fünfjährigen Wirtschaftsreformen pragmatisch dieser Weg längst eingeschritten wurde. Seit 1978 sei die Zahl der Selbständigen von 140 000 auf 7,54 Millionen angestiegen.

Die noch bis Mitte der 50er Jahre im Rahmen einer Mischwirtschaft geforderten kleinen Privatunternehmen waren den Kollektivierungskampagnen als erste zum Opfer gefallen. Erneut wurden die nur noch im Dienstleistungsbereich angesiedelten „Ein-Mann-Unternehmer“ in der Kulturrevolution gesiebt. Übrig blieben nur noch wenige, zumeist Flickschuster und Scherenschleifer.

Mißtrauisch beäugt, mit hohen Steuern belegt, ohne Zugang zu den staatlich monopolisierten Bezugsquellen und Lagern, begannen sich die Privaten nach 1978 wieder zu rühren. Die Rückendeckung der zentralen Pekinger Behörden nutzte ihnen im anfänglichen Kleinkrieg mit lokalen Stellen nur wenig, wenn etwa ein privat eröffneter Kleinimbiß von einer Behörde mit einer Flut von Hygienevorschriften bombardiert wurde, die kaum ein staatliches Luxusrestaurant hätte erfüllen können.

Ab 1982 scheinen sich die Privatunternehmer durchgesetzt zu haben. Deutlich von der städtischen Bevölkerung begrüßt, als Entlastung für Hunderttausende von Schulabgängern verstanden, die keine unmittelbare Aussicht auf einen staatlich zugeteilten Arbeitsplatz haben, etablierten sich immer mehr selbständige Unternehmen. Peking unterstützte sie mit einer Reform seiner Steuerpolitik, der Aufhebung der Preisbindung für Kleinprodukte sowie der Erlaubnis, sich politisch als Vereinigung zu etablieren. Die Beschäftigung von Familienangehörigen bis hin zu fünf Jugendlichen als Angestellte wurde ihnen ebenso gestattet, wie seit kurzem auch der Zugang zu Bankkrediten für immer mehr kleine Handwerksbetriebe, Reparaturwerkstätten und Einzelhandelsgeschäfte.

Ende 1982 wurde bereits und diesmal mit gewissem Stolz eine Anzahl von 1,5 Millionen privaten Gewerbetreibenden vermeldet. Die erfolgreichen Reformen in der chinesischen Landwirtschaft, die von den Kollektiven umgestellt wurde auf Bauernhaushalte, tat ihr übriges. Ein flexiblerer Markt, den der Staat solange zu fordern bereit ist, wie er die Priorität der staatlichen Wirtschaft nicht ernsthaft gefährdet, beginnt in China zu entstehen.

Der Sieg der Katholiken im Schulkampf

Ein großer Reformplan ist in Frankreich unter dem Druck der Öffentlichkeit so gut wie gescheitert: Die Einheitsschule, die dem privat-religiösen Sektor den Garaus gemacht hätte, wird es vorerst nicht geben.

Für Privatschulen auf die Straße: Demonstration in Lille FOTO: AP

Von A. GRAF KAGENECK

Als in Deutschland Hunderttausende mit den Füßen gegen einen angeblich drohenden „Atomtod“ protestierten, starrte Frankreich ungläubig auf die Neigung der Nachbarn, gegen etwas mobil zu machen, das in seinen Augen eher eine unwahrscheinliche Hypothese als eine wirkliche Bedrohung darstellte.

Gleichzeitig entwickelte sich nämlich im eigenen Land eine sehr viel greifbarere, gegen die geistige und persönliche Freiheit gerichtete Bedrohung, die auszuschalten man grimmig entschlossen ist: Der Plan der sozialistisch-kommunistischen Regierung, die seit 1905 bestehende Zweigleisigkeit eines öffentlich-laizistischen und eines privat-religiösen Schultyps zu beenden und fortan nur noch eine einheitliche „Schule der Republik“ bestehen zu lassen.

Hiergegen machten Frankreichs Katholiken mobil. Und seit nunmehr sechs Wochen haben sie der Welt gezeigt, daß sie die Regierung in die Knie zwingen können, und zwar mit friedlichen Demonstrationen auf den Straßen der Großstädte des Landes.

Am Sonntag erlebte Frankreich in Versailles, der einstigen Residenz der „allerchristlichsten Könige“, die Apotheose. Nach Bordeaux (80 000), Lyon (150 000), Rennes (400 000) und Lille (350 000) waren hier vor den Toren von Paris eine halbe Million Menschen, entsprechend der Bevölkerung einer Stadt wie Toulouse, zusammengeströmt: Eltern, Altschüler, Jungschüler, Lehrer, Arbeiter, Büroangestellte, Bürger, Priester und Aristokraten – das Frankreich des flachen Landes und der Arbeitervorstädte, das Frankreich, das laut Umfragen und Statistiken zu siebzig Prozent gegen eine Einheitsschule ist und zwei Millionen Kinder jährlich in die zehntausend religiösen Schulen schickt. Eine eindrucksvolle Streitmacht, die da in 150 Sonderzügen und 2500 Omnibussen angereist war.

An ihrer Spitze Jean-Marie Lustiger, der Kardinal-Erzbischof von Paris, ein Mann, der immer nach Ausgleich gestrebt hatte, von dieser Grundwelle aber wie alle anderen im eigenen wie gegnerischen Lager offenbar überrollt wurde. Jetzt sagt Lustiger, der einst als einfacher Kaplan in Paris auf dem progressistischen Flügel der Kirche kämpfte, daß man es hier mit mehr zu tun habe als einem Kulturkampf zwischen Kirche und Staat. Hier gehe es den Menschen offensichtlich um die Erhaltung eines wesentlichen Aspektes ihrer persönlichen Freiheit: die freie Wahl einer Schule und eines Erziehungsprogramms für ihre Kinder.

Lustiger sagte, es wäre eine „nationale Katastrophe“, wenn man nicht zu einem Ausgleich mit der Regierung käme. Er erinnerte den Staatspräsidenten Mitterrand an sein Versprechen vom letzten Dezember, daß es für die katholischen Schulen „weder Vergewaltigung noch Abschaffung“ geben werde. Und er fordert den Staatschef zu einer öffentlichen Geste der Versöhnung auf.

Lustiger weiß, daß es nach monatelangen Verhandlungen nur noch zwei Punkte gibt, die den sozialistischen Erziehungsminister Savary und den Generalsekretär des katholischen Erziehungswesens, Dechant Guiberteau, von einem Übereinkommen trennen: die „Funktionalisierung“ der privaten Lehrer, das heißt ihre Eingliederung in die „nationale“ Lehrerschaft und damit das Ende eines individuellen Bildungsweges und die Finanzierung des privaten Sektors durch die dezentralisierten Körperschaften, das heißt durch Regionen und Departements, in denen häufig Sozialisten das Sagen haben und jeder Unterstützung der privaten Schule abhold sind.

Am 14. März kommt es zu dem entscheidenden letzten Ministerrat im Elysée vor der Vorlage des Reformgesetzes vor der Kammer Anfang April. Präsident Mitterrand hat seine Minister bereits wissen lassen, daß es neben dem öffentlichen nach wie vor einen privaten Sektor geben werde und daß nur noch einige „Unebenheiten“ ausgebügelt werden müßten. Damit hat er sich losgesagt von Punkt 90 des „Sozialistischen Manifests“ von 1981, in dem eine Einheitsschule für die ganze Republik gefordert wird und auf den hin er von Millionen Anhängern der laizistischen Schule gewählt wurde. Aber auch der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei, Lyonel Jospin, hat dem Programmpunkt abgeschworen. Frankreich habe andere Prioritäten, erst müsse die Schlacht um die Umstrukturierung der Industrie gewonnen werden, sagte er im Parteivorstand. Sogar die Kommunistische Partei, stets auf ein gutes Einvernehmen mit der katholischen Kirche bedacht, besteht nicht mehr auf einer Zwangseingliederung der Privatschulen. Damit dürften die Katholiken ihren großen Kampf bereits gewonnen haben.

Ehmke: Ich bleibe mit Strauß im Gespräch

AP, Bonn

CSU-Chef Franz Josef Strauß und der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, wollen sich auch künftig zu Gesprächen über „gemeinsam interessierende Fragen" treffen. Ehmke sagte in einem Interview mit dem „Weser-Kurier" (Bremen) ferner, es könne in bestimmten Bereichen wie bei der konventionellen Verteidigung und der Technologiepolitik eine „größere Aufgeschlossenheit" der CSU geben. Es sei nichts Ungewöhnliches daran, „daß sich die demokratischen Kräfte über gemeinsam interessierende Fragen unterhalten". Ehmke hatte sich vor etwa zwei Wochen mit Strauß getroffen.

Besonderen Wert legte Ehmke auf eine gemeinsame Haltung aller Parteien in der Europapolitik. Die Stimme Europas im Bündnis müsse mehr Gewicht bekommen. Das könne sie aber nur, „wenn die Europäer sich selbst zusammenraufen". Der SPD-Politiker stellte in Abrede, daß die USA „eine Position der Selbstbehauptung Europas innerhalb des Bündnisses" als „Unfreundlichkeit" empfinden könnten. Den Vorschlag des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger, die Europäer sollten die Federführung bei den Verhandlungen *mit* der Sowjetunion über die Mittelstreckenwaffen übernehmen, lehnte Ehmke aber ab.

Hardthöhe wehrt sich gegen Vorwürfe

AP, Bonn

Verteidigungsminister Manfred Wörner hat nach Bekanntwerden der Entlassung des Vier-Sterne-Generals Günter Kießling mehrere Gespräche mit Journalisten geführt, will dabei aber entgegen den Vermutungen der SPD keine den General belastenden Informationen weitergegeben haben. Mit dieser Stellungnahme reagierte das Verteidigungsministerium auf die Absicht der SPD-Mitglieder des Verteidigungsausschusses, Wörners Sprecher Jürgen Reichardt am kommenden Mittwoch im Ausschuß zu drei „Hintergrundgesprächen" mit ausgewählten Journalisten zu befragen und als ersten Zeugen auch vereidigen zu lassen.

Ein SPD-Mitglied des Verteidigungsausschusses, der zur Zeit die Hintergründe der Affäre untersucht, zeigte sich demgegenüber in einem Gespräch mit AP überzeugt, daß *Reichardt unter anderem am 12. Ja*nuar bei einer Party im Bierkeller seines Hauses in Anwesenheit von Wörner Journalisten Mitteilungen gemacht habe, die Kießling belasten sollten.

Glemp bestreitet Kritik an Walesa

AP, Buenos Aires

Der Primas der katholischen Kirche Polens, Jozef Kardinal Glemp, hat in Buenos Aires Berichte bestritten, er habe den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa öffentlich kritisiert. Auf einer Pressekonferenz in der argentinischen Hauptstadt sagte Glemp, Walesa sei von ihm immer unterstützt worden. Er stehe in Kontakt mit Walesa und wisse, daß dieser hart arbeite, um die guten Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft und der Kirche zu erhalten. Der Primas räumte allerdings ein, daß sich der „Solidarität"-Führer angesichts der Lage in Polen in einer sehr schwierigen Situation befinde.

In Brasilien, wo sich Glemp zwölf Tage lang aufgehalten hatte, war ein Zeitungsinterview veröffentlicht worden, in dem der Kardinal scharfe Kritik an der Untergrundorganisation der Gewerkschaft „Solidarität" geäußert und Walesa vorgehalten hatte, die Aufsicht über die Organisation sei ihm entglitten (WELT v. 3./4. 3.). Man müsse die Äußerungen wohl mißverstanden haben, sagte Glemp jetzt.

Ein Papier der Berliner FDP zur „Wiedervereinigung der Menschen"

Suche nach neuen Wegen zum deutschen Ausgleich / Mischnick heute bei Honecker

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Zeitgleich mit dem Besuch von FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick heute bei Erich Honecker legt die Berliner FDP ein umfangreiches Papier über die „Wiedervereinigung der Menschen" in Deutschland vor. Von der „unlösbaren" West-Bindung ausgehend, fordern die Liberalen in ihrer Grundsatz-Erklärung eine „Annäherung des Lebensstandards" in beiden deutschen Staaten, um Übersiedlungswünsche zu verringern und damit „Chancen für einen freieren Reiseverkehr zu eröffnen".

Unter dem Stichwort des „Deutschen Ausgleichs" heißt es in der Ausarbeitung, an der u. a. Justizsenator Hermann Oxfort, der Ex-Chefredakteur der „Deutschen Welle", Hans-Dieter Jaene, sowie Berlins Parlamentsdirektor Bernd Löhning mitarbeiteten: „Der ungebrochene Rüstungswettlauf zwischen Ost und West, die sicherheitspolitische Diskussion in beiden deutschen Staaten, die Friedensinitiativen von Bürgern beider deutscher Staaten und das Abgehen der DDR-Führung von einer eskalierenden Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik machen neue Überlegungen zu einem Deutschen Ausgleich in den 80er und bis in die 90er Jahre notwendig."

Feste Bindung zum Westen

Zur Zeit sei nicht abzusehen, wann ein Zustand des Friedens in Europa eintreten könnte, der eine „staatliche Konföderation und womöglich eines Tages die staatliche Wiedervereinigung" ermöglichen könnte: „Bis dahin ist die Bundesrepublik Deutschland unlösbarer Bestandteil des westlichen Bündnisses, dem sie einschließlich West-Berlin ihre freiheitliche Existenz verdankt." Nur von dieser festen Bindung aus werde eine Politik möglich, „die anstelle der heute nicht erreichbaren staatlichen Einheit etwas anderes zum politischen Ziel der nächsten Jahre macht: die Wiederannäherung, die ‚Wiedervereinigung der Menschen' im geteilten Deutschland bei gesichertem Fortbestand der beiden deutschen Staaten".

Als Aufgaben auf diesem Weg nennen die Berliner Liberalen:

- Ständige Konsultationen nach dem Muster der Beratungen zwischen Bonn und Paris. Gipfel- und Ministertreffen sollen „mindestens einmal jährlich abwechselnd in beiden Staaten" stattfinden.
- Ausbau der Partei- und Parlamentskontakte einschließlich derer zwischen Bundestag und Volkskammer, „ungeachtet ihrer unterschiedlichen Legitimationsgrundlagen und Aufgabenstellungen".
- Abschluß eines langfristigen Wirtschaftsabkommens nach dem Muster des Berliner Abkommens, auf dem sich heute der innerdeutsche Handel vollzieht.
- Gründung einer „Mitteleuropäischen Bank" in Berlin mit einer „DDR"-Filiale. Über sie soll der gesamte innerdeutsche Zahlungsverkehr einschließlich der Bonner Pauschalen laufen, ein 1:1-Umtausch auch für „DDR"-Reisende in Richtung Westen erfolgen und Ost-Berlin der „Zugang zum freien Kapitalmarkt in Absprache mit westdeutschen Bankpartnern" ermöglicht werden.
- Gründung einer „Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten" in West-Berlin.
- Einrichtung eines Jugendwerks und einer gemischten Schulbuchkommission, die auch zum „Abbau von Feindbildern" beitragen soll.

Derartige Entwicklungsschritte, stellen die Autoren fest, könnten helfen, auch das Problem des individuellen Reiseverkehrs zu lösen: „Als erster Schritt könnte ein Vertrag über den visafreien Reiseverkehr abgeschlossen werden, der die bestehenden Verfahren entbürokratisiert und liberalisiert." Endziel sei, daß jeder Deutsche „gegen Vorzeigen eines gültigen Personalausweises die innerdeutsche Grenze passieren kann".

Flüchtling zweiter Klasse?

Um „DDR"-Bürgern eine Flucht aus rein wirtschaftlichen Motiven zu erschweren, schlagen die Verfasser vor: „Eine mögliche Überlegung wäre es in diesem Stadium, die lange Liste von Vergünstigungen für DDR-Bewohner, die in der Bundesrepublik bleiben und nicht zurückkehren wollen, nur noch auf solche Personen anzuwenden, die wegen Gefahr für Leib und Leben, Eigentum oder wegen erheblicher Einschränkung ihrer Lebenschancen in der Bundesrepublik bleiben wollen." Selbstverständlich dürfe niemand daran gehindert werden, im Westen zu bleiben, aber: „Er hätte aber, anders als jetzt, keinen Anspruch auf besondere staatliche Hilfe."

Abschließend betonen die Berliner FDP-Politiker – eine vorgesehene Passage zur Staatsbürgerschaftsfrage wurde wegen möglicher „Mißverständnisse" wieder gestrichen – die Übereinstimmung ihrer Vorschläge mit der „Linie des Grundgesetzes". Sie liege auch „im wohlverstandenen Interesse der DDR-Führung. Sie könnte ihren Bürgern vor allem das bieten, was diese bisher am schmerzlichsten vermissen, nämlich einen freieren Reiseverkehr". Eine Honecker-Formulierung aufgreifend, sagen die Autoren am Ende: „Der Deutsche Ausgleich liegt im Interesse des ganzen Volkes."

„Die Probleme sind dem Staat noch nicht bewußt"

Informationen über Folgen des Bevölkerungsschwundes

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Zwanzig Prozent der Ehen in der Bundesrepublik Deutschland werden kinderlos bleiben. 25 Prozent aller nach 1970 geschlossenen Ehen werden geschieden. Und bei allgemeiner Zunahme „nichtehelicher Lebensgemeinschaften" werden in Zukunft möglicherweise zehn Prozent der Bevölkerung ledig bleiben.

Dies sind drei von einigen tausend Daten, die für eine Drucksache des Deutschen Bundestages von ungewöhnlichem Umfang von 155 Seiten zusammengetragen wurden. Der „Zweite Teil des Berichts über die Bevölkerungsentwicklung" mit dem Untertitel „Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft" knüpft an den ersten Teil, der im Sommer 1980 vom Bundeskabinett gebilligt wurde, an. Damals wurde ein Berechnungsmodell vorgestellt, nach dem die deutsche Bevölkerung sich zwischen 1980 und dem Jahre 2000 von 57,09 Millionen auf 52,14 Millionen vermindern wird. Im gleichen Zeitraum würde aber der ausländische Bevölkerungsanteil von derzeit 4,53 Millionen auf sieben Millionen anwachsen. Die mit solchen Veränderungen verbundenen Probleme, so heißt es im zweiten Teil des Berichts, „sind in der Volkswirtschaft und in der staatlichen Verwaltung zum Teil noch nicht hinreichend bewußt geworden".

Die Bundestagsdrucksache, an deren Zustandekommen 13 Bundesministerien (Vorsitz: Bundesministerium des Inneren), das Bundeskanzleramt, das Statistische Bundesamt und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beteiligt waren, soll an dieser geforderten Bewußtseinsbildung besonders beteiligt sein. Bei aller Zurückhaltung, Zukunftsprognosen allein auf der Basis einer Analyse der Bevölkerungsentwicklung abzugeben, hebt der 2. Bericht doch Sektoren heraus, wo dies zweifelsfrei über längere Zeitperioden möglich ist. Das gilt zum Beispiel für den Bildungsbereich. Hier werden vor allem für „ländlich geprägte Regionen" erhebliche Veränderungen im Schulsystem vorausgesagt, die dadurch entstehen, daß innerhalb von 20 Jahren etwa 25 Prozent weniger Jugendliche in solchen Gegenden wohnen werden als noch 1978, nämlich 2,2 Millionen. Um Schulwege nicht unzumutbar lang werden zu lassen, sind die Länder schon dazu übergegangen, Schulstandorte auch mit sehr geringer Schülerzahl funktionsfähig zu erhalten.

Die „erheblichen Integrationsdefizite" von rund 1,34 Millionen Kindern und Jugendlichen des ausländischen Bevölkerungsanteils werden sich, so heißt es im Bericht, noch verschärfen, wenn die Ausländer nicht das allgemeinbildende Schulsystem oder eine Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland durchliefen. Bis zum Jahre 2000 wird auf je drei deutsche Jugendliche bis einschließlich 19 Jahren ein jugendlicher Ausländer kommen.

Verhältnismäßig beruhigend sind die Aussagen, die über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen bis zum Jahr 2000 gemacht werden. Der Bevölkerungsrückgang bis dahin spiele dafür „eine zwar zu beachtende, aber kaum bestimmende Rolle", heißt es. Und eine besondere Beruhigung erfahren Beamte, deren Versorgung sich außerhalb aller Turbulenzen durch Bevölkerungsrückgang abspielt. Dieser Rückgang sei ein finanzpolitisches Problem der öffentlichen Haushalte und schlage sich „nicht unmittelbar als Finanzierungsfrage dieses Alterssicherungssystems nieder".

Sacharow: KGB bedroht Leben meiner Frau

SAD, New York

In einem offenen Brief an die Wissenschaftler in aller Welt hat der nach Gorki verbannte sowjetische Physiker Andrej Sacharow den Staatssicherheitsdienst KGB beschuldigt, durch die Verweigerung notwendiger medizinischer Behandlung den Tod seiner Frau Jelena Bonner herbeiführen zu wollen. Der Brief wurde jetzt in der „New York Review of Books" veröffentlicht.

Sacharow schreibt: „Ich bitte um Ihre Hilfe, um für meine Frau die Erlaubnis zu erwirken, zur medizinischen Behandlung ins Ausland zu reisen." Seine Frau habe mehrere Herzinfarkte erlitten und habe ein Augenleiden, dem nur durch eine Operation abgeholfen werden könne. „Wir glauben, daß eine medizinische Behandlung meiner Frau in der UdSSR gefährlich wäre", fügt der Friedensnobelpreisträger hinzu. „Glauben Sie mir, es handelt sich nicht um einen ungerechtfertigten Fall von Nervosität oder Suche nach einer Konfrontation ... Das KGB schätzt Jelenas Rolle in meinem Leben und meiner öffentlichen Aktivität sehr hoch ein und strebt danach, ihren moralischen Einfluß und, wie ich nicht ohne Grund annehme, ihre physische Präsenz zu beseitigen."

Denn von der sowjetischen Propaganda werde seine Frau als die eigentliche Triebkraft hinter seinen politischen Erklärungen und als „zionistische Agentin der CIA" hingestellt. Sacharow: „Ich appelliere an meine Kollegen im Ausland und in der UdSSR, an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Regierungsangehörige in allen Ländern, an unsere Freunde allerorten: Rettet meine Frau."

Riesenhuber: Ja zur Gen-Technologie

AP, Bonn

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) und die SPD bejahen zwar übereinstimmend die Gen-Technologie als Möglichkeit zur Heilung von Krankheiten, vertreten aber unterschiedliche Ansichten über die Notwendigkeit zusätzlicher rechtlicher Einschränkungen für solche Eingriffe in das Erbgut. Riesenhuber betonte gestern in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven", es gebe keinen Grund zu zweifeln, daß die Risiken „voll eingefangen" seien. Der Bundestagsabgeordnete der SPD, Wolf-Michael Catenhusen, kritisierte hingegen in derselben Sendung, daß Riesenhuber die öffentliche Förderung dieser Technologie nicht mit einem Regelungsrahmen verknüpfe.

Engelhard fordert ‚Unterliegensgebühr'

dpa, Stuttgart

Zur Entlastung des Bundesverfassungsgerichts ist nach Angaben von Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) eine „Unterliegensgebühr" im Gespräch. Diese könnte dem Beschwerdeführer aufgebürdet werden, wenn das Karlsruher Gericht eine Verfassungsbeschwerde als offensichtlich aussichtslos zurückweist. Engelhard berichtete gestern im Süddeutschen Rundfunk über seine Vorstellungen.

Niemandem solle der Weg zum höchsten deutschen Gericht verbaut werden, sagte der Minister. Aber Karlsruhe werde mit einer Fülle von offensichtlich aussichtslosen Verfassungsbeschwerden überschwemmt. Damit entstehe die Gefahr, daß für die zentralen Fragen nicht mehr die notwendige Zeit zur Verfügung stehe.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Bürgermeister von Dohnanyi setzt sich mit seinem Sparkonzept durch

Heftige Kontroversen um Stellenabbau auf dem Landesparteitag der Hamburger SPD

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Am 1. März gab es in Hamburg 81 072 Arbeitslose – doch beim SPD-*Landesparteitag spielten sie in der* Debatte über den künftigen finanzpolitischen Kurs des Senats kaum eine Rolle. Die Parteilinke verengte ihre Vorschläge zum Arbeitsmarkt verbissen auf die Frage: Stellenabbau im öffentlichen Dienst oder nicht?

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der wenige Tage zuvor den Senat auf seine Linie eingeschworen hatte, in den kommenden zwei Jahren rund 3000 Stellen zu streichen, setzte sich auch bei den Delegierten überraschend klar durch: Mit einer Mehrheit von 168 zu 123 Stimmen verabschiedete der Parteitag einen Antrag, in dem es heißt: „Die mit dem Haushalt 1984 eingeleiteten Schritte zur Konsolidierung der Finanzen waren richtig und müssen fortgesetzt werden." Das ist zwar eine Formel, die auf den ersten Blick unverfänglich klingt – die Auftragskommission hatte diese Fassung von dem Reizwort „Stellenabbau" freigehalten – sie gibt jedoch dem Sparkonzept des Bürgermeisters grünes Licht.

„Das Papier nicht wert"

In der „Fabrik", einem Kommunikationszentrum, in dem sich sonst Jazzbands und Punker ein Stelldichein geben, herrschte aggressive Stimmung. Die Parteilinke griff den Bürgermeister vehement an. „Die Regierungserklärung" – so sagte Walter Zuckerer, Kreisvorsitzender von Altona – „ist das Papier nicht mehr wert, auf dem sie steht". Zornig fügte er hinzu: „Nicht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich geändert, sondern ein Teil der Sozialdemokratie, der eine andere Politik will."

Die ebenfalls zum linken Flügel gehörende Abgeordnete Frauke Martin stieß nach: Sie bezeichnete den Vorschlag der Antragskommission als „Ermächtigungsgesetz" – worauf die ersten Buhrufe laut wurden. Als sie Klaus von Dohnanyi zurief: „Die Wende in Hamburg ist größer als im Bundesgebiet", folgten Pfuirufe und Pfiffe. Als es still wurde, stand der Bürgermeister auf und schleuderte der Genossin entgegen: „Du bist ein Quatschkopf, ein wirklicher Quatschkopf."

Die Vertreter des rechten Flügels freuten sich freilich über diesen Streit. Dann hatten jedoch die Haushaltsexperten das Wort. Gerd Weiland, Vorsitzender des Haushaltsausschusses, erklärte: „Viele Genossen reden, als ob sie in einer finanzpolitisch heilen Welt lebten. Den Kopf in den Sand zu stecken, ist keine sozialdemokratische Politik."

Der Vorsitzende der Regierungsfraktion in der Bürgerschaft, Henning Voscherau, erwies sich bei diesem Parteitag als der für den Bürgermeister überzeugendste Mehrheitsbeschaffer. In seiner Rede packte er die Delegierten mit dem Hinweis auf die 52 000 arbeitslosen Arbeiter in Hamburg, deren Schicksal er der Tatsache gegenüberstellte, daß mit dem Stellenabbau im öffentlichen Dienst keine einzige Entlassung verbunden sei. „Die SPD hat am 19. Dezember 1982 die absolute Mehrheit erhalten", sagte Voscherau, „das ist keine Mehrheit für Übermut und Zänkerei, sondern eine Mehrheit auf Bewährung." Der Fraktionschef erinnerte an das „weit, weit, weit schärfere Sparprogramm des Bremer Senats und betonte die Verantwortung der Hamburger Genossen gegenüber der Bundespartei mit den Worten: „Wir müssen zeigen, wie Sozialdemokraten regieren können."

„Sich der Wahrheit stellen"

Klaus von Dohnanyi versuchte in seinem Schlußwort, der Auseinandersetzung noch einen positiven Eindruck abzugewinnen, als er konstatierte: „Wir lügen uns nicht mehr in die Tasche." Die Sozialdemokraten – so mahnte er die Delegierten – müßten den Mut haben, „sich der Wahrheit zu stellen". Doch am Vorabend hatte nur gerade die Hälfte von ihnen diesen Mut aufgebracht: Als der Parteitag sich geschlossen für die Einführung der 35-Stunden-Woche einsetzte, wurde die Koppelung dieses Antrags mit der Forderung nach „vollem Lohnausgleich" mit dem äußerst knappen Ergebnis von 146 zu 145 Stimmen verworfen. Es blieb bei dem abgeschwächten Verlangen, „daß auch das bei weniger Arbeit erzielte Einkommen den derzeitigen Lebensstandard sichern" müsse. Diese Formel hatte der Kreis Bergedorf eingebracht, der Wahlkreis des letzten SPD-Bundeskanzlers Helmut Schmidt ließ grüßen.

Seite 2: Hamburger Einsichten

Stoltenberg fordert mehr Selbsthilfe in der EG

Finanzminister: Europa ist kein Selbstbedienungsladen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat die Staaten der Europäischen Gemeinschaft nachdrücklich zu größerer Kompromißbereitschaft aufgefordert. Auf einer Regionalkonferenz der Union zum Auftakt des Europawahlkampfes erklärte der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende am Wochenende im Hamburger Congress Centrum: „Europa ist kein Selbstbedienungsladen, in dem einige die finanziellen Lasten tragen und andere ausschließlich die Mittel abziehen, um ihre nationalen Probleme zu lösen."

Stuttgart war „Neubeginn"

Stoltenberg verwies in diesem Zusammenhang auf die Stuttgarter Erklärung der EG-Regierungschefs vom Juni vergangenen Jahres, die ein „Neubeginn" gewesen sei. Damals seien die wichtigsten Problemfelder der Gemeinschaft – ihre Finanzausstattung, die Finanzierungslast der einzelnen Mitglieder, die künftige Agrarmarktpolitik und die Konsequenzen aus der Süderweiterung – in den „richtigen inneren Zusammenhang" gebracht worden. Generell müsse künftig in den EG-Mitgliedsländern die Selbsthilfe mehr als bisher vor der „allzu schnellen Inanspruchnahme anderer rangieren".

Der Finanzminister verlangte zugleich eine Umorientierung in der europäischen Wirtschaftspolitik. Es gehe nicht an, daß die finanziellen Kräfte zu einem großen Teil weiterhin auf die Erhaltung von Industriestrukturen ohne Zukunft konzentriert würden. Europäische Lösungen – so im Schiffbau und im Stahlbereich – seien erforderlich, damit die vom Markt akzeptierten Kernbestände dieser Wirtschaftszweige gesunde Überlebenschancen erhalten. Schädlich hingegen sei ein „hemmungsloser Subventionswettlauf" der EG-Länder. Die notwendige Umorientierung der Industriepolitik lenke die Produktivkräfte in die richtige Richtung und schaffe haushaltspolitischen Spielraum für Vorhaben, die die Leistungskraft der Volkswirtschaft stärken. Europa müsse seine internationale Wettbewerbsfähigkeit unter allen Umständen steigern; andernfalls werde es seinen ökonomischen und damit auch seinen sozialen und politischen Niedergang nicht vermeiden können.

Wirksame Therapie tut not

Zwischen 1973 und 1983 ist nach den Worten Stoltenbergs in den EG-Ländern der Verbrauch um durchschnittlich fünf Prozent gestiegen, der Anteil der Investitionen hingegen um durchschnittlich fünf Prozent zurückgegangen; damit sei „die Zukunft gleichsam der Gegenwart geopfert worden". Europa gleiche heute einem schon seit geraumer Zeit im Krankenbett liegenden Patienten, dem man stets nur Blutinfusionen verabreicht habe. Nun aber neigten sich die Blutkonserven, nämlich die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, dem Ende zu. Jetzt helfe nur noch eine wirksame Therapie.

Grüne: Rotation auch im Europa-Parlament

Bundesversammlung setzt Zeichen für die Fraktion

XING-HU KUO, Karlsruhe

Grüne Abgeordnete im künftigen Europaparlament – sofern es sie geben wird – sollen nach der Hälfte der fünfjährigen Legislaturperiode „rotieren" und Nachrückern Platz machen. So hat der Bundesparteitag der Grünen in Karlsruhe gestern beschlossen. Im sogenannten Hammelsprung-Verfahren wurde ermittelt, daß 437 Delegierte sich für dieses System der „Rotation" aussprachen. 347 Teilnehmer der Versammlung plädierten dafür, daß grüne Abgeordnete für die Dauer der Legislaturperiode im Straßburger Europaparlament bleiben sollen.

Mit dieser Entscheidung wurde auch in Richtung Bonn grünes Licht gegeben, daß im Bundestag der vorzeitige Austausch von Abgeordneten mit aller Konsequenz stattzufinden habe. Nach der bisherigen Regelung konnten Ausnahmen vom Rotationsprinzip mit Billigung von 70 Prozent der „Basis" erfolgen. Inzwischen sind aus den Reihen der Bundestagsfraktion selber immer mehr Gegner des Rotationsprinzips bekanntgeworden.

Die Weichen für die Entscheidung zugunsten der umstrittenen Rotation, ein Dauerthema der Grünen seit ihrer Konstituierung als Bundespartei vor vier Jahren in Karlsruhe, hatte bereits am Sonnabend einer der Sprecher im Bundesvorstand, Wilhelm Knabe, gestellt. In einem Grundsatzreferat erklärte Knabe, Macht korrumpiere diejenigen, die sie ausübten, und auch die Grünen hätten „noch kein Patentrezept" gefunden, dieses Übel zu verhindern. Deshalb experimentiere die Partei mit Rotation und Basisanbindung, „um neue Modelle zu entwickeln".

Appell an die Basis

Mit Nachdruck setzte sich der Redner für die Rotation ein. Sie widerspreche nur auf den ersten Blick den Interessen des einzelnen, auf lange Sicht jedoch könne sie nur helfen, betonte Knabe. An die Basis richtete der Spitzenpolitiker der Grünen gleichzeitig den Appell, den Abgeordneten nicht nur mit „Schelte und Beschimpfung" zu empfangen. Vielmehr brauche der Basisvertreter im Parlament „Unterstützung und Ermutigung", auch in Form von Kritik.

Vor der Verabschiedung des Europa-Wahlprogramms nur für rund 1000 Delegierte, die 31 000 Mitglieder in der Bundesrepublik vertreten, versuchte die Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer das Verhältnis ihrer Partei zu Europa grundsätzlich zu klären. Dabei stellte sie die Frage, ob ein gemeinsames Europa eine „faszinierende oder eher eine Orwellsche Zukunftsvision" sei. Gemeinsam hätten die europäischen Länder eine „Geschichte gemeinsamer Übel und Plagen", meinte Frau Vollmer, von der Pest bis zur Hexenverfolgung.

Kritik an der EG

Nach stundenlangen kontroversen Diskussionen, bis Mitternacht wurde nach zahlreichen Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit großer Mehrheit die grüne Europa-Wahlaussage verabschiedet. Darin wird erklärt, daß der Ausgangspunkt der europäischen Integration die „Unterordnung Westeuropas unter die politische und militärische Globalstrategie der USA in Gestalt der NATO" gewesen sei. Die Wirtschaftspolitik der EG begünstige das „hemmungslose Profitstreben des Großkapitals" und sei „gegen die Interessen der menschlichen Gesellschaft und der Natur" gerichtet. Die Agrarpolitik der EG habe zum „Ruin der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe sowie zur Vergiftung der Böden, Gewässer und Nahrungsmittel" geführt.

Da die Grünen sich auch in Europa für eine Regionalisierung und Dezentralisierung einsetzten, lehnten sie eine Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlamentes ab. Vielmehr wollen die Grünen das Parlament in Straßburg als Öffentlichkeitstribüne benutzen.

Die Krise der Partei nach dem Austritt von Gerd Bastian aus der Fraktion und die damit verbundene Diskussion um den Rechenschaftsbericht der Bundestagsfraktion wurde aus „zeitlichen Gründen" auf einen unbestimmten Termin verschoben. Der Parteitag wählte die Kandidaten für das Europa-Parlament, das am 17. Juni dieses Jahres neu gewählt wird. 1979 schafften es die Grünen noch nicht, Vertreter nach Straßburg zu entsenden. Am Rande des Parteitages kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen „Stadtindianern" und Grünen. Die Störer aus der Nürnberger Kommune wurden mit Gewalt aus dem Saal getragen.

Ost-Berlin erwartet von Bonn Einwirken auf Ausreisewillige

Kohl will in den USA das Problem der Flüchtlinge in West-Botschaften ansprechen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die „DDR" hat vor der Abreise des Kanzlers nach Washington der Bundesregierung zu verstehen gegeben, daß sie in der Ausreise-Frage für einen „geordneten Ablauf" sorgen müsse. Dazu gehört nach Auffassung Ost-Berlins offenkundig, auf die Menschen in Mitteldeutschland einzuwirken, nicht mehr mit Fluchtgedanken in Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland zu gehen, sondern den „normalen Weg" einzuhalten.

Über die genaue Motivation der „DDR" bei ihrer gegenwärtigen Ausreisepolitik gibt es in Bonn mehrere Mutmaßungen. Zum einen heißt es, SED-Generalsekretär Honecker habe im Politbüro der SED erklärt, er wolle ein störungsfreies Verhältnis zu Bonn. Zum anderen dürften die finanziellen Auswirkungen für die „DDR" ebenso eine Rolle spielen wie das Motiv, mit der Entlassung von „Unruhepotential" eine gewisse Ventilfunktion zu schaffen. Dennoch besteht Sorge in Bonn, daß durch spektakuläre Fluchtversuche das „gesamte Gebäude" zusammenbrechen könnte. Entsprechende Mahnworte des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Jenninger, in „Bild am Sonntag" scheinen Ausfluß dieser Signale zu sein. Bonn kann und will allerdings keine Bewohner der „DDR" zurückweisen. Gleichzeitig muß es auf die Offenhaltung der Zugänge zu ihrer Ständigen Vertretung und der Botschaft in Prag, nur um zwei Beispiele zu nennen, bestehen. Wie es heißt, haben nach der inzwischen nach Mitteldeutschland zurückgekehrten Familie Berg wieder 24 Flüchtlinge in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der CSSR Zuflucht gesucht.

Der Kanzler will in Washington jedenfalls auf den hohen Stellenwert hinweisen, den für ihn die Tatsache hat, daß zur Zeit täglich mehr als 100 Deutsche aus der „DDR" freigelassen werden. Und er will unterstreichen, daß er auch künftig jede operative Möglichkeit im Interesse der Menschen nutzen will. Bonn will die USA auch darum bitten, falls weiterhin „DDR"-Bewohner die amerikanische Botschaft in Ost-Berlin betreten sollten, vor eventuellen Zurückweisungen die Bundesregierung zu informieren. Denn Bonn bemüht sich, das Geschehen im humanitären Bereich soweit es geht in eigenen Händen zu behalten und in solchen Fällen mit der „DDR" ein Arrangement zu treffen, das den betroffenen Menschen zwar die Rückkehr zumutet, aber Straffreiheit und eine baldige Ausreise in Aussicht stellt. Kohl hofft, daß die USA für diese Thematik aufgeschlossen sind.

dpa, Bonn

Die „DDR" sollte nach Auffassung des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Schmude für Klarheit und Durchsichtigkeit in ihrer Praxis der Gewährung von Ausreisegenehmigungen sorgen.

Der SPD-Politiker wies darauf hin, daß man in der „DDR" bei den Behörden mit einer gewissen Offenheit an Ausreisewünsche herangehe und im Einzelfall Dinge ermögliche, die früher so nicht denkbar gewesen wären. Wenn das Staatsangehörigkeitsrecht und die damit verbundene Verwaltungspraxis nur vernünftig angewendet und abgewickelt würden, „wenn auch durch unsere Sprache klargestellt wird, daß wir der DDR das Recht nicht verwehren, eigene Staatsbürger zu haben, auch eigene Staatsbürger aufzunehmen, daß wir mit anderen Worten diese Staatsbürgerschaft der DDR respektieren, dann sehe ich keinen Grund zur Verwirrung und keinen Grund, daß aus der staatsangehörigkeitsrechtlichen Lage Hindernisse entstehen".

Papst erinnert an Schicksal Litauens

Gedenkfeiern in Rom zum 500. Todestag des Nationalheiligen Kasimir

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Mit einer religiösen Demonstration der Zugehörigkeit Litauens zum christlichen Europa begannen in Rom die Gedenkfeiern zum 500. Todestag des litauischen Nationalheiligen Kasimir. Gemeinsam mit Papst Johannes Paul II. konzelebrierten Vertreter von 13 europäischen Bischofskonferenzen in der Peterskirche eine Gedenkmesse.

In seiner Predigt grüßte der Papst die Bischöfe, Priester, Seminaristen, Ordensleute und die Gläubigen des von den Sowjets annektierten Landes. Er gedachte all derer, die als Katholiken ein „schweigsames, oft verborgenes Leben" führen müssen. Er dankte den alten und kranken Priestern, die angesichts des im Lande herrschenden Priestermangels ihr geistliches Amt „unermüdlich" weiter versehen. Er sprach von den „vielen Hindernissen", vor denen sich die Gläubigen in Litauen gestellt sehen, und von dem „manches Mal heroischen Zeugnis", das sie von ihrem Glauben geben.

An der Messe nahmen mehr als tausend Exillitauer teil, die meisten von ihnen aus den USA. Den Katholiken, die aus Litauen zu diesem Ereignis nach Rom pilgern wollten, war von den sowjetischen Behörden die Ausreise verweigert worden. Auch keiner der vier bischöflichen Administratoren Litauens, die im April 1983 zu einem Ad-Limina-Besuch in Rom gewesen waren, durfte jetzt wiederkommen. Aus dem Ostblock war bei der Feier nur der polnische Episkopat vertreten. Zu den Konzelebranten gehörte auch Bischof Scheele von Würzburg als Repräsentant der Deutschen Bischofskonferenz.

Nach der Messe unterstrich Johannes Paul II. beim Angelos-Gebet auf dem Petersplatz das gemeinsame kulturelle und christliche Erbe, das Litauen mit West-Europa vereine. Mit dieser Messe im Petersdom, sagte er, hätten die römische Kirche und die anderen Landeskirchen Europas ihre Solidarität mit der Kirche Litauens begründen wollen.

Diese Kirche gehört seit der Eingliederung des Landes in die Sowjetunion im Jahre 1939 zu den am schwersten verfolgten Lokalkirchen der gesamten Welt. Im Zuge der Zwangssowjetisierung wurden 448 Kirchen und Kapellen geschlossen, darunter die Kathedrale von Wilna.

Kronprinz Abdallah setzt nur auf Damaskus

Die Differenzen im saudischen Königshaus werden größer

PETER M. RANKE, Kairo

Die Ereignisse in Libanon haben politische Differenzen im saudischen Königshaus enthüllt, die in der arabischen Welt sorgsam beobachtet werden. Politische Beobachter sprechen noch nicht von einem Machtkampf, aber vom zunehmenden Einfluß des Kronprinzen Abdallah (61) auf die Außenpolitik und die Beziehungen zu Washington.

König Fahd (64) ist nach Berichten aus Riad mehr denn je damit beschäftigt, politische Auseinandersetzungen im Königshaus zu schlichten. Zu schaffen macht ihm dabei jedoch sein labiler Gesundheitszustand. Abdallah ist der konservativste Repräsentant des Beduinentums am Königshof. Er selbst sieht sich als glühender arabischer Nationalist. Er ist frommer Moslem und Gegner westlicher Zivilisation. So lehnt er auch den Aufbau großer petrochemischer Industrie – Komplexe in Janbo und Jubail ab, weil sie die Abhängigkeit Saudi-Arabiens von Fremdarbeitern und westlichen Industriestaaten erhöben. Er ist Chef der 35 000 Mann starken Nationalgarde der Beduinen und hat damit eine beträchtliche Hausmacht.

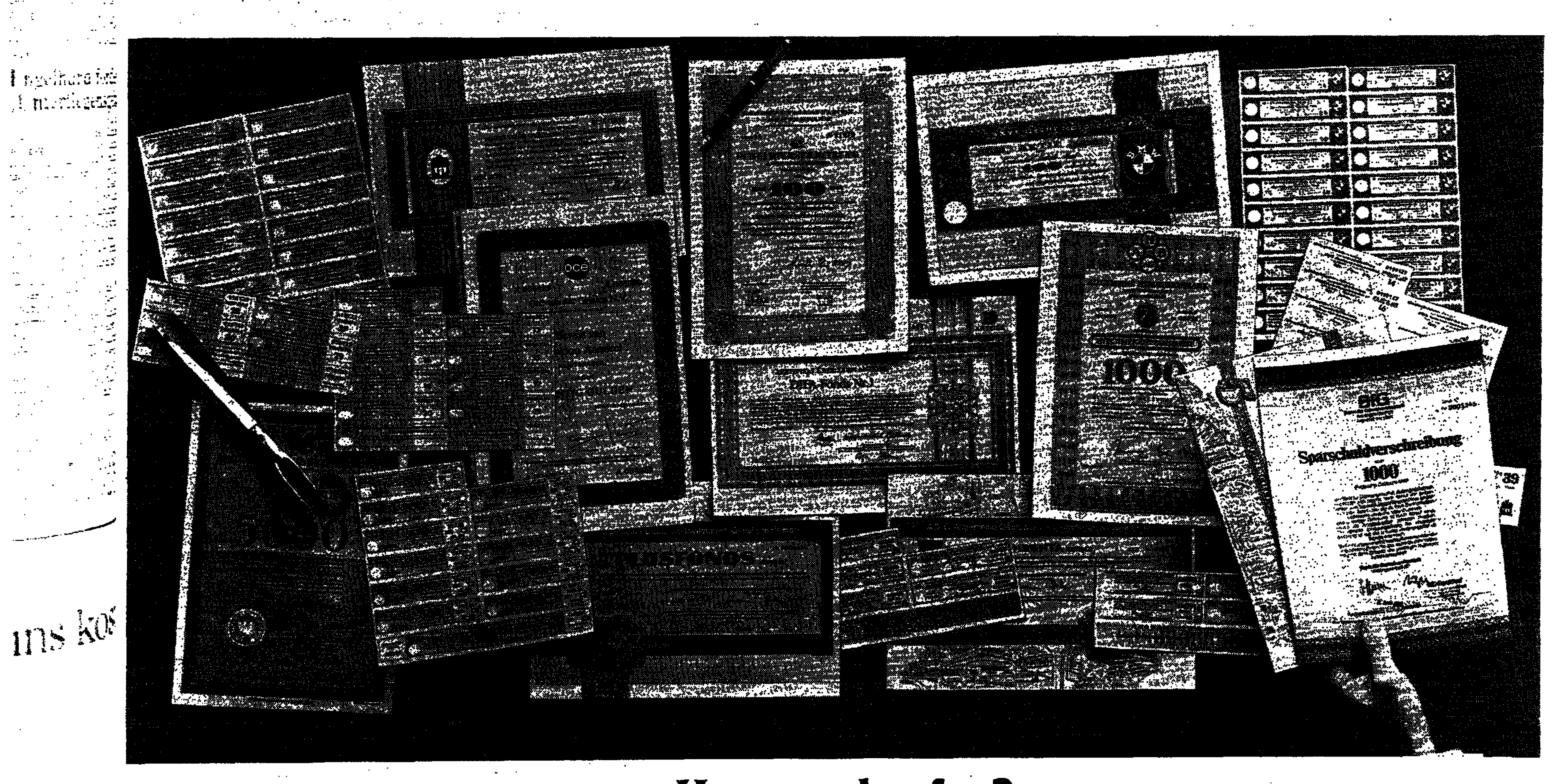
König Fahd gelang es bei der Thronbesteigung im Sommer 1982 nicht, Abdallah zum Verzicht auf das Kommando über die Nationalgarde zu veranlassen, als er ihn zum Kronprinzen und ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten machen mußte. Abdallah kommt in der Nachfolge der 33 noch lebenden Söhne des Reichsgründers Ibn Saud direkt nach Fahd. Dafür erwählte sich Fahd in Prinz Sultan (60) einen jüngeren Bruder zum zweiten stellvertretenden Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister. Wenn Abdallah König wird, muß er somit den ungeliebten Sultan zum Kronprinzen machen – das hat Fahd immerhin erreicht.

Als Chef der Nationalgarde und als Verteidigungsminister seit 1962 sind Abdallah und Sultan schon immer Gegenspieler gewesen. Sultan gilt seit den großen Waffenkäufen in den USA als „Mann der Amerikaner", einer seiner Söhne ist Saudi-Botschafter in Washington, Prinz Bandar Bin Sultan. Abdallah dagegen mußte um die Finanzen für eine moderne Ausrüstung für seine Nationalgarde immer mehr kämpfen als Sultan. Außerdem ist er eifersüchtig auf die hochmoderne Bewaffnung für Heer und Luftwaffe und wohl auch daher nicht gut auf Washington und dessen Beziehungen zu Sultan zu sprechen. Hinzu kommt noch die Cliquenbildung unter den Prinzen. Fahd und Sultan sind echte Brüder und gehören zu den „sieben Sudairis", die alle dieselbe Mutter hatten, nämlich Hassa Bint Achmed el Sudairi. Abdallah dagegen hatte die Tochter eines Scheichs des Schammar-Stammes aus Syrien als Mutter. Abdallah gilt als Bewunderer der arabischen Politik von Präsident Assad in Damaskus.

Beide „Parteien" innerhalb des Königshauses waren in den letzten Monaten mehrfach in Damaskus, um auf Assad und die Entwicklung in Libanon Einfluß zu nehmen: Abdallah und der ihm politisch zuzurechnende Außenminister Saud Bin Feisal sowie Prinz Bandar Bin Sultan, der Sohn des Verteidigungsministers. Allen gemeinsam war nur der Wille, das Truppenabzugsabkommen Libanons mit Israel zu Fall zu bringen.

Fahd und auch Verteidigungsminister Sultan befürchten mit der Mehrheit der saudischen Prinzengarde, die Syrer könnten auf die Dauer nicht verhindern, daß sich unter den Schiiten in Libanon ein zweiter Khomeini-Staat etabliert und als Basis für Terroraktionen gegen Irak und die arabischen Golf-Staaten dient. Abdallah meint offenbar dagegen, daß man mit Syrien und Präsident Assad enger zusammenarbeiten müsse, um eine Einheitsfront gegen Israel und westliche Einflüsse überhaupt zu errichten. Gemeinsam mit Abdallah sind die anderen saudischen Prinzen bereit, Syriens Protektorat über Libanon anzuerkennen, wenn Assad dort die Moslems stärkt, die Christen nicht abschlachtet und den Immobilièn-Besitz und die saudischen Anteile an libanesischen Firmen schützt. Die Beziehungen zur Familie Gemayel sind gut.

Die Einwirkungsmöglichkeiten der Saudis auf Syrien oder andere arabische Staaten aber sind begrenzt, weil die Saudis durch Drohungen mit Umsturz oder Terror erpreßbar bleiben. Das hat auch die US-Politik in Libanon erfahren. In nicht wenigen westlichen Botschaften fragt man sich deshalb schon heute, was aus Saudi-Arabien und seinen Beziehungen zum Westen wird, wenn der König in Riad Abdallah heißt. (SAD)



Ein Erfolg in Brüssel hängt von London ab

Der Sachstand der EG-Probleme zehn Tage vor Brüssel

ULRICH LÜKE, Straßburg

Als sich die EG-Außenminister kürzlich in La Celle St. Cloud bei Paris trafen, nervte sie ihr italienischer Amtskollege mit dem Argument: Weil sein Land in der Milchproduktion erst einen Selbstversorgungsgrad von siebzig Prozent erreicht habe, müsse er die vorgesehene Einschränkung der Garantiepreise ablehnen. Das ließ den dänischen Kollegen nicht ruhen: Wo käme man denn da hin, schließlich liege der dänische Selbstversorgungsgrad bei Wein noch niedriger. Und Hans-Dietrich Genscher ergänzte: Die Bundesregierung denke nicht daran, sich gegen die Einschränkung der Garantien bei Oliven zu wenden, obwohl der deutsche Selbstversorgungsgrad hier bekanntermaßen besonders niedrig sei.

Dieser Szenenausschnitt aus La Celle St. Cloud belegt zweierlei: Die Verhandlungsatmosphäre wenige Wochen vor dem Gipfeltreffen von Brüssel ist entspannter als es manche wahrhaben wollen. Aber der Kompromiß ist längst noch nicht gezimmert.

Im Kern geht es um die zentralen Probleme, die die Gemeinschaft seit Jahren lahmlegen: die Reform der Agrarpolitik, die Durchsetzung eines allgemeinen Sparkurses, die Entwicklung neuer Politiken, den Beitritt Spaniens und Portugals sowie einen neuen Finanzrahmen für die Gemeinschaft, verbunden mit der Lösung des britischen Finanzproblems. Dies alles nennt man das „Stuttgarter Paket". Seit dem Fehlschlag auf dem Athener Gipfel sind die Fortschritte in den Teilen des Pakets unterschiedlich. Ziemlich weit ist man im Agrarbereich gekommen.

Ziel der Agrarreform ist die Kostensenkung. Die Agrarkosten sollen künftig nicht stärker steigen als die Eigeneinnahmen der EG. Bisher unbeschränkte Produktionsmengen, für die es Garantiepreise gibt, sollen eingeschränkt werden. Zum Beispiel Milch: Fast 105 Millionen Tonnen werden in der EG pro Jahr produziert, nur 88 Millionen aber verbraucht. Kompromiß: Künftig wird nur bis zu einer Produktionsmenge von 97,2 Millionen Tonnen der Preis garantiert. Das institutionalisiert einerseits die Überproduktion, hilft aber dennoch sparen. Denn jede Million Tonne Milch kostet die Gemeinschaft über eine halbe Milliarde Mark. Die fast vollständig auf die Milchwirtschaft ausgerichteten Iren erhalten Sonderregelungen. Sie werden auch von Rom und Athen gefordert. Hier aber wollen die anderen hart bleiben. Außerdem werden die nördlichen EG-Länder darauf bestehen, die Garantie auch für andere Produkte einzuschränken. Zweites Hauptproblem im Agrarmarkt ist der Grenzausgleich. Er wurde geschaffen, um die Agrarpreise von Währungsanpassungen unabhängig zu machen. Wird die D-Mark aufgewertet, hätten die deutschen Bauern ohne Grenzausgleich, ohne Zuschüsse aus Brüssel, im Ausland Preiseinbußen in Kauf zu nehmen. Alle sind sich im Grundsatz einig, diesen positiven Grenzausgleich abzubauen. Auch Bonn ist jetzt dazu bereit. Rund zwei Milliarden Mark wird dieses Entgegenkommen die Bundesrepublik wohl kosten.

Eng verknüpft mit der Agrarreform ist die Beitrittsfrage. Vor zwei Wochen konnten sich die EG-Mitglieder endlich auf ein Angebotspaket an Madrid einigen. Der Abschluß der Beitrittsverhandlungen bis zum Herbst ist also noch denkbar. Fortschritte gibt es auch bei den neuen Politiken. Im Vorgriff auf den Gipfel starteten die Minister das „Esprit"-Programm, mit dem die EG auf dem Gebiet der neuen Informationstechnologien gegenüber Japan und den USA aufholen will.

Wieder einmal dürfte das britische Beitragsproblem der schwerste Gipfelbrocken werden. Im Vorfeld des Gipfels ist das Europaparlament dabei, seine Blockade der Rabatte für 1983 zu lockern. Das wird Margaret Thatcher jedoch nicht daran hindern, weiterhin eine unbegrenzte Lösung zu fordern. Die Franzosen sind jedoch höchstens noch für fünf Jahre bereit, London Rabatte zu bewilligen. Ihre Verhandlungsführer versuchen jetzt mit einem taktisch geschickten Schachzug, London zu überzeugen. Rabatte soll es geben „solange der Vorrat in der Brüsseler Kasse reicht". Will sagen: Stimmt London der Erhöhung der EG-Finanzen zu (was es bisher ablehnt), wäre auch mehr Geld für die Rückerstattung da. Das Treffen Mitterrand–Thatcher heute in Chequers bei London dürfte Aufschluß geben, ob diese Taktik aufgehen kann.

Spanien sondiert seine Möglichkeiten in Nahost

Gonzalez zeigt sich zufrieden / Verkaufen und vermitteln

ROLF GÖRTZ, Madrid

Waffenverkäufe und eine Aktivierung der spanischen Mittelmeer-Politik waren die Ziele einer bemerkenswerten Reise, die der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez in der vergangenen Woche nach Riad und Amman unternahm.

Die Waffengeschäfte in Saudi-Arabien stehen unter dem Druck der Arbeitslosigkeit in Spanien, die noch in diesem Jahr 20 Prozent der Beschäftigten betragen wird und die Spaniens Regierung zwingt, alle Möglichkeiten – vor allem im Export – auszuloten. Spaniens Export erfuhr im letzten Jahr eine Steigerung von 5,5 Prozent und erwies sich als ausbaufähig.

Den Regierungschef begleiteten nach Saudi-Arabien u. a. der Finanz- und Wirtschaftsminister Miguel Boyer und General Andres Jiménez, Abteilungsleiter für Waffen und Geräte im Verteidigungsministerium. Schon vor dieser Reise hatte das spanische Unternehmen TIPSA (Tecnicas y Projectos S.A.) einen Kontrakt über einen Aufsichtsvertrag für die Neugestaltung der islamischen Universität in Riad, die insgesamt zehn Milliarden Dollar kosten wird, unterzeichnet. Unter Dach und Fach ist auch ein Vertrag über den Verkauf von Waffen und Material im Wert von 150 Millionen Dollar an Saudi-Arabien. Dieser Vertrag wurde bei dem Besuch auf seine Ausweitung geprüft. Spanien hofft, einen eigenen Panzer, der mit deutscher Technologie entwickelt werden soll, nach Saudi-Arabien zu verkaufen. Der Panzer ist für die 3. Generation der neunziger Jahre gedacht.

Enge Bindungen

Als Mittelmeerstaat geographisch, aber auch historisch eng mit der arabischen Welt verbunden – über die sephardischen Juden indes ebenso eng mit Israel –, liegt es nahe, daß Spanien sich aktiv an einer Beruhigung der Krisengebiete im Nahen Osten beteiligen möchte. Die These des Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez hierfür lautet auf einen Nenner gebracht: Zwischen dem Plan von Fez und dem Reagan-Plan bestünden keine unüberwindlichen Grenzen. Der Plan von Fez sehe einen unabhängigen Palästinenser-Staat in den von Israel besetzten Gebieten vor – Reagan steuere dagegen eine Autonomie an, was schließlich auch den israelischen Vorstellungen entgegenkommen könne. Der Begriff Autonomie beinhalte eine weite Spanne von Möglichkeiten.

Wie die von der spanischen Regierung oft als Sprachrohr benutzte Zeitung „El Pais" berichtet, will sich Gonzalez bemühen, die Standpunkte der arabischen Staaten und die des Westens zunächst nur einander verständlich zu machen. Dazu aber erscheint der Regierung die Normalisierung der Beziehungen zu Israel unumgänglich. So diente die fünf Tage währende Reise denn auch dem Zweck, sowohl den Saudis als auch den Jordaniern und den Palästinensern die spanische Absicht darzulegen, in absehbarer Zeit diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen.

PLO-Botschaft in Madrid ?

In Amman empfing König Hussein den spanischen Regierungschef zur politischen Kontaktaufnahme. Mehrere Stunden unterhielt sich Gonzalez auch mit Yassir Arafat. Nach „El Pais" scheint auch Arafat die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Spanien nicht stören zu wollen (etwa durch Terroraktionen), wenn anschließend seinem PLO-Büro in Madrid der Status einer Botschaft gewährt wird. Arafat sieht in Felipe Gonzalez offenbar einen Vermittler, der seinen (Arafats) Interessen entgegenkommt.

In Amman erinnerte der Palästinenserführer an Gonzalez' Vermittlungsbemühungen in Mittelamerika. *Wie in Contadora, so zeigt der spanische* Ministerpräsident auch in Riad und Amman einen Sinn für das Pragmatische. Deutlich erkennbar entfernte sich der Spanier dabei immer mehr von der zunächst eingeschlagenen Generallinie der Sozialistischen Internationale (SI) Willy Brandts. Im Nahen Osten bestärkte Gonzalez seine Gesprächspartner in Amman, König Hussein und Arafat, ihre Friedensbemühungen fortzusetzen, dabei aber den Reagan-Plan nicht außer acht zu lassen. Offensichtlich geht es Gonzalez bei seinen Gesprächen nicht so sehr um die Erfüllung dieses Planes als vielmehr um die generelle Orientierung auch im Sinne der westlichen Verteidigungsgemeinschaft.

(SAD)

US-Reaktion auf Tschernenko-Rede zurückhaltend

DW. Moskau/Washington/Peking

Mit Zurückhaltung haben die Vereinigten Staaten auf die Rede des sowjetischen Parteichefs Tschernenko reagiert, in der der Kreml-Chef unter anderem für einen „drastischen Umschwung" zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen eingetreten war. Gleichzeitig betonte Washington aber seine Bereitschaft zum Dialog mit Moskau.

Der Pressesprecher Präsident Reagans, Speaks, sagte nach Bekanntwerden des Textes, in bezug auf die Vereinigten Staaten schienen die Äußerungen Tschernenkos nichts Neues zu enthalten. Sie deckten sich auf den ersten Blick mit der amerikanischen Auffassung, daß es Möglichkeiten für einen verbesserten Dialog zwischen den Supermächten gebe. Das State Department begrüßte das von Tschernenko erwähnte Interesse des Kreml an einer Ächtung chemischer Waffen, gleichzeitig betonte man aber im Außenministerium, ein entsprechendes Abkommen müsse nachprüfbar sein.

Bei seinem zweiten öffentlichen Auftritt seit seiner Berufung zum KP-Generalsekretär hatte Tschernenko auch die Bedingungen genannt, von deren Erfüllung Moskau den „drastischen Umschwung" in den Beziehungen zu Washington abhängig macht: in erster Linie der Abbau jener Hindernisse, die der Sowjetunion die weitere Teilnahme an den Raketenabrüstungsgesprächen unmöglich gemacht hätten. Das heißt, der Kreml besteht auf seiner Forderung, daß die in Westeuropa begonnene Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen wieder rückgängig gemacht werden muß.

Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua setzte sich kritisch mit Tschernenkos Rede auseinander. Die Agentur bezog sich dabei auf Tschernenkos Worte, Moskau trete konsequent für eine Normalisierung seiner Beziehungen mit Peking ein, doch zeigten die politischen Konsultationen, daß es in einer Reihe prinzipieller Fragen immer noch Meinungsverschiedenheiten gebe. Besonders kritisiert wurde Tschernenkos Ausspruch, die Sowjetunion könne „keine Vereinbarungen eingehen, die den Interessen von Drittländern schaden". Damit bezog sich der Kreml-Chef offensichtlich auf das enge Verhältnis Moskaus zu Vietnam.

Seite 2: Außer Atem

Brasiliens Opposition erhält viel Zulauf

Uneinigkeit im Regierungslager / Pläne für Wahlreform

MANFRED NEUBER, Bonn

Mit einem Marsch auf Brasilia will die Opposition gegen das Militärregime ihre Forderung nach der Direktwahl des nächsten Präsidenten Brasiliens bekräftigen. Seit Wochen kommt es im ganzen Lande zu Kundgebungen für eine Änderung des Wahlrechtes.

Die Oppositionsparteien haben im Kongreß eine entsprechende Verfassungsänderung beantragt. Nach Meinungsumfragen sollen 90 Prozent der Brasilianer diese Initiative unterstützen. Bei den Mehrheitsverhältnissen im Parlament ist es aber fraglich, ob die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit zustande kommt.

Über die Vorlage der Opposition soll Anfang April entschieden werden. Bis dahin dürfte der Druck auf der Straße zunehmen. Brasilien erlebte in jüngster Zeit die größten Manifestationen in den 20 Jahren der Militärherrschaft, die auf geordnete Weise abgelöst werden soll.

„Wenn Ruhe und Ordnung im Lande gestört werden, zögert die Regierung nicht, den Notstand zu erklären", warnt Justizminister Abi-Ackel. So reagierte Brasilia bereits auf frühere Pressionsversuche von Demonstranten in der Hauptstadt. Nun könnte die größte Kraftprobe bevorstehen.

Nach dem geltenden Wahlrecht wird der Nachfolger von Präsident João Baptista Figueiredo von 686 Wahlmännern bestimmt. In diesem Kollegium verfügt die Regierungspartei über die Mehrheit. Sie könnte also einen Übergang zur Demokratie ohne Risiko einleiten.

Für die direkte Wahl des Präsidenten durch die 55 Millionen wahlberechtigten Brasilianer streitet die Opposition in der Hoffnung, schon beim nächsten Führungswechsel in Brasilia an die Regierung zu gelangen. Ihre Kampagne wird von zahlreichen katholischen Bischöfen unterstützt.

Kardinal Arns in São Paulo sprach von einer „riesigen Volksbewegung" für die Direktwahl. Das Wahlmänner-Kollegium werde abgelehnt, „weil es weder legitimiert noch repräsentativ für das brasilianische Volk ist". In Brasilia wird erwogen, die Amtszeit des nächsten Präsidenten von sechs auf vier Jahre zu verkürzen und dann eine Volkswahl zuzulassen.

Von Woche zu Woche erhält die Opposition mehr Zulauf. Bisher haben zwölf Senatoren und 43 Abgeordnete der Regierungsparetei erklärt, sie würden für eine Wahlrechtsänderung stimmen. Sogar Präsident Figueiredo bekannte sich dazu, machte aber kürzlich einen Rückzieher, weil das Militär diesen Machtverlust noch hinauszögern will.

Im Regierungslager der Generale und Technokraten herrscht Uneinigkeit über die offizielle Kandidatur. Figueiredo favorisiert seinen Innenminister, Oberst Mario Andreazza. Oberst Golbery do Couto e Silva, die graue Eminenz in Brasilia, unterstützt den früheren Gouverneur von São Paulo, Paulo Maluf, und der ehemalige Präsident Ernesto Geisel lanciert Aureliano Chaves, den amtierenden zivilen Vizepräsidenten.

Chaves ist unter diesen drei offiziellen Konkurrenten der einzige, der eine Direktwahl wünscht. Sofern er nicht den Präsidenten vertritt, führt der Vize ein Schattendasein.

Geht man von den Wahlergebnissen im November 1982 aus, als die Opposition die Gouverneursposten in zehn von 22 Staaten und 244 von 479 Wahlkreisen für den Kongreß gewann, bevor sie durch die drastisch angestiegene Arbeitslosigkeit und die galoppierende Inflation (1983: 210 Prozent) weiteren Auftrieb bekam, dürften populistische Politiker in offener Wahl heute kaum zu schlagen sein.

Die größte Sorge der Militärs ist, daß Leonel Brizola an die Macht kommen könnte. Er ist ein Schwager des 1964 von der Armee gestürzten Präsidenten João Goulart, und er lebte 15 Jahre im Exil. Nach seiner Heimkehr wurde er im November 1982 mit großer Mehrheit zum Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro gewählt. Brizola ist ein politischer Außenseiter und gehört nicht der größten Oppositonspartei an.

Für Präsident Figueiredo geht es darum, sein Versprechen einzulösen, „aus diesem Lande eine Demokratie zu machen", ohne einen Rückfall in die Zeit politischer Demagogen zu riskieren. Hatte sein Vorpreschen für die Direktwahl noch auf der Linie seiner Politik der Öffnung gelegen, so zeigt seine Kehrtwende an, daß einflußreiche Kräfte im Nationalen Sicherheitsrat doch das letzte Wort sprechen.

Am 25. Februar 1984 verstarb im Alter von 83 Jahren nach einem erfolgreichen Leben der ehemalige Vorsitzende unserer Geschäftsführungen, Herr

Dr.-Ing. Oswald Putze

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Herr Dr. Putze war bereits seit 1934 Angehöriger der ehemaligen Linke-Hofmann-Werke AG, Breslau, deren Technischer Vorstand er schon 1935 wurde.

Nach dem Krieg war er als langjähriger Vorsitzender der Geschäftsführungen der Linke-Hofmann-Busch GmbH und der Scharfenbergkupplung GmbH in Salzgitter eng mit dem Wiederaufbau unserer Werke verbunden. Die Entwicklung unserer Unternehmen ist entscheidend von seiner Persönlichkeit geprägt worden.

Wir betrauern in dem Verstorbenen einen wahren Kollegen und Freund, der sich durch hohe menschliche Qualitäten ausgezeichnet hat.

Er wird uns unvergessen bleiben.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung und Betriebsrat
der
Linke-Hofmann-Busch GmbH
und der
Scharfenbergkupplung GmbH

Salzgitter, den 2. März 1984

Die Trauerfeier hat bereits am 29. Februar 1984 im engsten Kreise stattgefunden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Von Formen und Formeln

„Schwachsinn"; WELT vom 25. Februar

Herr Heinz Barth hat recht: „Freundliche Grüße " senden ist Pleonasmus! Mancher WELT-Leser wird, wie ich, in sich gehen und diesen Pleonasmus hinfort vermeiden.

Man sollte ebenfalls zur Kenntnis nehmen, daß der übliche Wunsch an einen Menschen mit Stockschnupfen „Gute Besserung" ebenfalls Pleonasmus ist!

Ich bin der WELT außerordentlich freundlich gesonnen, werde mir aber die pleonasmusatorischen freundlichen Grüße verkneifen und sage es Ihnen auf schwyzerisch: Grüzzi, grüzzi!

Ihre
Annemarie Halske
Hamburg-Blankenese

*

Für mich ist der „freundliche Gruß" am Ende eines Briefes kein „Pleonasmus" – ich kann durchaus „unpersönlich" grüßen, weder freundlich noch unfreundlich. „Herzlich" grüße ich nur Menschen, die mir etwas bedeuten, der „freundliche Gruß" ist ein Zeichen meines Wunsches, aufgeschlossen auf den meist unbekannten Menschen zuzugehen bzw. mich von ihm zu verabschieden.

Wenn mir eine Behörde etwas mit „freundlichem Gruß" zuschickt, so ist mir das lieber als das antiquierte „Hochachtungsvoll" der früheren Zeit. Nicht am Ende eines jeden Briefes kann man sich die Mühe machen, über das Verhältnis zum Empfänger nachzudenken! Es lebe der „freundliche Gruß"!

Ihre
Renate Zinke
Hamburg 52

Für die Kinder

„Fast Unmögliches erreicht"; WELT vom 23. Februar

Am 23. Februar erschien in Ihrer Zeitung ein längerer Beitrag über mich. Wenngleich mich die darin ausgedrückte Wertschätzung meiner Arbeit sehr freut, möchte ich den Artikel doch zum Anlaß nehmen, einiges richtigzustellen.

Zunächst ist der Name meiner Tochter nicht Liv, sonder Linn. Zum anderen bin ich nicht als Botschafterin der Unesco tätig, sondern als Botschafterin für Unicef. Leider werden diese beiden Organisationen sehr häufig verwechselt. Dennoch bin ich immer ein wenig bestürzt über die Tatsache, daß die Einzigartigkeit von Unicef, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, immer noch so wenig bekannt ist.

Wenn ich mich für Unicef einsetze, wie ich es tue, so wegen der Einzigartigkeit dieser Organisation innerhalb des UN-Systems. Mit sehr begrenzten Mitteln leisten die Mitarbeiter von Unicef tatkräftige Hilfe überall dort, wo Kinder leiden, wo Krankheit, Hunger und fehlende Bildungsmöglichkeiten verhindern, daß Kinder sich entfalten können, wo Kinder an eben diesen Umständen heute noch zu Millionen dahinsterben. Eine Hilfe überdies, die auf eine langfristige und dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Kinder – und es sind doch alle unsere Kinder – ausgerichtet ist. Ich selbst habe in vielen Ländern miterleben können, wie Unicef wirkt und was Unicef bewirken kann. Vielleicht überzeugen Sie sich einmal selbst.

Liv Ullmann

Reichswehr und Diktatur

„Leserbrief: Parteibuch im Waffenrock"; WELT vom 23. Februar

Die Fehler und Meinungen des Herrn Major Schütte dürfen der Wahrheit wegen nicht hingenommen werden. Die Soldaten der Reichswehr betätigten sich nicht parteipolitisch; ihr Wahlrecht „ruhte". Nicht Generale hatten das befohlen; das stand im Wehrgesetz vom 31. 3. 1921. Frei gewählte Abgeordnete des Reichstages hatten das beschlossen, Friedrich Ebert und Dr. Geßler hatten es unterschrieben. Diese Gesetzgeber hatten erlebt, wie parteipolitisch zerstrittene Soldaten die Republik fast zugrunde gerichtet hatten – zuletzt beim Kapp-Putsch 1920.

Die Vorschriften des Gesetzes (§ 36) haben sich bewährt. Die Reichsregierung konnte sich auf ihre Streitkräfte verlassen, die z. B. 1923 / 24 die Demokratie in Sachsen und Thüringen schützten oder mit Waffengewalt wieder herstellten.

1932 und im Januar 1933 erwog die Regierung staatsstreichartige Pläne, Hitler von der Macht fern zu halten. Den vorauszusehenden Widerstand der Nationalsozialisten und Kommunisten sollten Reichswehr und Polizei niederschlagen; so zuverlässig beurteilten damals politische Fachleute die Reichswehr – mit Recht! Mein Regimentskommandeur, Oberst Kienitz hielt 1932 vor allen Offizieren des Inf. Regts. fast wörtlich folgende Ansprache: „Im Regiment gibt es parteipolitische Diskussionen; das dulde ich nicht. Ich stelle klar, sollte eine Kompanie den Befehl erhalten, Adolf Hitler zu erschießen, dann erschießt sie ihn – mein Befehl wäre selbstverständlich Rechtens."

Noch in den letzten Januar-Tagen 1933 beschworen der Reichskanzler v. Schleicher, der gleichzeitig Reichswehrminister war, zusammen mit dem Chef der Heeresleitung und anderen den Reichspräsidenten – gestützt auf die Reichswehr – den Reichstag (verfassungswidrig) für längere Zeit aufzulösen – nur um Hitler nicht Kanzler werden zu lassen. Hindenburg wollte aber keinen Verfassungsbruch; er fürchtete Bürgerkrieg; das war wahrscheinlich richtig; denn im April 1932 wollten über 13 Millionen Wähler Hitler als Reichspräsidenten.

Waren dieser Reichswehrminister, dieser Chef der Heeresleitung „Steigbügelhalter" Hitlers? Oder sollte irgendwo ein Bataillon oder ein Regiment auf eigene Faust putschen? Wann? Gegen wen?

Kennt Major Schütte die Wahlergebnisse vor 1933? Im Juli 1932 stimmten über 37% für die NSDAP (230 Sitze im Reichstag). Von den 115 000 Soldaten des Reichsheeres und der Reichsmarine hätten das wahrscheinlich auch rund 37% getan (über 40 000). Wie die übrigen „mündigen Bürger" konnten sie nicht voraussehen, was Hitler anrichten würde. Das Durchschnittsalter der Soldaten lag unter dem der übrigen Wähler; vielleicht hätten noch mehr Soldaten für Hitler gestimmt, der versprach, das Diktat von Versailles zu beseitigen.

Hätte je ein Reichswehrminister, ein Chef der Heeresleitung das tun können, mit wahlberechtigten, parteipolitisch organisierten Soldaten, Hitler mit Gewalt von der Macht fernzuhalten, den Chef der stärksten Partei – von „mündigen Bürgern" frei gewählt? Hätten alle Soldaten auch die Hitler nicht mochten, aufständischen Offizieren, Verfassungsbrechern gehorcht, die Befehle ihres obersten Befehlshabers mißachtet, der ja Hitler nicht beauftragte, eine Diktatur zu errichten, sondern eine Koalitionsregierung zu bilden, der nur drei nationalsozialistische Minister angehören durften.

Selbstverständlich dürfen heute die Soldaten unserer Wehrpflichtarmee wählen, politischen Vereinigungen angehören; wozu sollten sie für 15 Monate aus ihren Vereinigungen austreten?

General a. D. Pickert, dessen Leserbrief „Ohne Parteibuch" (14. 2.) von Major Schütte getadelt wird, fürchtet nur, daß Offiziere aller Grade in Konflikt geraten könnten, wenn es gilt, „der Bundesrepublik treu zu dienen" und einem Teil unserer Mitbürger, der gewählten Partei, treu zu bleiben.

Major Schütte meint, die Reichswehr „habe preußische Tradition und Ehrbegriffe" vernachlässigt, als sie „zum Steigbügelhalter der Hitlerdiktatur" verkam. Eine der besten Traditionen (nicht nur preußischer) ist es, gewissenhaft mit der Wahrheit umzugehen, auch mit der geschichtlichen Wahrheit, und der Kern aller Ehrbegriffe ist es, nicht nur sich selber ehrenhaft zu verhalten, besonders aber die Ehre der Kameraden nicht zu verletzen.

Wer war die Reichswehr? Das waren Menschen: Offiziere, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften, die Herr Schütte „verkommen" nennt. Der größte Teil der höheren Offiziere, die unsere (gut geratene Bundeswehr) aufgebaut haben, dienten in der Reichswehr. Das sind Ihre Kameraden, Herr Schütte, die Sie öffentlich ungerecht behandeln.

Mit Grüßen
A. Weber, GenMaj der Bw. a. D.
Bad Homburg

*

Hiermit beenden wir die Diskussion.

Die Redaktion

Besser lesen!

Ich lese neuerdings in den Zeitungen des Hauses Springer, zuletzt in der WELT vom 23. Februar 1984, von meinen angeblich flotten Sprüchen und meiner angeblich flotten Zunge in der Berlin- und Deutschlandpolitik. Flott ist zwar sicher besser als verknöchert und verschlafen. Im konkreten Zusammenhang sind „flott" allerdings nur die Kommentatoren, die es offenbar unterlassen haben, sich der Mühe zu unterziehen, ein 30 Seiten langes Vortragsmanuskript zu lesen. Sonst hätten sie gemerkt, daß sie einem Pappkameraden aufgesessen sind, den sie selbst durch aus dem Zusammenhang gerissene Zitate erst mühsam aufbauen.

Vielleicht sind die Kommentatoren zumindest nachträglich bereit, einmal eine Lesestunde einzulegen. Dann würden sie feststellen, daß ich weder ostpolitischen Alleingängen Berlins das Wort rede noch die Notwendigkeit einer möglichst festen Einbindung Berlins in die Bundesrepublik Deutschland und in die Sicherheitsgarantien der Westmächte bezweifle – ganz im Gegenteil! „Erst denken und dann reden" ist eine allgemein akzeptierte Lebensweisheit. „Erst lesen und dann schreiben" wäre manchmal auch ganz schön. Auf die dann erst sinnvolle Diskussion über rechtliche und politische Aspekte des Status von Berlin freue ich mich.

Professor Dr. Wilhelm A. Kewenig
Berlin

Wider den Gurt

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

Ihre Überschrift „Gurtmuffel treiben die Prämien hoch" (WELT vom 23. Februar) ist wegen ihrer Wahrheitsentstellung nicht zu ertragen. Es sind doch wohl diejenigen, die die Gurtmuffel verletzen oder ins Jenseits befördern, die die Prämien hochtreiben.

Das Schlimme an der Anschnallpflicht (gegen eine Empfehlung wäre nichts zu sagen) ist, daß sie das Rechtsempfinden verändert, indem die unschuldigen Opfer rücksichtslosen Verhaltens diffamiert werden, nur weil sie sich die Freiheit nehmen (oder genommen haben), selbst darüber zu befinden, welche Vorkehrungen sie zu ihrer eigenen Sicherheit treffen. Auch diese Freiheit darf in einer freiheitlichen Ordnung nicht inkriminiert werden. Schließlich ist man in jeder Situation – nicht nur im Auto – Risiken ausgesetzt. Und da es letztlich doch immer außerhalb der eigenen Macht liegen wird, wann es einen wie erwischt, erscheinen die Anschnall-Kampagnen leicht im Licht eines ideologischen Kreuzzugs.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dieter Henning,
z. Z. Genf

Wald am Ende

„Leserbrief: Wirtschaftsfaktor Wald"; WELT vom 24. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Leserbrief „Wirtschaftsfaktor Wald" ist noch zu ergänzen, daß der Wald mit allen seinen Sozialleistungen nicht mehr kostenlos zu genießen ist und nicht durch Billigimporte wie Kohle aus Südafrika und Amerika ersetzt werden kann. Wald kann nicht importiert werden.

Wer weiß schon, daß durch Billigimporte an Möbeln, Spanplatten, Schnittholz usw. bis zum Schaufelstiel der holzverarbeitenden Industrie mehr und mehr Arbeitsplätze verloren gehen? Auch wenn wir die Billigimporte und unsere hohen Löhne nicht verhindern können, muß etwas für den Wald getan werden.

Zur Waldpflege, d. h. Erzeugung von Wertholzbeständen (Geradschaftigkeit, Astreinheit) sind u. a. Durchforstungen und Absatz der anfallenden minderwertigen Baumsortimente unerläßlich. Nach dem sich abzeichnenden Zusammenbruch der holzverarbeitenden Industrie folgt zwangsläufig der Zusammenbruch der Forstwirtschaft und aller ihrer Arbeitsplätze.

Dieser Zusammenbruch zeigt sich schon in der norddeutschen Ebene, wo Wald zwangsweise auf ertragreichen ackerfähigen Böden erhalten werden muß. Viele (um nicht zu sagen die meisten) der kleineren, mittleren bis großen Waldbesitzer haben hier bereits jegliche Waldpflege aufgegeben. So können also weiter Forstbeamte und Waldarbeiter entlassen werden, der Wald sich selbst überlassen bleiben. Diese so irgendwie zu Wäldern krummwüchsiger Birken, Eichen, Kiefern anwachsenden urwaldartigen Bestände werden dann alle 40 oder 50 Jahre im Kahlschlag an Unternehmer verkauft, d. h., wenn sich ein Käufer findet. Die Naturverjüngung der weit fliegenden Baumsamen bringt dann wieder auf dem Unland Strauch- und Baumarten. So sieht dann der verwahrloste Wald aus.

Allein die Waldbrandgefahr in diesen Wildnissen, mangels für Löschfahrzeuge zugänglicher Wege, wo Sturmwürfe und absterbende Bäume bald alle Wege versperren, ist noch zu bedenken!

Waldpflege muß gefördert und finanziert werden. Wieviel an Wegebau, Jungwuchspflege, Durchforstungen muß jetzt schon unterbleiben?

Geld ist immer noch da, auch für Abgas-Entgiftung. Man nehme es aus der noch bundesweit ungebremsten Verschwendung. Sind Wald und Waldpflege vorrangig oder Millionen für Bundesgartenschauen?

Mit freundlichen Grüßen
Joh. Freiherr von Twickel,
Forstmeister
Lembeck

Wort des Tages

„Überstürze nichts, überhaste, übereile nichts, sonst zerstörst du vielleicht gerade das, was du heute aufbauen willst. Schnelligkeit ist nicht immer ein Zeichen deiner Tüchtigkeit. Tempo ist vielmehr oft ein Zeichen, daß es abwärts geht."

Josef Magnus Wehner, dt. Autor (1891–1973)

Personalien

EHRUNG

Bundesjustizminister **Hans Engelhardt** hat den bisherigen Leiter der Zentralstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg, **Adalbert Rückerl**, in den Ruhestand entlassen. Der Minister würdigte die großen Verdienste Rückerls um die Aufklärung von Verbrechen im Dritten Reich. Adalbert Rückerl verläßt die Ludwigsburger Zentralstelle, die er seit 1966 leitete, nach 23 Jahren erfolgreicher Arbeit. „An exponierter Stelle hat Rückerl die nicht immer dankbare Aufgabe der juristischen Auseinandersetzung mit einem der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte vorbildlich ausgeführt", so der Minister. Rückerl habe dabei große Ermittlungserfolge erzielt, aber auch im In- und Ausland das Verständnis für die tatsächlichen und rechtlichen Schwierigkeiten gefördert, die mit der Verfolgung der NS-Taten verbunden sind. Engelhardt verwies darauf, daß Rückerl und seine Behörde eine wichtige Funktion in der Öffentlichkeit erfüllt haben: „Sie haben immer wieder den Finger auf diese Unrechtstaten gelegt, um sicherzustellen, daß so etwas nie wieder geschehen kann."

GEBURTSTAG

Dr. jur. **Alfred Jasmund**, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Bergen auf Rügen und Rittmeister a. D., feiert heute in Emden seinen 95. Geburtstag. Dr. Jasmund ist einer der letzten noch lebenden Offiziere des berühmten Pasewalker Kürassier-Regiments „Königin". Dem Leibregiment der Königin gehörten 32 Offiziere an. Dr. Jasmund ist gebürtiger Rügener.

AUSZEICHNUNGEN

Mit der Goldmedaille des Begründers der Plakatkunst, **Henri Toulouse-Lautrec**, zeichnete die internationale Jury der „Triennale 83" den Berliner Professor **Heinz-Jürgen Kristahn** aus. Er lehrt an der Hochschule der Künste und gestaltete bisher rund 300 Plakate. Er erhielt die Medaille für seine vierteilige Plakatserie für das Deutsche Rote Kreuz unter dem Thema „Genfer Abkommen – Recht auf Schutz – Pflicht zur Hilfe".

*

Zum zweitenmal wird jetzt der 1983 gestiftete „Philip-Morris-Forschungs-Preis" verliehen. Er ist mit 120 000 DM dotiert und damit einer der höchsten Preise seiner Art in Deutschland. In die Jury wurden berufen: Dr. **Erich Häußer**, Präsident des Deutschen Patentamtes, Dr.-Ing. **Walter Abitz**, Patentanwalt, Professor Dr.-Ing. **Lothar Göttsching**, TH Darmstadt, Professor Dr.-Ing. **Paul A. Mäcke**, TH Dortmund, Professor Dr. Dr. **Erich Staudt**, Gesamthochschule Duisburg, Professor Dr.-Ing. **Klaus Brankamp**, Unternehmer und Professor an der TH Aachen, **Klaus Wolf**, Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie, und **Staffan Gunnarsson**, Philip Morris.

VERANSTALTUNG

Caterina Valente war Stargast im „Pecher Karneval". Gastgeber einer fröhlichen Samstagnacht in seinem Haus in Pech bei Bonn war kein geringerer als Außenminister und FDP-Parteichef **Hans Dietrich Genscher**. Während Kanzler **Helmut Kohl** schon in die USA abgeflogen war, nutzte der Außenminister die Zeit bis zu seiner Türkeireise, die Dienstag beginnt, um sich mehrfach in närrisches Treiben zu stürzen: seine Gäste in Pech waren unteranderem **Manfred Schreiber**, Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium und früherer Münchner Polizeipräsident, der Landesvorsitzende der FDP München **Manfred Brunner** und der Bremer FDP Landesvorsitzende **Horst-Jürgen Lahmann**. Verkleidet kamen der Journalist und heutige Stern-Chefredakteur **Peter Scholl-Latour** und der Leiter des Bonner ZDF-Studios **Hans-Joachim Reiche**. Caterina Valente und Genscher hatten sich beim „Ball des Sports" kürzlich in Mainz näher kennengelernt. Daraufhin sprach der Minister spontan seine Einladung an den Schlagerstar aus. Gestern, nach nur wenigen Stunden Schlaf, setzte der Minister seine derzeit „närrische Session" fort und ging zum Rathaussturm der Narren nach Bonn. Als „Lokalmatador" schließlich wird der Außenminister heute unter den Zuschauern des kleinen Villiprotter Karnevalszuges sein. Freunde des FDP-Politikers über so viel Hang zur Narretei: Es tut ihm jetzt mal gut, in der Masse auf- und unterzutauchen.



Seine neue Rolle als „Kiepenkerl" spielt Hans-Dietrich Genscher voll durch. Er und Ehefrau Barbara genießen die „tollen Tage". FOTO: KEL

*

Bundesforschungsminister Dr. **Heinz Riesenhuber** trifft am kommenden Mittwoch mit einem interessanten Gast und Kollegen zusammen, mit seinem fernöstlichen Kollegen **Zhang Jun**, dem chinesischen Minister für Raumfahrtindustrie. Beide Herren wollen in einem festlichen Rahmen, in der Godesberger Redoute, ein Ressortabkommen über eine zukünftige deutsch-chinesische Zusammenarbeit in der Weltraumforschung unterzeichnen.

Waffengeschäft: Neue Überlegung in Bonn

● Fortsetzung von Seite 1

jüdischen Volk. Andererseits teile sie jedoch die Auffassung Frankreichs, Englands und der USA, daß Saudi-Arabien einen Faktor der Stabilität in der Golfregion darstellt, an dessen Sicherung der Westen angesichts der kritischen Zuspitzung in der Straße von Hormuz ein vitales Interesse habe.

Der Vorschlag einer Koordinierung der westlichen Rüstungsexporte gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten, den Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, kürzlich im Deutschland-Union-Dienst machte, verdient in diesem Zusammenhang Beachtung. Seine Anregung, durch Konsultationen zwischen Amerika, England, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland „rechtzeitig" den negativen Begleiterscheinungen westlicher Waffenlieferungen an die Region zuvorzukommen, fand inzwischen ein erstes Echo in Washington.

Nach den Erfahrungen, die Amerika in Libanon gemacht hat, geht man in Washington offenbar davon aus, daß eine Koordinierung der Waffenverkäufe zu einer atmosphärischen Beruhigung der Region beitragen würde, die im Interesse der USA und des gesamten Westens läge. Das Thema, das bisher nicht im Vordergrund stand, sollte bei den gegenwärtigen Gesprächen des Bundeskanzlers in Washington eine aufmerksame Behandlung erfahren.

Umfrage: Labour vor Konservativen

rtr, London

Erstmals seit dem Falkland-Krieg 1982 liegt nach dem Ergebnis einer Meinungsumfrage die oppositionelle Labour Partei vor den regierenden Konservativen. Die Zeitung „Sunday Times" veröffentlichte die Resultate einer Erhebung, wonach derzeit 41 Prozent der Briten die Labour-Partei favorisieren, während 38 Prozent der Regierungspartei und 18 Prozent dem Bündnis aus Liberalen und Sozialdemokraten den Vorzug geben.

Die Politik von Premierministerin Thatcher stößt offensichtlich zunehmend auf Kritik. So sind – auch dies ein Ergebnis der Umfrage – 60 Prozent der Wähler nicht mit der Entscheidung einverstanden, den Mitarbeitern des Überwachungszentrums Cheltenham die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft zu verweigern. 44 Prozent werfen der Regierungschefin einen diktatorischen Stil vor.

„Syrien kein Instrument in den Händen Moskaus"

WELT-Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß

MANFRED SCHELL, Bonn

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hält es auf längere Sicht gesehen für durchaus möglich, Syrien aus der politisch-militärischen Abhängigkeit der Sowjetunion herauszulösen und wieder näher an den Westen zu binden. Strauß, der kürzlich in Damaskus mit dem syrischen Präsidenten Assad konferiert hatte, warnte allerdings vor übertriebenen Hoffnungen. Außerdem könnten bei einer so „langfristigen Orientierung" die Amerikaner und die Europäer „die legitimen Interessen Israels nicht Syrien zuliebe vergessen".

Auf die Frage der WELT, wie er die Abhängigkeit Syriens von Moskau beurteile, und zwar in militärischer wie wirtschaftlicher Hinsicht, antwortete Strauß: „Syrien hat ein sehr enges Verhältnis zu Moskau. Aber ich warne vor der Fehlbeurteilung, die ich auch einige Zeit hatte, daß Syrien ein Instrument Moskaus sei oder eine Marionette in den Händen Moskaus. Syrien will – aus welchem Grund auch immer – eine moderne Bewaffnung. Syrien hat auch zu meiner Überraschung das Geld, sie zu bezahlen. Syrien kann nirgendwo in der Welt Waffen bekommen, und deshalb wendet es sich an Moskau."

Andererseits, so merkte Strauß an, „ist für Moskau Syrien ein Land, mit dessen Hilfe sich die Sowjetunion einen gewissen Einfluß auf den weiteren Gang der Mittelost-Politik verschaffen oder erhalten kann". Die Politik, die in Damaskus gemacht werde, diene syrischen Interessen. Assad „betrachtet sich als einen syrischen Patrioten und nicht als einen Gefolgsmann Moskaus", fügte Strauß hinzu.

Was Syrien will

Syrien habe besondere Interessen in Libanon und bewiesen, daß eine Libanon-Lösung ohne seine Mitwirkung oder Zustimmung nicht möglich sei. „Ob man das jetzt bedauert oder begrüßt, ist unerheblich, es ist eine Tatsachenfeststellung", sagte Strauß. Das Ganze sei „doch in ein Scheinwerferlicht gerückt, als die Amerikaner trotz der Landung von Truppen in Libanon ihre Ohnmacht erleben mußten, schwere Verluste hinzunehmen hatten und dann ihre Truppen auf die Schiffe zurückgenommen haben."

Auf die Frage, wie er das Treffen zwischen dem libanesischen Präsidenten Gemayel und Assad in Damaskus bewerte, antwortete Strauß, „Syrien will nicht den Sturz oder die Vernichtung von Gemayel, sondern Syrien will offensichtlich diesen Präsidenten erhalten, ihn aber dazu bringen, daß das Abkommen mit Israel vom 17. Mai 1983 widerrufen wird. Es will Gemayel veranlassen, die anderen Kräfte wiederum in die Regierungsverantwortung einzubeziehen. Gemayels Anhängerschaft allein ist, wie sich gezeigt hat, als Basis zu schwach. Weder die Unterstützung Israels noch die Unterstützung der USA kann diese Grundtatsachen ändern".

Die Interessen Israels

WELT: Aber bringt eine solche Aufkündigung nicht neue Komplikationen, zum Beispiel für Israel?

Strauß: Ich glaube, die Israelis sind realistisch genug, um sich der Stärke ihrer Position und der Unmöglichkeit einer von Israel allein herbeigeführten Lösung der Libanon-Frage bewußt zu sein. Ich glaube, daß sie von der Aufkündigung des Abkommens, das sie sicherlich in guter Absicht geschlossen haben, nicht allzu schmerzlich berührt sind.

Kategorisch stellte Strauß aber klar, daß es für die Bundesrepublik Deutschland keinen Spielraum für Waffenlieferungen an Syrien gebe. Die Bundesrepublik Deutschland „kommt als Waffenlieferant nicht in Betracht, solange es den Konflikt Syrien–Israel gibt und vor allen Dingen solange die Syrer in Kampfhandlungen mit den Amerikanern verwickelt sind. Ob andere dazu bereit sind, weiß ich nicht, aber ich glaube es nicht." Deshalb bleibe es wohl dabei, „daß die Syrer ihre Waffen aus Moskau beziehen".

Eine Entwicklung, die Syrien aus der Nähe Moskaus herausführen könne, würde, zeitlich betrachtet, sicherlich den Rest dieses Jahrhunderts ausfüllen, meinte Strauß. Bei dieser „langfristigen Orientierung" heiße die Frage dann: „Was sind die legitimen Interessen Israels?" Diese müßten beachtet werden. Und es bedürfe in diesem Zusammenhang nicht nur der Einsicht Syriens, daß „Israel ein Faktor im Mittleren Osten ist, der nicht wegzudenken und auch nicht wegzubringen ist, sondern es bedarf israelischer Konzessionen".

Die zwei entscheidenden Punkte, so meinte Strauß, seien in diesem Zusammenhang „nicht Waffen und Gelände". Die entscheidenden Punkte seien „Vertrauen und guter Wille". Darauf komme es vor allem an, und „dabei darf keiner die Existenz des anderen in Frage stellen".

Entwurf für weltweite Abfallkontrolle

lz. München

Der Entwurf einer ersten weltweiten Abfallbeseitigungsrichtlinie sieht eine Kontrolle gefährlicher Abfälle von der Entstehung bis zur Beseitigung vor, die auf einem in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren praktizierten Begleitscheinsystem basiert. Der Entwurf wird heute in München auf der ersten internationalen Abfallrechstagung vorgelegt und allen Nationen zur Annahme empfohlen.

Im Sinne von Bundesminister Zimmermann schlägt das Papier den Ländern die Beseitigung im eigenen Lande vor. Auch bei den Vorschlägen für gesetzliche Maßnahmen und Beseitigungsmethoden war Bonn federführend. Demnach sollen organische Abfälle möglichst verbrannt und die Schadstoffe in anderen Abfällen chemisch-physikalisch reduziert werden. Zur Endlagerung werden Deponien mit abgedichteten Sohlen und Seitenwänden und ein Schutz des Grundwassers gefordert.

Experten messen der Tagung eine große Bedeutung zu, da mit dieser Frage schon länger befaßte Industriestaaten mit hier in der Regel weniger erfahreneren Entwicklungsländern erstmals gemeinsam an einem Tisch sitzen.

Bischof Leich mahnt die „DDR"-Führung

DW. Köln

Landesbischof Werner Leich (Thüringen) hat vor der Fehleinschätzung gewarnt, daß die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in der „DDR" grundlegend besser geworden seien. Im Deutschlandfunk vertrat Leich gestern die Auffassung, im Luther-Jahr 1983 habe sich zwar eine Verbesserung ergeben! Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche könne aber nur dann als geordnet oder gut bezeichnet werden, wenn die in der „DDR"-Verfassung verankerte Aussage, daß die Christen gleichberechtigte, gleichgeachtete und gleichverpflichtete Staatsbürger seien, „von allen Gemeindegliedern im täglichen Leben erfahren werde".

Als nachhaltigsten Eindruck des Luther-Gedenkens bezeichnete es Leich, daß auch solche Menschen, die bis dahin am Rande der Kirche gelebt hätten, Christus näher gekommen seien. Die Zahl der Kinder- und Erwachsenentaufen habe zugenommen.

Iran will Entscheidung im Golf-Krieg erzwingen

Großoffensive vorbereitet / Verwendet Irak Giftgas?

DW. London/Wien

Die iranische Führung scheint fest entschlossen, den Krieg gegen Irak bis zum Sturz des irakischen Staatschefs Saddam Hussein fortzusetzen. Durch die Intensivierung der iranischen Kriegsanstrengungen und die irakischen Gegenmaßnahmen eskaliert der Waffengang am Golf zusehends. Die auch gestern wiederholten Drohungen Teherans, die Meerenge von Hormuz zu sperren, erhöhen darüber hinaus die Gefahr einer Verwicklung auswärtiger Mächte.

Gleichzeitig bestätigte Iran erstmals, daß irakische Jagdflugzeuge mehrfach die strategisch wichtige Ölverladeinsel Kharg im Golf angegriffen haben. Dabei seien aber nur „begrenzte Erfolge" erzielt worden, sagte Irans Parlamentspräsident Rafsandschani gestern. Für den Fall einer ernsthaften Störung der iranischen Ölexporte durch Irak drohte Rafsandschani allerdings erneut mit der Sperrung der Straße von Hormuz.

Der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini betonte nach einer Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA am Wochenende, am Persischen Golf werde es keinen Frieden geben, solange Saddam Hussein „am Leben ist". Gleichzeitig mahnte Khomeini die arabischen Anrainerstaaten am Golf, „zu erkennen, was für sie ratsam ist, und was ihre Pflichten gegenüber Iran und dem Islam sind".

Kampf um Basra

Das iranische Oberkommando bestätigte am selben Tag, daß Teheran nach wie vor entschlossen ist, in den nächsten Tagen eine militärische Entscheidung im Krieg gegen Irak herbeizuführen. Teheran will dabei offensichtlich die irakischen Truppen im Raum der Hafenstadt Basra zurückwerfen und so den Zugang Bagdads zum Meer abschnüren, was tatsächlich eine Vorentscheidung in diesem Krieg bedeuten könnte. Iranische Truppen sollen im Raum um Basra in den vergangenen Tagen zehn Kilometer weit vorgedrungen sein. Irakische Verbände hätten mit dem Einsatz chemischer Waffen vergeblich versucht, die iranische Offensive zum Stehen zu bringen, teilte der Armeesprecher in Teheran mit.

Als Zeichen für einen zumindest partiellen militärischen Erfolg der jüngsten iranischen Offensive werten Beobachter die Angaben Rafsandschanis, Iran habe bei den Kämpfen das irakische Ölgebiet Madjnun nördlich von Basra besetzt und sehe darin einen Ersatz für seine Reparationsforderungen an Irak. Teheran könnte sich überlegen, aufgrund dieses Ölvorkommens auf Reparationszahlungen in Höhe von 250 Milliarden Dollar zu verzichten.

Demgegenüber hieß es in Badgdad, in der bisher „blutigsten Schlacht des Krieges" sei der Feind erneut geschlagen und auf seine Ausgangsposition zurückgeworfen worden.

Amerikanische Militärkreise haben nach einem Bericht der Londoner Zeitung „Sunday Telegraph" Meldungen bestätigt, daß Iran 250 000 Soldaten zu einer Entscheidungsschlacht westlich der irakischen Hauptstadt Bagdad bereithält. Nach anderen Berichten aus Washington soll Teheran sogar mehr als 400 000 Mann zusammengezogen haben. Die Verbände verfügten über große Mengen schwerer Artillerie, Panzer und Kampfflugzeuge, hieß es.

Iran möchte mit Hilfe neutraler, ausländischer Gutachter seine wiederholt vorgebrachten Vorwürfe beweisen, daß irakische Truppen im Golf-Krieg chemische Kampfstoffe einsetzen. In Wien traf am Samstag ein iranisches Lazarettflugzeug mit 15 Iranern – offensichtlich Soldaten – ein, die schwere Verätzungen, vor allem an den Schleimhäuten aufwiesen. Zehn der Opfer sollen in der österreichischen Hauptstadt behandelt werden, fünf weitere wurden nach Stockholm gebracht. Österreichische Experten für die Behandlung von Verbrennungen erklärten nach einer ersten Untersuchung der Iraner, diese litten offenbar nicht unter den typischen Verbrennungen. Die Symptome stimmten vielmehr genau mit jenen Schilderungen überein, mit denen während des Ersten Weltkriegs Giftgasopfer beschrieben wurden.

Iran hat London vorgeworfen, Großbritannien verkaufe chemische Kampfstoffe und andere Waffen an Irak und trage so zum „Völkermord" bei. Die britische Regierung hat diese Vorwürfe umgehend zurückgewiesen. Das Außenministerium in London teilte mit, Großbritannien habe keiner Seite im Golf-Krieg Waffen geliefert, „weder chemische noch andere".

Gaseinsatz glaubwürdig

Die Londoner Zeitung „Daily Telegraph" meldete unterdessen unter Berufung auf einen Beamten des amerikanischen Außenministeriums, in Washington werde die iranische Darstellung, 1000 Iraner seien durch irakischen Giftgaseinsatz verwundet worden, „bis zu einem gewissen Maße für glaubwürdig" gehalten.

„New York Times" über Bonner Befürchtungen

SAD, Washington/New York

Unmittelbar vor dem Beginn der Gespräche des Bundeskanzlers mit Präsident Reagan und führenden Vertretern der US-Regierung betonten maßgebende Beamte der amerikanischen Administration, daß die Harmonie in den Beziehungen zwischen Washington und Bonn ungetrübt sei. Es bestünden keine strittig zu erörternden bilateralen Probleme.

Dagegen berichtete die „New York Times" gestern in einem Artikel ihres Bonner Korrespondenten, James Markham, über zunehmende Besorgnis in Bonner Regierungskreisen über die möglichen außenpolitischen Folgen der vorgesehenen deutschen Waffenverkäufe an Saudi-Arabien. Befürchtet werde in Bonn, daß die verschärfte Kritik amerikanischer Israel-Freunde an dem deutsch-arabischen Waffengeschäft die Beziehungen zu den USA beeinträchtigen könnte.

In diesem Zusammenhang nannte Markham den Verleger Axel Springer den „konsequentesten innenpolitischen Gegner" des deutschen Waffengeschäfts mit den Saudis und schrieb: „Seit Mr. Kohls Israel-Besuch ist Springers mächtige Zeitungskette dem Kanzler gegenüber zunehmend kritischer geworden, indem sie ihn als einen Mann darstellt, der kein Empfinden für Israels Ängste hat." Der Verlust der Verlegerunterstützung sei ein „schwerer Schlag für Kohl, dessen gefährlichste politische Opposition in der eigenen Mitte-Rechts-Partei sitzt".

Kohl sieht Bewegung

■ Fortsetzung von Seite 1

Der Bundeskanzler bleibt auch bei seiner Kritik an der israelischen Siedlungspolitik, das Verhalten Jerusalems in dieser Frage steht nach seiner Meinung einer gemäßigten Entwicklung entgegen. Wenn es um Waffen geht, ist Kohl prinzipiell zurückhaltend. Im Kanzleramt hat man sehr sorgfältig Veröffentlichungen registriert, wonach auch Israel Iran Waffen geliefert haben soll. Kohl gibt keinen Aufschluß darüber, in welchem Umfang und in welcher Qualität Bonn Waffen an die Saudis liefern würde. Er bleibt bei generellen Aussagen. Danach darf die Bundesrepublik Deutschland nicht zu einem Hauptlieferanten von Waffen werden, obwohl sie es leicht könnte. Bonn möchte hier nicht Paris, London oder der Rüstungslobby in den USA nacheifern.

Liegt das Mekka der Kleinkunst in Mainz? – Zum Beispiel das „unterhaus"

Humor einmal ganz ohne Pappnasen

Das Jahr 1965 war für Mainz ein denkwürdiges in zweierlei Hinsicht: Zum einen bekam es mit Jockel Fuchs einen Oberbürgermeister, der seit nunmehr fast 20 Jahren die Geschicke der Rhein-Main-Stadt leitet. Zum anderen reiste ein junger Mann namens Ce-eff (bürgerlich Carl-Friedrich) Krüger aus Hamburg südwärts, blieb in Mainz hängen und mischte dort in der Kabarettszene mit, durch die der scharfe Wind der Studentenunruhen blies. Man nannte sich „Die Poli(t)zisten", trat zunächst in Kneipenräumen auf, bis die Stadt einen Keller zur Verfügung stellte, unter dem sich, wie man durch Zufall entdeckte, weitere Gewölbe befanden. Alles zusammengenommen ergaben diese Räume das „unterhaus", ein Kabarett, das in der Bundesrepublik mittlerweile genauso bekannt ist wie das Düsseldorfer „Kom(m)ödchen" oder die Münchner „Lach- und Schießgesellschaft".

Wie Fuchs die Stadt, so leitet Krüger das literarische Brettl – gemeinsam mit Artur Bergk und Renate Fritz-Schillo. Daß dieses Dreier-Direktorium selbst in der obersten Stadtverwaltung zunächst noch eine unbekannte Größe war, erkannte Krüger, als er einmal vom Herrn Oberbürgermeister gefragt wurde: „Wie geht's denn eigentlich Ihrem Chef?" Es dauerte jedoch nicht lange, bis der Groschen fiel: Fuchs meinte Hanns Dieter Hüsch. Nun ist Hüsch zwar, obwohl aus dem niederrheinischen Moers stammend, mit Herz und Hirn „ein Mainzer Kabarettist" (so steht es auch im Untertitel einer jüngst erschienenen Biographie über ihn), er hat den Reigen der Kleinkünstler 1971 im „unterhaus" eröffnet und ist so häufig wie kein zweiter seines Fachs dort zu Gast. So war es für ihn Ehrensache, Ende 1982 ohne Gage aufzutreten, als dieMainzer Stadtväter die Subventionen um ein Drittel strichen. Die existenzbedrohende Entscheidung konnte aufgefangen werden durch die Gründung eines Fördervereins, der den fehlenden dritten Teil zuschießt.

Spieler, Spötter, Musikanten – ZDF, 23.10 Uhr

Eine seiner wichtigsten Aufgaben sieht das „unterhaus" darin, dem Nachwuchs ein Forum zu bieten. Einmal monatlich findet ein Debütabend statt; manch einem Jungkabarettisten hat Krüger damit einen ordentlichen Start in ein Gewerbe verschafft, in dem Fuß zu fassen immer schon schwer war und wohl stets schwieriger wird.

Zahlreiche Berliner Liedermacher machten in Mainz erste Bekanntschaft mit den „Westdeutschen": Reinhard Mey, Schobert und Black sowie die erste Blödeltruppe der Nation, Insterburg & Co.

Dem Karneval, so wie er in der Domstadt singend und lachend gefeiert wird, stehen die „unterhäusler" eher reserviert gegenüber – oder fast schon aggressiv. „Wir wollen lustig sein, ohne reaktionär zu sein", erklärt Krüger sein Fastnachtskonzept, das der „Mainz muß Mainz bleiben" überschriebenen Vorstellung zugrunde liegt. Dreizehn närrische Nächte lang will man beweisen, daß Humor nicht von Luftschlangen und Pappnasen abhängig ist. „Geradezu ketzerisch ist es, daß wir dafür zwei Kölner engagiert haben", erklärt Krüger. Er selbst tritt - stark biografisch angehaucht - als Hamburger auf, dem das „Treiben ebenfalls sehr befremdlich ist."

Wehe dem, der den Karneval nicht ernst nimmt. Auch der Humor muß schließlich bürokratisch geregelt werden. Herbert Bonewitz kann ein Lied davon singen. Als der von Publikum und Presse begeistert gefeierte Büttenredner sich vor sieben Jahren mit den Obernarren überwarf, bot Krüger ihm das „unterhaus" an. „Ein Narr packt aus" hieß sein Programm, und das tat er stets vor ausverkauftem Haus. „Bei uns darf er sagen, was er will", sagt Krüger – Freiheiten, die der Mainzer Carneval-Verein oder der Mainzer Carneval-Club wohl nicht so ohne weiteres zugestanden.

Seit 1972 verleiht das „unterhaus" den „Deutschen Kleinkunstpreis". Der erste, der ihn erhielt, war – natürlich – Hanns Dieter Hüsch. Dieses Jahr bekommen ihn Franz Josef Degenhardt und Wolfgang Neuss; der Förderpreis geht an das Duo Claudia Schlenger und Hanns Meilhamer, die ebenfalls heute abend dabei sind.



Oft Gast im Mainzer „unterhaus": Hanns Dieter Hüsch FOTO: BRIGITTE FRIEDRICH

„Liegt das Mekka der Kleinkunst also wirklich in Mainz?" heißt es in der eingangs zitierten Hüsch-Biographie. Der Zuschauer möge die Antwort selbst geben.

RAINER NOLDEN

KRITIK

Wedel wird's schon bringen

Wenn er sich an eine Sache heranmacht, dieser Dieter Wedel, so kann man darauf wetten: Die Gags sind, wo sie am schönsten sind, knallhart recherchiert. Darum kann ihm keiner, und der Zuschauer betrachtet seine kritisch-heiteren Stücke mit dem Wohlbehagen, das einer in redlicher Gesellschaft zu empfinden pflegt.

Und nun diese Geschichte von dem „**Mann, der keine Autos mochte**" (ZDF): Da schleicht er sich ganz behutsam an die heiligen Kühe der Versicherung und der Fahrprüfung heran, läßt einen Mann, der Autos nur aus den Policen und Schadensmeldungen kennt, das wirkliche Auto-Leben kennenlernen, sondert kleine Frechheiten ab, immer schön dosiert, es ist ja die erste Folge von sechs Stundenstücken, also die Disposition, aber man weiß, man merkt es: Der Wedel wird's schon bringen.

Der Ralf Schermuly assistiert ihm dabei mit einer satten Mischung aus Hilflosigkeit und Hintersinn, immer auf eine Weise naiv, daß man sich fragt, wie kriegt er das nur hin, der Gute? Und mit jedem Räusper bekräftigt er die vergessene These, daß der wirkliche Humor nicht von den Humoristen produziert wird, sondern von den guten Schauspielern, die sich nicht auf die Erzielung von Lachern haben dressieren lassen. Humor ist nämlich eine Kunst und nicht nur eine Handfertigkeit.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Als „Mephisto" und Gegenspieler von James Bond alias Sean Connery ist er international bekannt geworden. Jetzt hat auch das Fernsehen **Klaus Maria Brandauer** eine Bombenrolle angeboten: Er wird den Kaiser Nero in der ersten TV-Verfilmung des Romans „Quo Vadis" von Sienkiewicz spielen. Die Dreharbeiten für die aufwendige 6-Stunden-Serie, eine internationale Koproduktion unter italienischer Führung, beginnen im Frühjahr in Jugoslawien und werden anschließend in Rom abgeschlossen. Ausgestrahlt wird der Fernsehfilm 1985 in den Vorabendprogrammen aller ARD-Anstalten. Deutscher Mitproduzent ist das WWF in Köln.

E.W.

Nachrichten und aktuelle Berichte erzielen die **höchste Einschaltquote** bei den Rundfunkhörern der chinesischen Hauptstadt. Die Umfrage, bei der 2 423 Personen älter als 13 Jahre befragt wurden, zeigte, daß 65,4 Prozent der Einwohner Pekings täglich die Nachrichten und 45,2 Prozent Sendungen mit aktuellen Berichten hören. Die höchste Einschaltquote bei Sendungen aus Kunst, Literatur sowie Fremdsprachenkurse ist bei den 26 bis 35 Jahre alten Einwohnern Pekings.

rst

*

In der zweiten Hälfte dieses Jahres wird das **arabische Satellitennetz** für Erziehungs-, Entwicklungs- und Kulturprogramme in Betrieb sein. Mit Hilfe des Satelliten sollen kulturelle und wissenschaftliche Beiträge zu den entferntesten arabischen Gebieten übertragen werden, damit auch die dort lebende Bevölkerung umfassend informiert ist.

rst

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.03 Der Mann, der keine Autos mochte
10.50 Gefangene des Stroms
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau

ARD

11.00 Kölner Schull- un Veedelszög
Ausschnitte aus dem Umzug vom Vortage
12.00 Rosenmontag am Rhein
Aus Mainz (12.00): Es kommt vieles auf uns zu - lachen wir's an
Aus Düsseldorf (13.40): Alles Theater-Theater
Aus Köln (15.20): Hits us Kölle un us aller Welt
17.20 Die Besucher
10. Adam 84 – bitte melden!
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Karneval in Köln
Ausschnitte aus der Großen Festsitzung des Festkomitees des Kölner Karnevals
Anschließend: Ein Platz an der Sonne
22.30 Tagesthemen
23.00 Sandkastenspiele
Amerik. Spielfilm, 1972
Mit Barbra Streisand, David Selby, Ariane Heller u. a.
Regie: Irvin Kershner
Margaret Reynolds, die junge Frau eines Geschichtsprofessors in New York wartet auf eine passende Gelegenheit, um ihrem Mann zu sagen, daß ihr drittes Kind unterwegs ist. Während sie ihren häuslichen Pflichten nachgeht oder mit anderen jungen Müttern den Nachwuchs auf dem Spielplatz behütet, gerät sie immer wieder in groteske Tagträume, die ihre zu aufregenden Begegnungen mit Fidel Castro, schwarzen Revolutionären und afrikanischen Amazonen verhelfen. Barbra Streisand spielt die Hauptrolle in der Komödie über eine New Yorker Hausfrau und Mutter, die ihren Alltags-Frust mit heftigen „Women's Lib"-Phantasien abreagiert.
0.35 Tagesschau

ZDF

13.20 Programmvorschau
13.25 Jux in nur und doll
Nonsens, Klamotten, Clownerien
14.30 heute
16.04 Einführung in das Erbrecht
10. Ein Spielchen in Ehren – Mehrheit von Erben
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Vagabund
Der Ballonfahrer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
100 Jahre Prinzengarde
Zu Gast: Roberto Blanco und Ernst Neger
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Zug um Zug
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Wiedersehn macht Freude
Elmar Gunsch präsentiert Kabinettstückchen
Regie: Edgar von Heeringen
20.15 Auch ein Sheriff braucht mal Hilfe
Amerik. Spielfilm, 1968
Mit James Garner, Joan Hackett u. a.
Regie: Burt Kennedy
Bei einer Beerdigung entdeckt die hübsche und eigenwillige Prudy, Tochter des Bürgermeisters Olly Perkins, eine Goldader. Sofort ist in der Westernstadt Calendar die Hölle los. Papa Danby und seine Söhne Joe und Luke setzen alles daran, mit ihrer rauhen Art und ihren lockeren Revolvern das Städtchen in ihre Gewalt zu bringen.
21.45 heute-journal / Politbarometer
22.10 Tonight: Harald
Eine Night-Show mit Harald Juhnke
Regie: Ekkehard Böhmer
23.10 Spieler, Spötter, Musikanten
Kleinkunstabend im Mainzer „unterhaus"
0.15 heute



Barbra Streisand als Margaret in dem amerikanischen Spielfilm „Sandkastenspiele", den die ARD um 23.00 Uhr zeigt FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (51)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Pariser Leben
Ein Film von Christian-Jaque nach der Operette von Jacques Offenbach
21.50 Vom Sinn des Lebens ...
Philosophie statt Psycho-Therapie
22.20 Omelette Surprise
Von und mit Axel von Ambesser
0.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Auf den Spuren der Vergangenheit
Spröde Zeugen hinter Glas
19.45 Sonnenclub
20.00 Tagesschau
20.15 Schauplatz: Rio im Karneval
21.00 Urlaub? – Nein danke.
Montagsthema
22.00 Der wahnsinnige Zauberkünstler
US-Spielfilm, 1954
23.10 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Die kleine Fußball-Elf
18.55 Zauberbuchfilm
19.00 Musik, Gespräch, Information
Rockpalast
20.00 Weißer Fleck
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Task Force Police
22.35 Focus on Jazz

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (51)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Menschen unter uns
Der Burgensammler
Film über einen ungewöhnlichen Selfmademan von Werner Filmer und Dieter Storp
21.05 Jazz am Rosenmontag
21.50 Die Otto-Show (1)
Mit Otto Waalkes, den Cherry Cats und Peter Horton
22.35 Jazz am Rosenmontag
Mit der Old Merry Tale Jazzband (Teil 2)

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
Das Jugendprogramm
20.40 Z. E. N.
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Der Teufel ist los
Der Fasenacht kirchlicher Hintergrund
22.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Aus heiterem Himmel
23.30 Rundschau

Starke Emotionen

fu (London) – Es ist noch gar nicht lange her, da wäre ein britisches Maschinenbau-Unternehmen in den Midlands ganz schön tief in der allgemeinen Achtung gesunken, wäre ein Wagen ausländischer Provenienz auf dem Mitarbeiter-Parkplatz gesichtet worden. Folglich wurden die „schwarzen Schafe", sollten sie sich tatsächlich einmal auf den „Buy British"-Parkplatz verirrt haben, augenblicklich außer Sichtweite in die Seitenstraßen verbannt. Heute stammt nicht einmal die Hälfte der Autos auf demselben Firmen-Parkplatz aus britischer Fertigung. Und vielleicht hat gerade dasselbe Unternehmen seine veraltete Ford-Firmenwagen-Flotte mit neuen BMWs der Dreier-Serie im Wert von mehreren hunderttausend Mark ersetzt.

Die Londoner „Times" führt den Erfolg insbesondere der Mercedes, BMWs und Audis im Firmenwagen-Bereich auf eine Art Sex-Appeal zurück: Ihre besondere Anziehungskraft liege darin, daß sie bei den britischen Managern von heute stärkere Emotionen auslösen als andere Marken. Mag sein.

Seit Jahren schon dominieren Ford und Vauxhall mit ihren bislang eher betulichen, wenn nicht gar langweiligen Mittelklasse-Modellen den bedeutenden britischen Markt für Firmenwagen. Auf Leistung und fortschrittliche Technologie mit sparsamem Verbrauch wurde nicht allzuviel Wert gelegt – schon gar nicht bei den Rolls-Royce-Modellen für Vorstandschefs und AR-Vorsitzende. Solchen Anachronismus weiter mitzumachen sind nach einer schweren Rezession nur noch wenige der inzwischen kosten- und leistungsbewußteren britischen Manager bereit.

Überholt

sz. – Eine stolze Bilanz konnte jetzt der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann präsentieren, die alle seine Kollegen aus Bund und Ländern vor Neid erblassen lassen muß. Während bundesweit das Bruttoinlandsprodukt 1983 nur um ein Prozent zugenommen hat, verzeichnete Bayern ein Plus von 2,2 Prozent. Für das laufende Jahr kann gar mit einem Wachstum von vier Prozent gegenüber 2,5 Prozent bundesweit gerechnet werden. Das einst beträchtliche ökonomische Nord-Süd-Gefälle hat sich ins Gegenteil verkehrt. An einleuchtenden Gründen mangelt es nicht: Bayern muß sich kaum mit veralteten Strukturen und Branchen wie andere Länder abmühen. Der Freistaat ist aber auch ein Beispiel dafür, daß mit einer vernünftigen Finanzpolitik die Verschuldung und Zinsbelastung in Grenzen gehalten und damit auch in konjunkturell schwierigen Zeiten die Investitionskräfte bewahrt werden können. Eine Milliarde Mark kann das Land daher mehr als die übrigen Länder im Durchschnitt investieren. Das ist mehr wert als jedes zweifelhafte Konjunkturprogramm.

EXPORTEURE / Kritik an Rohstoffabkommen und der Brüsseler Verwaltungspraxis

Außenhandel beklagt Verluste durch unkalkulierbare staatliche Eingriffe

H.-J. MAHNKE, Hamburg

Hamburger Außenhändler klagen immer häufiger über unkalkulierbare staatliche und administrative Eingriffe, die ihnen das Geschäft zusätzlich erschweren, zum Teil sogar zu Verlusten führen. Die Beschwerden richten sich nicht nur gegen die Maßnahmen, die von hochverschuldeten Entwicklungsländern wie Nigeria ergriffen werden und bestenfalls auf eine verzögerte Bezahlung fälliger Rechnungen hinauslaufen. Probleme werfen auch unvorhersehbare Entscheidungen der EG auf.

Für die Außenhändler werde es immer schwieriger, ihre eigentliche Stärke auszuspielen, nämlich flexibel auf veränderte Marktverhältnisse zu reagieren, moniert Carl-Friedrich Petersen, der Vorsitzende des Bundesverbands Deutscher Exporteure. Vielmehr müßten sie in wachsendem Maße mit Entscheidungen staatlicher und halboffizieller Stellen fertig werden, die sie nicht antizipieren können. Seit langem sind den Exporteuren die Arbeitsweise der Controllco oder der Ghorfa, der deutsch-arabischen Vereinigung, ein Dorn im Auge. Sie prüfen über das übliche Maß hinaus die Exportdokumente, vor allem auch die Preiskalkulation.

Ein aktuelles Beispiel ist für Werner Sannwald, einem Hamburger Außenhändler mit Vieh, die von der EG-Kommission von heute auf morgen verordnete Senkung der Erstattungen für Rindfleischexporte. Die Brüsseler Kommission hatte zum Schutz langfristiger Verträge die Möglichkeit der Vorausfixierung der geltenden Erstattungen, also der Subventionssätze beim Export, geschaffen. Dafür müssen die Exporteure eine Kaution stellen. So hat ein Unternehmen, das für einen Ausfuhrvertrag über 10 000 Tonnen Rindfleisch die Erstattung fixiert, eine Kaution von 2,5 Mill. Mark zu hinterlegen. Diese Kaution geht verloren, wenn nicht exportiert wird, weil zum Beispiel der Drittlandskunde vom Vertrag zurücktritt.

Daher wird in der Praxis zumeist erst vorausfixiert, wenn das Akkreditiv eingegangen ist. Zwischen Vertragsabschluß, der durchweg mit der Stellung einer Erfüllungsgarantie verbunden ist, und dem Eingang des Akkreditivs vergehen zwischen fünf bis zehn Tage. Wenn in diesen Tagen die einkalkulierten staatlichen Ausfuhrerstattungen gesenkt werden, muß sich der Betrieb entscheiden, ob er die Erfüllungsgarantie und in der Regel auch seinen Kunden verlieren will oder ob er die geringere Erstattung und damit einen entsprechenden Verlust hinnehmen will. Bisher hatte die EG-Kommission dieser Zwangslage dadurch Rechnung getragen, daß sie anstehende Senkungen rechtzeitig ankündigte, nicht so Mitte Februar. „Die Folge sind riesige Verluste infolge einer zu kurzfristig getroffenen Maßnahme durch die Brüsseler Verwaltung", stellt Werner Sannwald fest.

Ein weiteres Beispiel aus jüngster Zeit nennt Karl Heinz Neumann, Außenhändler in Hamburg, die Absicht der EG-Kommission, die Altkontraktregelung beim Grenzausgleich ersatzlos zu streichen. Mit dieser Regelung wurden bisher die Unternehmen gegen kurzfristige unvorhersehbare Erhöhungen der Importbelastungen bei einer DM-Aufwertung geschützt.

Paul-Joachim Tiefenbach, Hamburger Kautschukhändler, weist auf die negativen Folgen des Internationalen Rohstoffabkommens selbst für die Entwicklungsländer hin. Sie hätten in den vergangenen beiden Jahren sicherlich höhere Erlöse erzielt, wenn es das Abkommen nicht gegeben hätte. Zwar sei der Preisverfall abgemildert worden, weil Lagerbestände aufgebaut wurden. Jetzt bremsten diese Stocks den Kursanstieg. Die Außenhändler litten darunter, daß die Börse bei diesem Produkt außer Kraft gesetzt worden sei. Denn die Aktivitäten des Verwalters der Lagerbestände seien nicht mehr kalkulierbar.

Franz-Alfred Wooge, der seit mehr als zwanzig Jahren an den Verhandlungen über Kakao-Abkommen beteiligt ist, plädiert im Vorfeld eines neuen Abkommens für ein breites Preisband zwischen Maximum- und Minimum-Preis. Nur bei einer großen interventionsfreien Zone könne verhindert werden, daß nur noch der Lagerverwalter als Käufer und Verkäufer im Markt auftritt.

US-AKTIENMÄRKTE

Talfahrt ist beendet, aber die Unsicherheit bleibt

H.-A. SIEBERT, Washington

Nach der wochenlangen Talfahrt zeichnet sich an den US-Aktienmärkten eine Stabilisierung ab. Das Tief von 1144 Punkten, auf das der Dow Jones-Industrie-Index in der emotionsgeladenen Konsolidierungsphase der Reagan-Hausse gedrückt worden ist, war offensichtlich das Ende des Tunnels. Seitdem steigen die Barometer wieder, wenn auch im Rhythmus der Echternacher Springprozession. Neue Kauflust demonstrierten die institutionellen Anleger, wobei das Schwergewicht auf ausgesuchten Wachstums- und Technologiewerten liegt.

Zwei Wochen hintereinander hat der „Dow" unterm Strich zugelegt, und zwar in der ersten 16,23 und in der letzten 6,38 Punkte. Am Freitag zog er um 12,07 auf 1171,48 Punkte an. Damit liegt er aber immer noch um 115 Punkte unter dem am 6. Januar registrierten Hoch. Der breitere Nyse-Index stieg um 0,90 und 1,18 (Freitag: plus 0,60) auf 91,67 Punkte. Deutlich haben sich die Umsätze erhöht. Zweifellos ist die Erholung zum Teil weiterhin technisch bedingt, da viele Aktien nach wie vor billig sind. Aber zur Stabilisierung trugen auch diese Faktoren bei:

● Die kräftige Zunahme der führenden Konjunkturindikatoren im Januar um 1,1 Prozent garantiert eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Aktivitäten auf hohem Niveau zumindest bis zum Sommer. Untermauert wird dieser Verlauf noch durch die ebenfalls im Januar um 1,2 Prozent gestiegenen Industrieaufträge; für Gebrauchsgüter betrug das Plus sogar 2,7 Prozent.

● Mit 1,7 Milliarden Dollar ist die US-Geldversorgung (M1) in der letzten Berichtswoche nicht so stark gewachsen wie erwartet. Daraus schließt die Börse, daß für die Zentralbank in der nahen Zukunft kein Grund besteht, die Kreditzügel anzuziehen.

● Nach dem Beschluß zwei wichtiger Kongreßausschüsse, die Steuereinnahmen in vier Jahren um nahezu 50 Milliarden Dollar anzuheben, werden die Chancen für einen Abbau der riesigen US-Haushaltsdefizite höher eingeschätzt.

Hier muß aber mehr geschehen, zumal Präsident Reagan noch zustimmen und überdies bei den Ausgabenkürzungen die Führung übernehmen muß. Die Marktlage bleibt also schwierig. Vor seinem Abflug aus Washington hat Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, der vorher mit Notenbankchef Volcker sprach, die Unsicherheiten so zusammengefaßt: Es bestehen Zweifel, ob Amerikas Wachstumskurve stetig genug verläuft und langfristig gesichert ist. In den USA steigen die Zinsen eher, als daß sie sinken. Dies sind auch die Sorgen der Wall Street, die zunächst mit weiteren Kursbewegungen innerhalb einer engen Bandbreite rechnet.

Neue Unsicherheiten

Von ERWIN SCHNEIDER

Von neuen Unsicherheiten war die Situation an den internationalen Rohstoffmärkten im Februar geprägt. Sinkender Dollarkurs, Diskussion um die weitere konjunkturelle Entwicklung, Prognosen über wieder anziehende Zinsen in den USA und Defizite im amerikanischen Haushalt, in Leistungs- und Handelsbilanz.

Das waren die prägenden Faktoren. Der Tod Jurij Andropows nahm dagegen keinen Einfluß auf die Märkte, obwohl bei früheren einschneidenden Ereignissen in der Sowjetunion die Preise meist steil in die Höhe schnellten. Vor diesem Hintergrund sank der auf Dollarbasis notierende Moodys-Index nur bruchteilig um 0,2 Prozent auf 1 052,4, während der in Pfund notierte Reuters kräftiger um 2,8 Prozent auf 1 939,1 nachgab.

Diese Lage hat nun nach langer Zeit die Haussiers an den Edelmetallmärkten angelockt. Zum Monatsende streifte der Goldpreis wieder die 400-Dollar-Grenze für die Feinunze. Haussestimulierend wirkte sich darüber hinaus der Golfkrieg mit der Möglichkeit der Schließung der Straße von Hormuz aus.

Doch bleibt das Hauptproblem für die derzeitige Goldmisere bestehen. Die hohen Geldbeschaffungskosten behindern den Markt mehr wie der Terminmarkt, kommentiert ein Informationsdienst des Brooker-Hauses Hornblower Fisher. Denn der Großteil der Goldkäufe wird mit geliehenem Geld finanziert.

Der Terminmarkt rechnet vor: die Kreditkosten liegen drei Prozent über der Primerate; weitere drei Prozent Kosten fallen an für Lagerung, Versicherung und Provision; die Realzinsen, also Primerate minus Inflationsrate, liegen zur Zeit bei etwa sieben Prozent.

Und folgert: Eine Goldanlage muß, um sich zu den heutigen Bedingungen zu lohnen, eine Wertsteigerung um rund 13 Prozent realisieren, also auf über 450 Dollar klettern. Auf der anderen Seite bleibt das Edelmetall spekulativ weiter interessant, wenn man nur an den dramatischen Preisanstieg Anfang 1980 denkt. Allerdings folgte dem ein ebenso drastischer Einbruch.

Den Kupfermarkt belastet weiter der noch laufende Antrag der amerikanischen Produzenten an die International Trade Commission, die Dumpingpreise bei Kupferlieferungen der Dritten Welt in die USA durch Importbeschränkungen zu unterbinden. Hierin spiegelt sich das Dilemma des Marktes wider. Zwar ist im Zuge des weltweiten Konjunkturaufschwunges der Verbrauch um etwa fünf Prozent angestiegen und dieses Plus wird auch für das ganze Jahr erwartet. Aber gleichzeitig wird mit einer Zunahme der Produktion um vier Prozent gerechnet.

Von der erhofften Hausse ist deshalb keine Spur auszumachen. Schon seit Monaten pendelt der Kupferpreis um die 1 000-Pfund-Marke. Und die exportierenden Entwicklungsländer – vor allem Chile, Sambia und Zaire – werden auch weiterhin versuchen, durch hohe Ausfuhren dringend benötigte Devisen zu erzielen. So sollen die Deviseneinnahmen Sambias zu 90 Prozent durch das Kupfer bestritten werden.

Neben der konjunkturellen Erholung sehen die Experten deshalb nur einen weiteren Entlastungsfaktor. Wahrscheinlich werden die Lieferungen in die Volksrepublik China in diesem Jahr – wie schon 1983 – wieder kräftig steigen. Auch die japanische Industrie hat seit Jahresbeginn ihre Orders kräftig erhöht.

Auf den anderen Metallmärkten ist die Situation ähnlich. Beim Zinn drücken die weltweit hohen Bestände auf das Preisniveau. An der Londoner Metallbörse sind sogar Prognosen laut geworden, daß der Preis noch in diesem Jahr von etwa 8 000 bis 9 000 Pfund auf 5 000 Pfund fallen könnte, wenn die Stützungsmaßnahmen des Internationalen Zinnabkommens fehlschlagen. Bei einem Erfolg allerdings und einer leichten Nachfragebelebung sollte das jetzige Preisniveau gehalten werden, glauben die Experten.

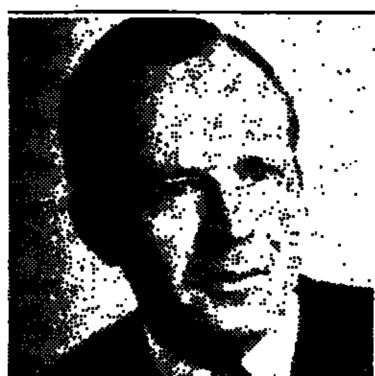
Unter den Soft-Commodities, den Weichwaren, hält die Verwirrung beim Kakao mit einem kräftigen Kursverfall an. Weiter gibt es für Bullen und Bären Argumente. Die Bullen haben zwar die unerwartet hohe Ernte in Westafrika zur Kenntnis genommen, verweisen jedoch auf die schlechtee Qualität der Ernte in Nigeria und an der Elfenbeinküste, so daß abgewartet werden muß, ob der Kakaobedarf gedeckt werden kann.

Und für die Sommerproduktion überschlagen sich schon die neuen Gerüchte, weil das Ausmaß immer noch nicht vorhersehbar ist. So hat das amerikanische Landwirtschaftsministerium für die Saison 1983/84, die im Oktober endet, ein Rohkakao-Volumen von 1,58 Millionen Tonnen hochgerechnet und damit die letzte Schätzung von Ende 1983 um vier Prozent reduziert. Doch gegenüber der letzten Saison würde diese Ernteaussicht noch eine Steigerung um drei Prozent bedeuten.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Februar 1984	Ende Januar 1984	Hoch 1984	Tief 1984
Kupfer	L	£/t	964,50	968,75	1020	941,75
Zink	L	£/t	640,50	717,75	730,50	635,50
Zinn	L	£/t	8380,50	8602,50	8662,50	8337,50
Blei	L	£/t	276,25	280,25	296,75	273,75
Gold	L	$/Unze	396,60	371,90	400	364,25
Silber	L	p/Unze	647,40	600,65	666,30	561,20
Platin	L	£/Unze	269,40	274,05	276,30	260,50
Weizen	C	Cts/bu	326,12	328,75	361,75	321,62
Mais	C	Cts/bu	330,75	329,12	335,38	316,50
Kakao[1]	L	£/t	1638,50	1876,50	2031,00	1631,50
Kaffee[1]	L	£/t	2059	2064	2124,50	1942,50
Zucker	L	£/t	107,50	126,50	137	107,50
Sojaöl	C	Cts/lb	27,98	27,27	29,80	24,76
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	87,95	88	89,15	82,55
Schweißwolle	S	Cts/kg	563	578,75	578,75	563
Kautschuk	L	p/kg	82	92	94,75	82
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			1052,4	1054,1	1061,6	1040,2
Reuter's (31. 9.31=100) London			1939,1	1994,6	1999,3	1939,1

[1])Zweite Abladung [2])A-Index-Preis L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AUF EIN WORT



„Nordrhein-Westfalen ist in den letzten zehn Jahren im ökonomischen Wettlauf mit den übrigen Bundesländern zurückgefallen. Schwere strukturelle Probleme müssen aufgearbeitet werden. Die jetzt erkennbare konjunkturelle Erholung müssen wir nutzen, allmählich wieder den Anschluß an das Entwicklungstempo der anderen zu gewinnen. Dazu brauchen wir unternehmerische Kreativität und Innovationen. Aber auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen."

Dr. Franz Schulenburg, Präsident der Kammervereinigung Nordrhein-Westfalen. FOTO: DIE WELT

Exportgesetz verabschiedet

dpa, Washington

Der US-Senat hat ein neues Export-Kontrollgesetz verabschiedet. Unter anderem ist darin vorgesehen, daß ausländischen Firmen der Zugang zum US-Markt verwehrt werden kann, wenn sie die amerikanischen Export-Kontrollen verletzen. Bisher konnten solchen Firmen lediglich Lieferungen aus den USA gesperrt werden. Da das Repräsentantenhaus bereits eine mildere Fassung des Gesetzes gebilligt hatte, muß sich nun ein Vermittlungsausschuß mit der Materie befassen.

REAKTORANLAGEN

Kooperations-Vereinbarung in London unterzeichnet

Mk. Bonn

Einen wesentlichen Schritt zur erweiterten europäischen Zusammenarbeit bei Schnellen Brütern haben Industrieunternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien gemacht. Sie haben jetzt in London eine Kooperationsvereinbarung unterschrieben. Die Einbeziehung niederländischer Partner ist vorgesehen. Die Kooperation war durch den Abschluß einer entsprechenden Regierungsvereinbarung Anfang Januar ermöglicht worden.

Ziel dieser Zusammenarbeit ist ein abgestimmtes Bauprogramm von Schnellen Brutreaktoren auf der Grundlage eines umfassenden Know-how-Austausches. Dabei geht es um eine gegenseitige Abstimmung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, gemeinsame Planung, Bau und Markteinführung von Brutreaktoranlagen einschließlich einer engen Industriekooperation auch bei der Herstellung von Komponenten. In der Bundesrepublik sind das Kernforschungszentrum Karlsruhe und die zur KWU-Firmengrupe gehörende Interatom GmbH, Bergisch Gladbach, beteiligt.

Die Rahmenvereinbarung ist ein weiterer Schritt zur Europäisierung dieses Bereichs. In den sechziger Jahren hatten die Bundesrepublik, Belgien und die Niederlande mit der Zusammenarbeit begonnen. In den siebziger Jahren kamen Frankreich und Italien dazu. Ziel war auch eine Harmonisierung der unterschiedlichen Brüterkonzepte in Deutschland und Frankreich. Künftig soll auch der Brennstoffkreislauf in die Koopreation einbezogen werden.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Bonn will Produktenhaftung der Hersteller begrenzen

WILHELM HADLER, Brüssel

Keine nennenswerten Fortschritte brachte die zweite Zusammenkunft der für Verbraucherfragen zuständigen EG-Minister in Brüssel. Sowohl die geplante Gemeinschaftsregelung für die Produktenhaftung wie die Richtlinienentwürfe über eine Angleichung der Vorschriften über irreführende Werbung und über „Haustürgeschäfte" mußten zur weiteren Beratung an die Experten zurückverwiesen werden.

An den Problemen der Erzeugerhaftung für fehlerhafte Produkte beißen sich die Sachverständigen schon seit sieben Jahren die Zähne aus. Auch der Versuch, die Materie einem Sonderministerrat zu übertragen und damit die Beratungen zu intensivieren, hat sich nicht ausgezahlt. Immerhin scheint die Bundesregierung in einigen Streitfragen inzwischen weitgehend in die Isolierung geraten zu sein. Dies gilt für die Begrenzung der verschuldensunabhängigen Haftung auf Höchstsummen. Die von EG-Kommissar Narjes anvisierte Grenze von 200 Mill. Mark ist Bonn erheblich zu hoch. Staatssekretär Klaus Kinkel plädiert für einen Betrag von maximal 65 Mill. Mark.

Nach der gegenwärtigen Rechtslage kennt außer der Bundesrepublik kein EG-Land die Beschränkung der Gefährdungshaftung durch Höchstbeträge. Bonn befürchtet, daß durch eine unbegrenzte Haftung die Kalkulierbarkeit des Risikos gefährdet und die Produkte unvertretbar verteuert würden.

Am britischen Widerstand scheiterten erneut die Bemühungen um einheitliche Bestimmungen über irreführende Werbung. Dagegen sieht Bonn bei den „Haustürgeschäften" keinerlei europäischen Handlungsbedarf.

STEUERREFORM / Biedenkopf: Die Eigenkapitalbildung muß Vorrang haben

Handwerk gegen Abgabenerhöhung

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die von der Bundesregierung beabsichtigte Steuerreform, die eine Entlastung in der Größenordnung von 20 bis 25 Mrd. Mark bringen soll, läßt die Interessen der Wirtschaft nach einer Stärkung des Eigenkapitals weitgehend unberücksichtigt. Diese Ansicht vertrat Professor Kurt Biedenkopf auf einer Veranstaltung des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes in Hannover. Zwar dürfte bei einer generellen Tarifreform auch „einiges bei den Betrieben hängen bleiben", meinte der CDU-Politiker. An der „Diskriminierung der Eigenkapitalbildung" ändere sich aber nur wenig.

Gerade diesem Thema komme angesichts der von allen Seiten erhobenen Forderung nach einem Strukturwandel der deutschen Wirtschaft besondere Bedeutung zu. Er gehe davon aus, daß diese Problematik auch auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart behandelt werde. Nach allem, was bislang bekannt geworden sei, könne die in Aussicht genommene Tarifreform nur über ein Ansteigen der Fremdfinanzierung realisiert werden.

Ebenso wie der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, befürwortet Biedenkopf Abschreibungserleichterungen für die Wirtschaft und geringere Steuern auf Eigenkapital. Wichtig wäre es, nicht entnommene Gewinne unbesteuert zu lassen. „Nachdenken" sollte man weiterhin über die Einführung der Quellensteuer und die Besteuerung von selbstgenutztem Wohneigentum. In seiner Rede vor über 1000 Handwerkern forderte Biedenkopf die Bundesregierung auf, an der Konsolidierungspolitik festzuhalten.

Handwerkspräsident Paul Schnitker sprach sich für eine zügige Verwirklichung der Tarifreform aus. Überlegungen, die dafür benötigten Mittel über eine Anhebung der Mehrwertsteuer oder andere Abgaben zu beschaffen, lehne das Handwerk „kategorisch ab". Statt dessen sollte im Subventionsbereich gestrichen und auch über eine Änderung der Sparförderung nachgedacht werden. Schnitker äußerte die Befürchtung, daß es in absehbarer Zeit zu keiner nachhaltigen Zinssenkung in der Bundesrepublik kommen wird.

Der Präsident des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes, Dietrich H. Hoppenstedt, sieht in der sich abzeichnenden Lücke zwischen Angebot und Nachfrage von langfristigen Finanzierungsmitteln eine ernste Gefahr. Die Kreditwirtschaft und der Staat stünden gleichermaßen für ein ausreichendes Kapitalangebot in volkswirtschaftlicher Verantwortung. Hoppenstedt forderte deshalb die „ordnungspolitische Gleichbehandlung aller Kapitalbildungsformen".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mineralölverbrauch stark erhöht

Paris (J.Sch.) – Weit stärker als erwartet hat sich der Mineralölverbrauch der westlichen Industriestaaten (OECD) in den letzten Monaten erhöht. Für das vierte Quartal 1983 beziffert die Internationale Energieagentur (IEA) den Verbrauchszuwachs gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 1,8 Prozent. Allerdings betrifft dies hauptsächlich Nordamerika, wo der Verbrauch um 4,1 Prozent zunahm, während er in Europa um 1,9 Prozent zurückging. Für das erste Quartal dieses Jahres schätzt die IEA den Verbrauchszuwachs Nordamerikas auf nicht weniger als zwölf Prozent, was aber auch dem besonders harten Winter zuzuschreiben sei. Für die Pazifikzone werden sieben Prozent, für Europa drei Prozent Zuwachs erwartet.

Umsatzplus am Bau

Wiesbaden (AP) – Das Bauhauptgewerbe verzeichnete im vergangenen Jahr einen Umsatz von 106,4 Mrd. Mark und damit 1,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden im Wohnungsbau mit 5,7 Prozent und im gewerblichen Hochbau mit 6,2 Prozent Umsatzsteigerungen erzielt, während der gewerbliche Tiefbau (minus 1,7 Prozent), der öffentliche Hochbau (minus 4,9 Prozent) und der öffentliche Tiefbau (minus vier Prozent) Umsatzeinbußen hinnehmen mußten.

Fusion gebilligt

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt hat keine Einwände gegen die Fusion der Stahlschmiedebereiche der Krupp Stahl AG, Bochum, und der Klöckner-Werke AG, Duisburg, erhoben. Die Behörde bestätigte, daß die beiden Firmen jetzt entsprechend unterrichtet wurden. Das Gemeinschaftsunternehmen Schmiedewerke Krupp-Klöckner GmbH mit Sitz in Bochum, an dem die Gründerfirmen je zur Hälfte beteiligt sind, kann damit seine Geschäfte mit Wirkung vom 1. Januar 1984 führen. Die Schmiedewerke werden mit 5000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz in der Größenordnung von 600 Mill. Mark erreichen.

Luxusautos bestraft

Washington (Sbt.) – Die zuständigen Ausschüsse im Kongreß haben Gesetzentwürfe abgesegnet, nach denen die Abschreibung bei Luxusautos auf 15 000 Dollar beschränkt werden soll, um die Ausfälle des Fiskus zu begrenzen und auf diese Weise zum Abbau der enormen US-Haushaltsdefizite beizutragen. Die Verabschiedung in beiden Häusern und die Unterzeichnung durch Präsident Reagan gilt als sicher.

Pipeline-Projekte im Irak

Manama (dpa) – Pläne zum Bau von drei insgesamt mehrere tausend Kilometer langen Pipelines aus Irak durch Jordanien an den Golf von Akaba, durch Saudi-Arabien ans Rote Meer und durch die Türkei ins Mittelmeer werden im Westen stark gefördert, berichtet „Middle East Economic Digest" (MEED). Die auf insgesamt mehr als fünf Mrd. Dollar veranschlagten Projekte sollen die Ölexporte Iraks von der Straße von Hormuz unabhängig machen. Bagdad könnte über diese Pipelines dann täglich mindestens fünf Mill. Barrel Rohöl exportieren.

Weg der Kurse

	2.3.84	27.2.84
Boeing	42,625	43,875
Chrysler	28,25	28
Citicorp	37	34,25
Coca-Cola	53,625	52,50
Exxon	39	38,25
Ford Motors	39,125	38
IBM	111,875	111,25
PanAm	7	7
US Steel	27,75	27,875
Woolworth	32	31,75

FRANKREICH

In der Forschung zurückgesteckt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Angesichts ihrer Budgetklemme hat die französische Regierung die ehrgeizigen Ziele ihrer Forschungs- und Entwicklungspolitik etwas zurückgesteckt. Die von ihr kürzlich beschlossenen Maßnahmen zur Förderung der industriellen Forschung sind bescheidener als erwartet ausgefallen. Die staatlichen Hilfen dafür belaufen sich in diesem Jahr auf 1,35 Milliarden Franc, davon eine Milliarde Franc für die Innovation, 0,75 Milliarden Franc an Steuererleichterungen und 0,6 Milliarden Franc an gegenüber dem Vorjahr verdoppelten Staatskrediten.

Nach den sozialistischen Plänen sollten die Ausgaben für die industrielle Forschung um jährlich real acht Prozent gesteigert werden, nachdem sie zwischen 1978 und 1981 um fünf bis sieben Prozent gestiegen waren. Tatsächlich aber nahmen sie 1982 um vier Prozent und 1983 nur noch um drei Prozent zu. Damit hat sich der französische Forschungsrückstand gegenüber anderen Industriestaaten wohl kaum vermindert.

Das für 1985 gesetzte Ziel, wonach diese Ausgaben 2,5 Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen sollten, ist danach nicht mehr zu erreichen. Frankreich stand damit an fünfter Stelle nach den USA (1,8 Prozent), der Bundesrepublik (1,8 Prozent), Großbritannien (1,5 Prozent) und Japan (1,4 Prozent). Bei dieser Reihenfolge dürfte es auch 1983 geblieben sein.

Dazu kommt die strukturelle Schwäche der französischen Forschung. Diese ist zu sehr auf die großen nationalen Unternehmen konzentriert, die ihre Forschungsausgaben letztes Jahr um real etwa sieben Prozent gesteigert haben. Die kleinen und mittleren Industrieunternehmen dagegen betreiben in Frankreich geringere Forschung als etwa in der Bundesrepublik. Insgesamt beschäftigen hier nur 1300 Unternehmen mindestens einen, davon nur 100 mehr als 50 Wissenschaftler.

Dreiviertel aller Forschungsausgaben entfällt auf sieben Industriezweige, nämlich Elektronik, Aeronautik, Automobil, Chemie, Energie und Arzneimittel, obwohl diese nur zu einem Drittel am Industrieumsatz beteiligt sind. Sehr schwach ist die Forschung in der Textil- und Lebensmittelindustrie sowie in der Bauwirtschaft.

DÄNEMARK / Finanzielle Lage der Betriebe verbessert – Preisverfall durch höhere Produktivität aufgefangen

Landwirtschaft erzielte Absatzerfolge in Übersee

R. GATERMANN, Kopenhagen

Dänemarks Landwirtschaft meldet einen rekordhohen Exportertrag und vor allem auf fernen Märkten stark wachsende Absatzerfolge. Die schlimmsten Auswirkungen der Rezession sind offenbar überwunden. Hunderte von Landwirten waren gezwungen ihre Höfe zu verlassen; anderen half die neue staatliche Kreditordnung. Und schließlich konnten die Schweineproduzenten den realen Preisverfall der letzten Jahre durch eine beachtliche Produktivitätssteigerung – seit 1976 um 39 Prozent – zumindest teilweise kompensieren. Die Getreideanbauer hoffen nach dem Fiasko des vergangenen Sommers auf eine gute Ernte 1984. Ihre Kapitaldecke ist weiterhin äußerst kurz. Sie sind in erster Linie auch der Grund dafür, daß gegen Ende 1983 die Zahl der Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Betriebe wieder zugenommen hat.

Der dänische Agrarexport belief sich 1983 auf 10,37 Mrd. Mark, dies waren drei Prozent mehr als im Vorjahr und zugleich neue Rekordnotierung. Die EG ist zwar immer noch mit ihren drei Großkunden Großbritannien (25 Prozent), Bundesrepublik Deutschland (20 Prozent) und Italien (12 Prozent) und einem Anteil von 67,7 Prozent der bei weitem wichtigste Markt. Er schrumpfte jedoch etwas und der Zuwachs wurde 1983 in fernen Ländern wie den USA, Japan und dem Mittleren Osten erzielt, die inzwischen wertmäßig genausoviel abnehmen wie Großbritannien. *Diese Expansion machte Dänemark zum* größten Agrarexporteur der EG.

Beachtenswert ist der dänische Absatzerfolg in Iran, der volumenmäßig inzwischen der größte Käseabnehmer ist. Wertmäßig wird er nur noch von der Bundesrepublik Deutschland übertroffen. Bei Butter hat Iran die Bundesrepublik allerdings trotz einer Absatzsteigerung um 43 Prozent vom zweiten Platz hinter Großbritannien verdrängt.

1983 ist das erste Jahr, in dem in Dänemark mehr als 15 Mill. Schweine geschlachtet worden sind. 808 000 Tonnen Schweinefleisch wurden exportiert, obgleich einige wichtige *Märkte als Folge der Maul- und Klau*enseuche noch gesperrt waren. Erstmals fiel der britische Anteil an den Lieferungen in die EG auf unter 50 Prozent. Wachstum verzeichnete jedoch der deutsche Markt so wie – vor allem – die USA und Japan, die längerfristig von den Dänen als die lukrativsten Abnehmer angesehen werden. Die Amerikaner kaufen bereits 40 *Prozent der dänischen Dosenfleisch*-Produktion, was 14 Prozent der Gesamteinnahmen aus dem Agrarexport ausmacht.

Mit dieser günstigen Absatzentwicklung konnten die Erträge bei weitem nicht mithalten. Sie wurden auf Grund einer kräftigen Verteuerung der Futtermittel (plus 20 Prozent) erheblich dezimiert. Zudem zeigten in den vergangenen zehn Jahren die Schweinefleisch-Notierungen real eine fallende Tendenz von über 2,20 Mark pro Kilogramm auf etwa 1,38 Mark umgerechnet auf den heutigen Kurs.

Die mehrjährige Kapitalkrise der dänischen Landwirtschaft – vor allem durch hohe Zinsen – zwang zahlreiche Bauern zum Verlassen ihrer Höfe. 1982 kam es zu 953 Zwangsversteigerungen. Diese Zahl fiel 1983 um 38 Prozent auf 590 und im zweiten Halbjahr waren es lediglich 220. Allerdings zeigt jetzt die Kurve wieder nach oben. Die katastrophale Getreideernte wird als Hauptgrund genannt. Beim Realkreditfond der dänischen Landwirtschaft (DLR) erwartet man in den kommenden Monaten einen weiteren Anstieg. Man hält es jedoch für unwahrscheinlich, daß das Niveau vom 1. Halbjahr 1983 wieder erreicht wird. Daß es den meisten Landwirten, die die Krise überlebten, jetzt finanziell etwas besser geht – vor allem sind die Zinsen kräftig gefallen – zeigt die bessere Einhaltung der Tilgungstermine.

KLÖCKNER / Stahlbereich führte zu Bilanzverlust

Für 1984 optimistischer

VWD, Duisburg

Die Klöckner-Werke AG haben im Geschäftsjahr 1983 (30. 9.) einen Bilanzverlust von 245 Mill. DM erlitten. Wie das Unternehmen nach einer Aufsichtsratssitzung mitteilt, war dies auf die negative Entwicklung des Stahlbereichs zurückzuführen. In dem Verlust sind erhebliche Sondererträge, aber auch Sonderbelastungen sowie Umstrukturierungskosten enthalten, für die eine anteilige Erstattung aus dem Stahlstrukturprogramm zu erwarten ist. Ein Konzernsprecher wies darauf hin, daß sich in den Rücklagen keine Veränderungen ergeben hätten. Mit dem diesjährigen Verlust wurde das 1982er Minusergebnis von 135 Mill. DM in der Bilanz noch einmal bemerkenswert überboten.

Für 1984 wird aber trotz wiederum steigender Kosten eine deutliche Besserung der Stahlergebnisse erwartet. Das Unternehmen gründet das auf eine lebhaftere Stahlnachfrage und höhere Mindestpreise. Außerdem werde es möglich sein, ab 1984 in der Hütte Bremen die von der EG vorgegebenen Stahlproduktionsquoten einzuhalten, womit die Voraussetzungen für den Empfang von Bonner Stahlsubventionen erfüllt worden seien. Für die Verluste macht Klöckner auch noch Anlaufkosten des neuen Stahlwerks in Georgs-Marienhütte und die Kosten aus dem schon laufenden Umstrukturierungsprogramm geltend.

Im Klöckner-Verarbeitungsbereich wirkte sich 1983 die konjunkturelle Flaute der Investitionsgüterindustrie aus. Der Spezialmaschinenbau habe aber die Chance der breiten Streuung seiner Produkte und Märkte nutzen können. Die Kunststoffverarbeitung spürte dank eines frühen Anspringens der Nachfrage die Konjunkturerholung kräftig. Das Ergebnis der Verarbeitung war, so die Klöckner-Werke, „erfreulich positiv". Für die Mehrzahl der Verarbeitungsbetriebe belebte sich das Geschäft seit Beginn des neuen Geschäftsjahres. Damit gehe eine Aufwärtsentwicklung auch der Ergebnisse einher.

FLÜSSIGGAS / Hoher Absatz in Nordrhein-Westfalen

Kritik an Fernwärme-Monopol

HANS BAUMANN, Hagen

Heftige Kritik gegen die Einführung des Anschluß- und Benutzungszwangs für Fernwärme in Nordrhein-Westfalen übte das Vorstandsmitglied des Deutschen Verbandes für Flüssiggas, Hans Brand, vor der Presse in Hagen. Sein Verband sehe wie die Mineralölwirtschaft in einem solchen Gesetz eine einseitige Förderung der Monopole im Leitungsbereich, die den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft zuwiderläuft. Die Entscheidungsfreiheit des Verbrauchers werde bei der Wahl des Energieträgers „schwerwiegend" eingeschränkt.

Brand verwies auf das Beispiel Nordrhein-Westfalen, wo ein großes Angebot an leitungsgebundener Energie herrsche. Dennoch sei der Flüssiggasabsatz gerade in diesem Land besonders hoch. Über 180 000 Tonnen wurden im vergangenen Jahr von den 20 Flüssiggasversorgungsunternehmen in den Bereichen Haushalte, Gewerbe und Landwirtschaft abgesetzt. In dieser Zahl ist der Absatz von Flüssiggas an die Großindustrie und Chemie, sowie von Autogas, nicht enthalten.

Über 40 000 Kundentanks sind allein in Nordrhein-Westfalen bei den Endverbrauchern aufgestellt. Zusätzlich geht Flüssiggas in rund zwei Millionen Stahlflaschen an die Kunden. Neben den Großtanklagern an der Rheinschiene in Duisburg und Krefeld *stehen für die Versorgung weite*re 40 Abfüllanlagen zur Verfügung. Die vorhandenen Lagerkapzitäten, so Brand, schlössen jeden Engpaß in der Versorgung der Verbraucher aus.

Die Verfügbarkeit von Flüssiggas wachse weltweit. Da diese Energie sehr umweltfreundlich, mobil und wirtschaftlich sei, blicke die Branche mit „gedämpftem Optimismus" in die Zukunft. Wegen der härteren Umweltschutzauflagen werde sich der Absatz zwangsläufig vergrößern. Das gelte auch für den Einsatz von Autogas, denn heute schon führen 20 000 Autos in der Bundesrepublik mit Autogas „bleifrei". Sie könnten an 750 Autogas-Tankstellen ihren Kraftstoff kaufen.

BERGBAU / Proteste gegen Regierungspläne in Paris

Kapazität wird reduziert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die von der sozialistischen Regierung versprochene „Aufwertung" der Kohle ist jetzt endgültig zu den Akten gelegt worden. Die nationale Förderung, für deren Steigerung auch heute noch der kommunistische Koalitionspartner eintritt, wird in den nächsten Jahren drastisch reduziert, und zwar von 18 Mill. Tonnen 1983 auf 11 bis 13 Mill. Tonnen in 1988.

Dieser jetzt gebilligte Kapazitätsabbau hat die Aufgabe von jährlich 5000 bis 6000 Arbeitsplätzen zur Folge. Die Belegschaft der Charbonnages de France (CdF) von zur Zeit 57 000 Personen würde danach bis 1988 um 25 000 bis 30 000, also um etwa die Hälfte, schrumpfen.

Um diesen rigorosen Stellenabbau den Gewerkschaften etwas zu versüßen, hat die Regierung die Electricité de France (EdF) angewiesen, in den fünf Jahren insgesamt mindestens 5000 jüngere Bergleute zu übernehmen. Die älteren werden vorzeitig pensioniert. Obwohl keine Entlassungen erfolgen sollen, streikten am Wochenende die Bergleute zum zweiten Mal innerhalb von zehn Tagen und veranstalteten Protestmärsche in Paris.

Außerdem muß die EdF in ihren Kraftwerken mehr nationale Kohle verfeuern als sie bisher beabsichtigt hatte. Für ihre Bezüge bis 1988 zahlt sie der CdF einen Mindestpreis von 22,5 Mrd. Franc. Er ist mit der Preisentwicklung für *Importkohle bzw.* mit den Durchschnittskosten für Kernenergie indexiert. In jedem Fall erhält die CdF von der EdF 2,5 Mrd. Franc zusätzliche Mittel. Das soll sie in die Lage versetzen, ihr Geschäftsdefizit für die nächsten fünf Jahre von 8 Mrd. Franc (bisheriger Voranschlag) auf 5,5 Mrd. Franc zu begrenzen.

Die darüber hinaus aus Mitteln des Staatshaushalts gezahlten laufenden Subventionen wurden auf unverändert jährlich 6,5 Mrd. Franc zu konstanten Preisen festgesetzt. Dafür muß sich die CdF stärker um den Absatz ihrer Kohle kümmern und insbesondere deren Verwendung in der Industrie fördern.

RENTENMARKT / Bundesanleihe gilt als plaziert

Auslandsinteresse hält an

Am Rentenmarkt hat sich in der vergangenen Woche die Zinssenkungstendenz fortgesetzt. Obwohl die Grundstimmung insgesamt optimistisch war, wurde das Geschehen im Inland vor allem durch die starken Auf- und Abwärtsbewegungen des US-Dollar diktiert. Zeitweise ließen andere Ereignisse die Unsicherheit über die weitere Zinsentwicklung in *den USA in den Hintergrund* treten: die Verschärfung der Krise am Persischen Golf und auch neuere Konjunktur- und Inflationsdaten. Nicht *zu übersehen ist auf der anderen Sei*te das Interesse des Auslands an deutschen Rentenwerten, was ganz überwiegend auf die zunehmend positiven Daten der deutschen Konjunkturentwicklung zurückzuführen ist. Vielfach wird in Börsenkreisen gemutmaßt, daß ausländische Investoren derzeit stärker auf eine positive Zinsdifferenz zugunsten von Dollar-Anlagen setzen. *Die neue Bundesan*leihe (acht Prozent Kupon, Ausgabekurs 100 Prozent) fand gute Aufnahme und gilt als plaziert. (Py.)

Emissionen	2.3. 84	27.2. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,36	7,49	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,45	7,57	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,50	7,70	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	8,07	8,09	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,49	7,58	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,19	7,31	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,02	8,09	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,49	7,60	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,65	7,71	8,08	8,45	10,32

HUK-COBURG / Reges Geschäft in allen Bereichen

Beitragsaufkommen höher

dpa/VWD, Nürnberg

Von einem regen Neugeschäft berichtet die HUK-Coburg, Coburg, für das Geschäftsjahr 1983. Die Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands AG, einer der größten deutschen Versicherungskonzerne, erzielte deutlich über dem Gesamtmarkt liegende Bestands- und Beitragszuwächse. Bei der traditionell als Beamtenversicherer tätigen Gruppe mit ihren für jedermann zugänglichen drei Tochtergesellschaften ist, wie es in einem ersten Überblick hieß, das Beitragsaufkommen mit knapp 1,9 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr um 12,3 Prozent gestiegen.

In der Kraftfahrtversicherung, die mit 1,5 Mrd. DM Beitragsvolumen wichtigster Zweig des Unternehmens blieb, stiegen die Einnahmen um 10,9 Prozent. Dabei sei fast die Hälfte des Zuwachses auf die 1978 gegründete HUK-Coburg Allgemeine entfallen. In der Vollkasko wird von „zufriedenstellenden Ergebnissen" gesprochen, im Teilkasko-Bereich erhofft man sich eine nachhaltige Verbesserung erst von der Anfang 1984 eingeführten Selbstbeteiligung.

Noch erfolgreicher hätten sich die anderen Aktivitäten der Gruppe entwickelt. In den sonstigen Schadenversicherungen verbuchten die HUK-Coburg und die Allgemeine ein Beitragsplus von 18 Prozent auf 145,7 Mill. DM. Die Rechtsschutztochter Coreg konnte ihre Einnahmen um 15,7 Prozent auf 66,1 Mill. DM steigern.

Besonders erfreut zeigt man sich über die Entwicklung bei der HUK-Coburg-Leben, bei der das Neugeschäft um fast 40 Prozent und der Bestand um mehr als 1 Mrd. DM zunahm. Das Beitragsaufkommen in der Leben erhöhte sich 1983 um 19,1 Prozent auf 163,6 Mill. DM. Zurückgeführt wird das als „hervorragend" bezeichnete Neugeschäft auf das Anfang 1983 eingeführte neue Überschußsystem mit sofortiger Überschußbeteiligung. Das Volumen der Kapitalanlagen habe im abgelaufenen Geschäftsjahr um gut 14 Prozent auf 3,2 Mrd. DM, die laufenden Erträge aus diesen Anlagen auf 248 (Vorjahr: 217) Mill. DM zugenommen. Aufgrund des „insgesamt guten Geschäftsergebnisses" würden die Gesellschaften der Gruppe – insbesondere den Autofahrern – für 1983 Beitragsrückvergütungen gewähren.

ZWIEBELANBAU / Ein Bereich ohne EG-Marktordnung – Der weitaus größte Teil kommt aus dem Ausland

Beliebtestes Gemüse in den deutschen Küchen

JOACHIM WEBER, Worms

Nicht nur eine ansehnliche Palette von Vitaminen und Mineralien hat die Knolle mit dem langen Stammbaum vorzuweisen, auch antibakterielle Kräfte werden ihr nachgesagt: der Zwiebel, dem inzwischen wieder beliebtesten Gemüse in deutschen Küchen. Ihr Verbrauch hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt, gut sieben Kilogramm verzehrt der statistische Durchschnittsbürger heute im Jahr.

Freilich: Von den gut 410 000 Tonnen, die jährlich in deutsche Töpfe und Salatschüsseln wandern, kommt mit rund 35 000 Tonnen nicht eimal ein Zehntel auch „aus deutschen Landen". Für die rechte Würze auf dem Speisezettel sorgen vor allem ausländische Bauern, insgesamt mit etwa 375 000 Tonnen. An der Spitze stehen dabei die Niederländer mit 175 000 Tonnen, gefolgt von den Spaniern mit 81 000 und den Italienern mit 50 000 Tonnen. Aber auch die Ungarn (16 000) oder die Ägypter (14 000 Tonnen) leisten beachtliche Beiträge.

Der deutsche Landwirt dagegen hat den interessanten Markt noch nicht so recht zur Kenntnis genommen. Zwar hat er seine Anbauflächen seit 1975 von etwa 650 auf rund 1100 Hektar ausgeweitet und dabei die Produktion – dank neuer Zuchten und Anbautechniken – überproportional von 15 000 auf 35 000 Tonnen gesteigert. Doch die rechte Begeisterung will noch nicht aufkommen.

Dabei sollte gerade der Zwiebelmarkt das Unternehmerische im Landwirt reizen: „Dies ist einer der wenigen Bereiche, in denen es noch keine EG-Marktordnung gibt. Aber ich habe manchmal den Eindruck, daß viele unserer Bauern lieber auf Nummer Sicher gehen und für irgendwelche Berge produzieren", kritisiert Manfred Gries, Geschäftsführer der Agri-Saaten GmbH, Hamburg, eines der wenigen deutschen Zwiebel-Zuchtbetriebe, der „dies Geschäft nicht allein den Holländern überlassen" will.

Die Zurückhaltung seiner Saatgutkunden hat indessen ihre Gründe. Zum einen steht die Zwiebel bei den Bauern immer noch im Ruf, ein sehr arbeitsintensives Gemüse zu sein. Sowohl ihre Empfindlichkeit gegenüber Unkräutern, als auch die Ernte und die Aufbereitung zum Verkauf machten früher ein enormes Quantum an Handarbeit erforderlich. Heute erledigen Herbizide das Unkrautproblem, für den Rest gibt es – freilich nicht billige – Spezialmaschinen.

Unter „pflegeleicht" läuft die Knolle allerdings auch nach vielen Zuchterfolgen noch nicht; bäuerliche Qualitäten bleiben gefragt: „Beachten Sie, daß eine vergleichsweise empfindliche Kutur wie die Speisezwiebel hohe Anforderungen an die Kulturführung stellt", warnt die Agri denn auch ihre potentiellen Kunden.

Doch ganz so leicht wie einst läßt die Zwiebel des Landwirts Auge nicht mehr tränen. Neue Zuchten – auch aus den USA und speziell bei den Winterzwiebeln (die im Herbst ausgesät werden und schon ab Juni zu ernten sind) aus Japan – brachten stärkere Resistenzen gegen Schädlinge und Pilze ebenso wie eine geringere Neigung zum vorzeitigen In-Saat-Schießen. Dennoch bleibt auf diesem Gebiet noch eine ganze Menge zu tun.

Hier sieht auch Agri-Chef Gries, der runde 90 Prozent seiner Gemüsesamen importiert, gute Zukunftschancen. Auch das Zuchtgeschäft ist nicht frei von Risiken: Eine neue Sorte erfordert zehn bis 15 Jahre Entwicklung und kostet in dieser Zeit 5 bis 10 Millionen Mark. Wenigstens am Ausgangsmaterial mangelt es nicht – weltweit gibt es über 3500 Zwiebelsorten. Die deutsche Hausfrau begnügt sich – noch – mit einigen wenigen davon.

Um seine Zwiebelsamen an den Landmann zu bringen, muß Gries sich fern der Heimat bewegen. Der größte Teil des Anbaus konzentriert sich immer noch in der Vorderpfalz zwischen Maxdorf und Worms. Rund 300 Landwirte produzieren hier auf 750 Hektar 20 000 bis 25 000 Tonnen der leckeren Knollen, mit denen schon die Pyramidenbauer ihre Sklaven verpflegten. Nimmt man noch das nahegelegene Anbaugebiet in Griesheim bei Darmstadt hinzu, dann stammen neun Zehntel der deutschen Produktion aus diesem Revier.

Trotz vieler Anläufe hapert es noch am Marketing für die deutsche Zwiebel. Zwar werden Aufbereitung, Verpackung und Vertrieb größtenteils von Genossenschaften besorgt, doch zu einem einheitlichen Konzept hat man sich noch nicht durchringen können. Dabei hätte zum Beispiel eine „Markenzwiebel" mit fest beschriebenen Geschmackseigenschaften gewiß gute Chancen.

KÄSSBOHRER

Bessere Position bei Bussen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Verbesserung der Ertragskraft hat sich die Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH, Ulm, für das Jahr 1984 als das „oberste Ziel" gesteckt. Dies werde freilich, wie die Geschäftsführung mitteilt, schwierig sein, da man die Auftragslage über das ganze Jahr hinweg noch nicht so überschauen könne wie im Vorjahr, als durch den Anreiz der Investitionshilfe ein relativ gutes Auftragspolster vorhanden gewesen sei. Gleichwohl gehe Kässbohrer mit einem „gedämpften Optimismus" in das Jahr 1984.

Mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 1983 ist man bei Kässbohrer „im allgemeinen zufrieden". Der Umsatz der deutschen Werke stieg um 7 Prozent auf 956 (893) Mill. DM. Da das Inlandsgeschäft unter starkem Einfluß der Investitionszulage stand, verringerte sich die Exportquote auf 32 (44) Prozent des Umsatzes. Der konsolidierte Gruppen-Umsatz ist nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Karl Kässbohrer mit rund 1,2 Mrd. DM zu veranschlagen, dies bedeute eine leichte Steigerung.

Im Nutzfahrzeug-Sektor produzierte das Unternehmen etwa 4700 Einheiten, wobei sich viele Auslieferungen erst in diesem Jahr in den Zulassungszahlen niederschlagen werden. Obwohl die Exportaufträge nachließen, waren die Nutzfahrzeugwerke durchweg ausgelastet. In der Sparte Pisten-Bully sei die Marktposition ausgebaut worden.

Kässbohrer produzierte im vergangenen Jahr mit 1978 Omnibussen 7 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Auslieferungen stiegen um 4,8 Prozent auf 2033 Omnibusse, wovon knapp zwei Drittel in das Inland verkauft wurden. Das Unternehmen hat bei Omnibussen (über 9 Tonnen) seinen Inlandsmarktanteil auf 22,65 (21,75) Prozent verbessert und rangiert damit hinter Daimler-Benz an zweiter Stelle.

Zum Ergebnis heißt es, es sei in der Höhe nach wie vor nicht befriedigend. Kässbohrer beschäftigt in den deutschen Werken 5560 (5630) Mitarbeiter, in der ganzen Gruppe sind es rund 6700 Beschäftigte.

USA / „Angriff auf das traditionelle Franchise-System"

Porsche-Händler klagen

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Ferdinand Porsche AG hat sich in den USA in die Nesseln gesetzt, bevor die Auflösung der Vertriebsgemeinschaft mit der Volkswagen of America Inc. in Kraft tritt. Wie der Präsident der American International Automobile Dealers Association, Robert McElwaine, mitteilte, haben mehr als 80 Prozent der Porsche-Händler ein Aktionskomitee gebildet. Sie wollen die Gerichte anrufen, falls Porsche das bisherige Franchise-System beendet.

Porsche hatte den rund 300 amerikanischen Händlern Mitte Februar mitgeteilt, daß das bisherige Netz unabhängiger Händler aufgelöst und durch sogenannte Agenten ersetzt werde, die für den Verkauf eines Wagens dann eine Kommission in Höhe von etwa acht (zuvor 20) Prozent erhalten sollen. Sie würden praktisch nur die Kundenaufträge entgegennehmen und an eines der 40 geplanten US-Auslieferungszentren weiterleiten. Nach der alten Regelung kaufen die Händler die Autos vom Werk und verkaufen sie dann an ihre Kunden.

Der Verband nennt das Vorgehen der Porsche AG „einen Angriff auf das traditionelle Franchise-System" und befürchtet, daß andere Automobil-Unternehmen diesem Beispiel folgen könnten. Es würde dann schon bald keine unabhängigen Händler in den USA mehr geben, sagte McElwaine. Außer gerichtlichenSchritten sind Vorstöße im Kongreß geplant, der die Porsche-Pläne per Gesetz stoppen soll. Eingerichtet wurde bereits eine „Kriegskasse" mit mehr als einer Million Dollar; das Rechtsanwaltsbüro Wyman, Bautzer, Rothman, Kuchel & Silbert in Los Angeles wird den Verband vertreten. Um Hilfe gebeten wurden schon die Regierungen der US-Bundesstaaten. Die Händler werfen Porsche „Habgier" vor.

Hanomag: Keine Lohnkürzungen

dos. Hannover

Die Geschäftsführung der im Konkurs befindlichen Baumaschinenfirma Hanomag GmbH, Hannover, geht davon aus, daß heute die Produktion wiederaufgenommen wird. Der Betrieb ruhte seit Mittwoch, weil Belegschaftsangehörige die Zufahrten blockierten. Die vom Konkursverwalter angeordnete Lohnkürzung für gewerbliche Mitarbeifer um 15 Prozent ist nach Angaben der Geschäftsleitung zurückgenommen worden. Heute soll die Belegschaft über die Gründe informiert werden, die „die Arbeitsaufnahme zwingend erforderlich machen". Beobachter gehen davon aus, daß am Wochenende stattgefundene Gespräche mit Übernahmeinteressenten neue Erkenntnisse gebracht haben. Mit Interesse wird vermerkt, daß die Veranstaltung von Hanomag-Geschäftsführer Wolfgang Freimuth geleitet wird, weil der Konkursverwalter „seinen Urlaub" angetreten habe.

COMPUTERTECHNIK MÜLLER / Weiter Umsatzplus im zweistelligen Bereich

Komplett-Angebot immer mehr gefragt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die OTM Computertechnik Müller GmbH, Konstanz, eine Tochter der Nürnberger Diehl-Gruppe, plant auch für 1984 eine Umsatzausweitung im zweistelligen Prozentbereich. Der Auftragsbestand liegt mit gut 17 Prozent des Plan-Umsatzes im gewohnten Rahmen. Trotz des verschärften Wettbewerbs will Geschäftsführer Eberhard Kiefer den eigenen Marktanteil – derzeit bei gut 4 Prozent – weiter ausdehnen.

Bei einem leichten Rückgang der Neuinstallationen auf 1433 (1488) Anlagen hat das Unternehmen seinen Umsatz 1983 um 12 Prozent auf 155 (138) Mill. DM gesteigert. Die Diskrepanz erklärt sich daraus, daß zunehmend Systeme mit mehreren Arbeitsplätzen gekauft werden, während die Einplatzcomputer auf Talfahrt gegangen sind.

Auch ein anderer Wandel im Käuferverhalten hat sich bereits in der Unternehmensstruktur niedergeschlagen: Gefragt ist immer weniger die Hardware für sich, sondern zunehmend die Software. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich auch die lange Zeit stark hardwareorientierte CTM mehr zu einem „Systemhaus" entwickelt. Das Gelernte will man indessen nicht aufgeben: „Auch weiterhin sind wir in der Lage, Hardware profitabel zu entwickeln und zu produzieren", meint Kiefer.

Das läßt man sich auch einiges kosten. Im vergangenen Jahr wurden 11,4 (12,3) Prozent vom Umsatz für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Wegen der einschneidenden Umstellungen in der Mikroelektronik seien die Jahre 1982 bis 1984 die bisher schwersten für ein traditionelles EDV-Unternehmen. Zwar habe man „das Gröbste" hinter sich, doch die Steigerungsraten im Entwicklungsaufwand würden auch in Zukunft kaum geringer.

Rund 110 der 530 CTM-Beschäftigten arbeiten in Forschung und Entwicklung. In diesem Jahr soll die Belegschaft auf 590 Mitarbeiter erweitert werden. Für Investitionen sind 5 (3,7) Mill. DM angesetzt, zu denen noch 24 Mill. DM für ein Produktions- und Verwaltungsgebäude hinzukommen, das über eine Finanzierungsgesellschaft erstellt wird.

GESELLSCHAFT FÜR ZAHLUNGSSYSTEME

Firmenkarten im Aufwind

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Eurocheque erfreut sich wachsender Beliebtheit auch als Reisezahlungsmittel. Im vergangenen Jahr stellten Deutsche im Ausland 18 Mill. Schecks im Gesamtwert von 4,6 Mrd. DM aus, 7 Prozent mehr als im Vorjahr. Die meisten dieser Schecks gingen in den Monaten Juni bis September über den Tresen, stellte die Gesellschaft für Zahlungssysteme mbH (GZS), Frnkfurt, fest, die als deutsche Clearingstelle für den Auslandsverkehr mit Eurocheques und für das Kreditkartensystem Eurocard fungiert.

Auch die Eurocard spürt kräftigen Aufwind. Die Umsätze deutscher Karteninhaber in aller Welt und in der Bundesrepublik, die über die GZS verrechnet werden, wuchsen 1983 um rund ein Fünftel auf 1 Mrd. DM. Davon entfielen 40 Prozent auf Hotels und Gastronomie, 20 Prozent auf den Einzelhandel, und die restlichen 30 Prozent verteilten sich auf Fluggesellschaften, Reisebüros und Bargeldabhebungen.

Die Umsatzsteigerung dürfte in engem Zusammenhang mit der Ausweitung der Klientel stehen: Die Zahl der deutschen Eurocard-Inhaber nahm 1983 ebenfalls um 20 Prozent auf 240 000 zu. Überdurchschnittlich waren an diesem Zuwachs die Firmenkarten beteiligt. Stolz weist die GZS darauf hin, daß es dank der Zusammenarbeit mit der britischen Kartengesellschaft Access in ganz Europa derzeit 8,2 Mill. Eurocard-Inhaber gibt, und einschließlich des amerikanischen Kooperationspartners Mastercard kommt man sogar auf 80 Mill. Karteninhaber im weltweiten System.

Auch die Zahl der Unternehmen, bei denen mit der Karte bezahlt werden kann, wurde 1983 erweitert. In der Bundesrepublik stieg sie um gut 22 Prozent auf 30 000, in ganz Europa um 5 Prozent auf 550 000 Vertragsfirmen. Gern rechnet die GZS auch die Mastercard-Partner mit ein: Dann sind es weltweit sogar 3,4 Mill. Unternehmen aus Dienstleistung und Handel, die die Eurocard akzeptieren.

NAMEN

Otto F. W. Lange, bis 1974 Geschäftsführer der Textar GmbH, Leverkusen, wird heute 75 Jahre.

Heinz Thormann, Vorsitzender des Bundesverbandes der deutschen Süßwarenindustrie e. V., feiert am 6. März den 60. Geburtstag.

André Leysen (57), Vorstandsvorsitzender der Agfa-Gevaert-Gruppe, und bis Anfang 1984 Vorsitzender des Verbandes der Chemischen Industrie Belgiens, ist zum Vorsitzenden des Verbandes Belgischer Unternehmer gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Daniel Janssen**.

Dr. Axel von Horn, Gründungsgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft verstärkte Kunststoffe e. V. bis 1968 und Geschäftsführer im Gesamtverband kunststoffverarbeitende Industrie e. V., starb am 28. Februar im Alter von 84 Jahren.

Prof. Dr. Dr. **Heinrich Schackmann**, von 1962 bis 1971 Präsident und seither Ehrenpräsident der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve ist nach schwerer Krankheit im Alter von 75 Jahren gestorben.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Eduard Gaugler (Hrsg.): Handwörterbuch des Personalwesens (HWP), C. E. Poeschel Verlag, Stuttgart 1975, ungekürzte Studienausgabe, 2162 Spalten, (kart.), 72 Mark.

Das „Handwörterbuch des Personalwesens (HWP)" ist ein Nachschlagewerk zu sämtlichen betriebswirtschaftlichen Problemen und Konzeptionen des betrieblichen Personalwesens. Grundlegende Beiträge aus den angrenzenden Disziplinen wie dem Arbeits- und Sozialrecht, der Arbeitsmedizin, Betriebspädagogik, Volkswirtschaftslehre und dem Steuerrecht, um nur einige zu nennen, fanden ebenfalls Eingang ins HWP.

Schiffahrts-Wörterbuch (deutsch-englisch-französisch-spanisch-italienisch), 837 Seiten, 1984, Horst Kammer-Verlags- und Handelsgesellschaft mbH, Hamburg, 175 Mark.

Das neue Schiffahrts-Wörterbuch in fünf Sprachen füllt auf dem Gebiet des internationalen Seeverkehrs und -handels sowie der Ausbildung des nautischen Nachwuchses eine seit vielen Jahren bestehende Lücke. Die allgemein gebräuchlichen Fachausdrücke und Begriffe mit den daneben stehenden Übersetzungen englisch, französisch, spanisch und italienisch sind alphabetisch geordnet und ermöglichen ein leichtes Arbeiten ohne komplizierte Verweisungen. Zusätzlich wurden ein Verzeichnis der wichtigsten Schiffspapiere (in 9 Sprachen) sowie in einer weiteren Abteilung Maschinen-, Ruder-, Anker- und Bootskommandos nebst Leinenbefehlen erfaßt. Über 1200 internationale Abkürzungen ergänzen das Werk, das in Zusammenarbeit mit der Hamburger Hafenverwaltung entstand.

Gerrit Langenfeld: Münchener Vertragshandbuch, Band 4, Bürgerliches Recht, C. H. Beck Verlag, München 1983, 1338 S., (Ln.), 265 Mark, bei Abnahme aller Bände 225 Mark.

Zu den Schwerpunkten des nun vorliegenden vierten Bandes des Münchener Vertragshandbuches gehören die klassischen zivilrechtlichen Gebiete, die in der anwaltlichen Praxis vorherrschend sind. Mietrecht, Arbeitsrecht, Betriebsverfassungs- und Maklerrecht gehören ebenso dazu wie das Sachen-, Familien- und Erbrecht. Den Anfang bildet das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Eine Prüfungsanleitung, die Verstöße gegen dieses Schutzgesetz vermeiden helfen soll, wird die tägliche Praxis des Rechtsanwenders erleichtern können.

Baumbach / Duden / Hopt: Handelsgesetzbuch, C. H. Beck Verlag, München 1983, 1273 S., (Ln.), 98 Mark.

Es gehört schon ein hohes Maß an Sachkunde dazu, die gewaltige Stoffülle des Handelsrecht und der handelsrechtlichen Nebengesetzen auf knappem Raum übersichtlich, verständlich und trotzdem erschöpfend darzustellen, soweit die Erläuterung der für die Praxis relevanten Fragen nachgesucht wird. Nicht umsonst berücksichtigt die Rechtsprechung und Schrifttum den Kurzkommentar. Der Erfolg dieses Erläuterungswerkes zeigt sich auch in der Zahl seiner Auflagen, deren 25. Bearbeitung Prof. Dr. Dr. Hopt übernommen hat. Auf seine Initiative sind erhebliche Änderungen der Kommentierung in Aufbau und Inhalt zurückzuführen. Müßig zu erwähnen, daß die Erläuterungen auf den neuesten Stand gebracht wurden und wiederum an den Belangen der Praxis orientiert souverän über das Gebiet des Handelsrechts informieren.

Böhle-Stamschräder / Kilger: Konkursordnung, C. H. Beck Verlag, München 1983, 558 S., (Ln.), 68 Mark.

In den Zeiten wirtschaftlicher Rezession kommt dem Insolvenzrecht immer größere Bedeutung zu. Die dabei auftretenden Probleme, insbesondere die des massearmen Konkurses, haben sich weiter verschärft und damit dem Ruf nach einer Insolvenzrechtsreform Nahrung gegeben. Was mit dem herkömmlichen Recht bewältigt werden kann, belegt durch die Rechtsprechung und diskutiert in der Literatur, erläutert in souveräner Manier Joachim Kilger, ein mit dem Konkursrecht äußerst vertrauter Anwalt aus Hamburg. Fragen der inkongruenten Deckung, der Entreicherung der Konkursmasse durch unlautere Praktiken sind nur einige Probleme, die besonders intensiv überarbeitet wurden.

NACHRICHTEN

McEnroe erneut bestraft

Madrid (dpa) – Tennisspieler John McEnroe setzt seine Serie fort: Nachdem er im Vorjahr bereits für drei Wochen gesperrt wurde, weil er die 10 000-Dollar-Grenze an Strafgeldern überschritten hatte, erhielt er jetzt beim Tennis-Turnier in Madrid wegen Schiedsrichter-Beleidigung erneut eine 2500-Dollar-Strafe.

Grand-Prix ist gesichert

Johannesburg (sid) – Trotz finanzieller Probleme wird der Große Preis von Südafrika, der zweite Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft, wie geplant am 7. April stattfinden. Kurz vor Ablauf eines Ultimatums, das vom Internationalen Automobilsport-Verband (FISA) gestellt worden war, fand sich ein Sponsor, der die Veranstaltung finanziert.

Saarbrückens Gegner

Düsseldorf (sid) – Im Halbfinale des Tischtennis-Messepokals trifft der deutsche Mannschafts-Meister ATSV Saarbrücken auf den ungarischen Titelverteidiger BVSC Budapest. Der ursprünglich vorgesehene Spieltermin am 21. März muß wegen eines Saarbrücker Bundesligaspiels verlegt werden.

Karl Schranz lehnte ab

Innsbruck (sid) – Österreichs ehemaliges Ski-Idol Karl Schranz, der nach dem Willen des Tiroler Ski-Verbandes Nachfolger des Nationaltrainers Karl Kahr werden sollte, lehnte seine Nominierung für dieses Amt aus beruflichen Gründen ab. Er sei aber grundsätzlich bereit, „einen übergeordneten Posten zur Koordinierung" zu übernehmen.

Noah hat geheiratet

Jaunde (sid) – Frankreichs Weltklasse-Tennisspieler Yannick Noah (23) und das schwedische Fotomodell Cecilia Rhode, eine ehemalige Schönheitskönigin, haben am Freitag in Kameruns Hauptstadt Jaunde geheiratet. Der Franzose Noah ist in Kamerun geboren.

Vier Medaillen

Budapest (sid) – Am ersten Tag der Luftdruckwaffen-Europameisterschaften gewannen die deutschen Schützen vier Medaillen. Silber holten Silvia Sperber (Penzing) mit dem Luftgewehr (Juniorinnen) und die Juniorinnen Sperber/Holmer/Kulla in der Mannschaftswertung. Bronze gab es für die Luftgewehrmannschaft der Herren und das Luftpistolen-Team der Juniorinnen.

Langer abgeschlagen

Coral Springs (sid) – Nach drei Runden des mit 500 000 Dollar dotierten Golf-Turniers in Coral Springs/Florida liegt Bernhard Langer (Anhausen) mit 217 Schlägen im Mittelfeld und hat keine Chance mehr auf den Sieg. Es führt der Amerikaner Andy Bean mit 208 Schlägen.

Koof wurde Zweiter

Antwerpen (sid) – Beim Internationalen Springturnier in Antwerpen belegte Ex-Weltmeister Norbert Koof (Willich) auf Fire den zweiten Platz im Jagdspringen. In seinem Null-Fehler-Ritt war er drei Zehntelsekunden langsamer als Sieger Michael Whitaker (Großbritannien).

Entscheidung bis Juni

Brüssel (dpa/UPI) – Der belgische Fußballverband will bis zum 15. Juni eine Entscheidung im Skandal um die Meisterschaftsmanipulation des Klubs Standard Lüttich treffen. Vier beteiligten Personen drohen lebenslange Strafen durch den Verband: Nationalspieler Gerets, inzwischen von seinem Verein AC Mailand beurlaubt, der frühere Nationaltrainer Goethals, Verbands-Vize-Präsident Petit und Spieler Roland Janssen vom FC Waterschei.

LEICHTATHLETIK / Hallen-Europameisterschaften in Göteborg – Vier Titel für das Team der Bundesrepublik Deutschland

● Der Stellenwert der Hallen-Europameisterschaften ist umstritten. Viele Spitzenathleten, besonders aus der „DDR" und der UdSSR, fehlten, weil diese Titelkämpfe nicht in ihren Trainingsaufbau für die olympische Saison paßten. Dennoch: Vier Titel für die Bundesrepublik Deutschland – das ist ein gutes Ergebnis. Überraschend auch die Leistung der Kugelstoßerin Claudia Losch, die Silber gewann und die Konkurrenz schockte.

● Enttäuschungen gab es für die Athleten der Bundesrepublik auch: Thomas Wessinghage, der Titelverteidiger, wurde nur Dritter über 1500 m. Patriz Ilg, Weltmeister über 3000 m Hindernis, belegte im Rennen über 3000 m, das er im letzten Jahr in der Halle gewann, nur den sechsten Platz. Hier gewann aber wenigstens Karl Fleschen noch Bronze. Fleschen hat die Absicht, sich für das olympische 10 000-m-Rennen zu qualifizieren.

● Höhepunkt der Hallen-Europameisterschaften war die Weltbestleistung des Franzosen Thierry Vigneron von 5,85 m im Stabhochsprung. Vigneron sorgte damit für den höchsten Sprung überhaupt, denn der 23 Jahre alte Sportstudent hat seinen Freiluft-Weltrekord von 5,83 m (1. September 1983 in Rom) ebenso um zwei Zentimeter verbessert wie die bisherige Hallen-Weltbestleistung des sowjetischen Weltmeisters Sergej Bubka (5,83).



Das Pokerspiel mit den Höhen hat wieder einmal geklappt: Dietmar Mögenburg schreit seinen Triumph nach dem Sprung über 2,33 m hinaus. Im dritten Versuch hatte er den europäischen Titel in der Halle gewonnen. FOTO: AP



Mit dem Auto nach Göteborg, weil ihr Trainer Christian Gehrmann für den Verband nur „Privatperson" ist: Claudia Losch aus München. FOTO: UPI

Zwei Sieger: Christian Haas wollte schon seine Karriere beenden, Mögenburg übte Psychotricks mit dem Zollstock

KLAUS BLUME, Göteborg

Er hatte die Schuhe ausgezogen und im weiten Bogen von sich geworfen. Das war keine symbolische Geste, das war der vorweggenommene Vollzug. „Hätte ich die Goldmedaille nicht gewonnen, ich hätte die Spikes nie wieder angezogen", sagte Christian Haas später.

Der letzte Versuch war seine letzte Chance. 2,33 m galt es im Hochsprung zu überqueren, Dietmar Mögenburg schaffte es und gewann damit die Goldmedaille. „Ich habe", so sagte er danach, „mal wieder auf den Mögenburg-Effekt gesetzt, und es hat mal wieder geklappt."

Christian Haas aus Fürth, der Hallen-Europameister im 60-m-Sprint, und Dietmar Mögenburg, der neue Meister im Hochsprung. Das sind zwei Athleten, die vieles wagen, wenn es um Medaillen geht. Die sogar, wie Christian Haas, ihre sportliche Karriere zur Disposition stellen, falls es nicht klappen sollte.

Allzuviel Einsatz für eine Goldmedaille? Noch dazu bei einer Hallen-Europameisterschaft, deren Stellenwert mitunter doch nicht so hoch ist wie der einer vergleichbaren Veranstaltung später im Freien?

Im Falle Haas erklärt sich dies aus einer Vorgeschichte: Im letzten Jahr hatte er mit 10,16 Sekunden einen hevorragenden deutschen Rekord über 100 m aufgestellt. Bei den Weltmeisterschaften in Helsinki wollte er deshalb zum schnellsten Europäer avancieren. Doch das klappte nicht. Der Engländer Allan Wells, der Olympiasieger von 1980, wurde über 100 m Vierter, Haas nur Sechster. Eine Woche später, beim Europacup-Finale in London, gab es für Haas noch einen untauglichen Versuch: Platz fünf.

26 Jahre alt wird Haas nun in diesem Sommer. Das ist ein Alter, in dem sich ein Sprinter schon sputen muß, will er noch einiges an internationalem Renommee auf die Seite schaffen.

So setzte Haas alles auf eine Karte: entweder Gold oder aufhören. Er dachte in Göteborg eine gute Viertelstunde lang ans Aufhören. Während sich die Konkurrenten schon umzogen, kauerte Hass unterhalb der Bande im Auslauf, das Gesicht in den verschränkten Armen verborgen: nichts sehen, nur nichts hören. Denn da hatte es die Bestätigung dessen gegeben, was er befürchtet hatte. Nicht er habe gewonnen, sondern der Italiener Antonio Ullo, wurde verbreitet. Drei Minuten später kam die Berichtigung: Haas ist Europameister über 60 m, er hatte die Brust zuerst im Ziel, der Italiener nur Kopf und Füße.

Seine Mutter Maria, die ehemalige Fünfkämpferin, stieß einen spitzen Schrei aus und schlug die Hände vors Gesicht. Ihr Sohn verließ ernst die Halle. Einer wie er kennt sich mittlerweile aus mit dem Wechselbad der Gefühle. Einer wie er kann sich auch im Augenblick des Triumphes in die Pflicht nehmen.

Der amerikanische Hochspringer Dwight Stones hat einmal über Dietmar Mögenburg gesagt: „He is a gambler" – er ist ein Spieler. Seitdem sein Freund Carlo Thränhardt eine Woche vor den Europameisterschaften in Berlin mit 2,37 m eine neue Hallen-Weltbestleistung im Hochsprung aufgestellt hatte, trage er ständig einen Zollstock mit sich herum, erzählte Mögenburg. Jene Meßlatte fährt er nun überall dort aus, wo er sich gerade aufhält,

So hielt es Dietmar Mögenburg auch in Göteborg: „Was machst du denn da", wollte Thränhardt vor dem Wettkampf wissen. Mögenburg antwortete, wie stets gleichmütig und ohne die Stimme zu heben oder zu senken: „Da muß ich nachher drüber."

Aber ob es am Ende doch mit einem Sieg über den Freund klappen würde? Mögenburg setzte auf das, was er selber den „Mögenburg-Effekt" nennt, nämlich auf das Mobilisieren aller Kräfte, wenn der Sieg schon schier aussichtslos scheint. „Bei den Weltmeisterschaften im letzten Jahr in Helsinki war ich mir meiner Sache zu sicher, da war alles zu sehr Kalkül." Deshalb sei es damals schiefgegangen, denn nur mit Kalkül lasse sich der „Mögenburg-Effekt" nun einmal nicht erfolgreich anwenden.

In Göteborg aber jagte Mögenburg seinen Trainingskameraden Carlo Thränhardt: „Ich war nach seinem Rekordsprung ungeheuer heiß auf diese Meisterschaften." Die Sprünge über 2,30 m und auch der gelungene über 2,33 m seien alles andere als reif für ein Lehrbuch gewesen, sagte er danach. Das stimmt, was aber Teil des „Mögenburg-Effektes" und angesichts des Titelgewinns ohnehin nebensächlich ist.

Das empfand auch Carlo Thränhardt. Denn der war sich spätestens nach dem Zollstock-Trick des neuen Europameisters im klaren, daß er diesmal nicht gegen Mögenburg gewinnen würde. Als ihm zum Beispiel der Schweizer Roland Dalhäuser, gemeinsam mit Thränhardt Silbermedaillengewinner, während des Wettkampfes fragte, was man bei einem Stechen um die Medaille tun solle, antwortete Thränhardt: „Es gibt kein Stechen, es gibt kein Danach, Dietmar gewinnt das Ding."

Noch einmal Thränhardt: „Ich hätte es vorher sagen können, daß es so ausgeht. Ich hätte gar nicht bis zur letzten Höhe mitzuspringen brauchen. Ich hätte die Spikes wegwerfen können, denn ich wußte, Dietmar springt doch noch im letzten Versuch über 2,33 m."

Schließlich habe er bei seinem Rekord in Berlin bereits so viel an Motivation aufgebracht, daß es unmöglich gewesen sei, in Göteborg ähnliches zu wiederholen.

Claudia Losch schockte Konkurrenz aus Osteuropa

KLAUS BLUME, Göteborg

Vier Gold-, zwei Silber- und zwei Bronzemedaillen gewann die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland bei den 15. Hallen-Europameisterschaften der Leichtathleten in Göteborg. Damit wurde das Ergebnis des Vorjahres von Budapest klar übertroffen, als drei goldene, zwei silberne und drei bronzene Medaillen gewonnen wurden. Sieger stellte die deutsche Mannschaft in Göteborg bei den Frauen durch Ulrike Meyfarth (Hochsprung: 1,95 m) und Brigitte Kraus (3000 m: 9:12,07 Minuten), bei den Herren durch Christian Haas (60 m: 6,68 Sekunden) und Dietmar Mögenburg (Hochsprung: 2,33 m). Eine Enttäuschung gab es am letzten Tag im 3000-m-Lauf der Männer, weil Hindernis-Weltmeister Patriz Ilg nur den sechsten Rang belegte. Eine Überraschung vollbrachte jedoch der frühere Europameister Karl Fleschen, der in diesem Rennen Dritter wurde.

„Ich will mich nur mal melden, ich habe gewonnen." Es klang ganz selbstverständlich, als Brigitte Kraus daheim in Köln bei ihrem Freund anrief. Eigentlich hätte die 27 Jahre alte Kölnerin ihren Europameister-Titel über 1500 m verteidigen müssen. Doch der Zeitplan ließ es nicht zu, zwei Disziplinen zu bestreiten. So entschloß sich die 51malige deutsche Meisterin, über 3000 m zu starten. Denn das sollte eine erste Formüberprüfung vor dem Sommer werden. Schließlich setzt Brigitte Kraus, die Vize-Weltmeisterin auf dieser Strekke, auf ein gutes 3000-m-Rennen bei den Olympischen Spielen in Los Angeles. 9:12,08 Minuten hat sie in Göteborg gebraucht, was nicht allzu schnell ist. Die letzten 300 m hatte sie zwar in einem beeindruckenden Endspurt zurückgelegt, doch zufrieden war sie nicht: „Das ist doch ärgerlich, wenn man einen Titel gewinnt, bei dem man nicht gefordert wird." Schließlich hatte sie sich zuvor sechs Wochen lang im sommerlichen Neuseeland aufgehalten, des Laufens wegen. Und nun waren die stärksten Konkurrentinnen aus Osteuropa zu Hause geblieben ...

*

„Und wenn sie die Kugel zum Schluß wie beim Kegeln flach über den Boden gefeuert hätte, sie hätte auch auf diese Weise noch gewonnen", sagte die 24jährige Claudia Losch vom LAC Quelle Fürth. Gemeint war damit die Weltmeisterin im Kugelstoßen, Helene Fibingerova (35) aus der Tschechoslowakei. Sie hatte im Kugelstoß-Finale der Frauen erst im fünften Versuch die bis dahin führende Claudia Losch überholt. 20,23 m hatte die Augenoptikerin aus München im ersten Versuch vorgelegt, und das reichte völlig überraschend zur Silbermedaille. Abends, bei Filet Mignon und einem Glas Wein, sagte ihr Trainer Christian Gehrmann: „Mit der Weite hatten wir schon gerechnet, aber nicht mit der Silbermedaille." Aber diese Weite hatte die Konkurrenz aus der „DDR" und der UdSSR geschockt.

Um zu sehen, wo man derzeit international stehe, hatte Claudia Losch gemeinsam mit Trainer Gehrmann die Reise von München aus mit dem Auto angetreten (die übrige Mannschaft war mit dem Flugzeug gekommen). Das hatte seinen Grund: Seitdem sich Gehrmann und der Verband im letzten Jahr vor dem Arbeitsgericht stritten, gilt der Trainer den Funktionären als Privatperson. Und Privatpersonen gehören nun einmal nicht zum offiziellen Mannschafts-Troß. Auch dann nicht, wenn sie, wie Gehrmann, europäische Spitzen-Athletinnen betreuen.

In Göteborg wurden Doping-Kontrollen durchgeführt, und das kam für manche Athleten und Mannschaftsführer ziemlich überraschend. Nun ist man gespannt, was dabei herauskommt, ausgerechnet zum Auftakt der olympischen Saison. Merkwürdig sei es immerhin schon, sagte der Schweizer Hochspringer Roland Dalhäuser, wie schwach die eigentlich so starken sowjetischen Hochspringer gewesen seien. Walerij Sereda (Bestleistung: 2,35 m) schaffte 2,27 m, was den vierten Platz bedeutete. Sein Landsmann Igor Paklin, mit der Empfehlung eines 2,36-m-Sprunges von Mailand nach Göteborg gereist, überwandt mühevoll 2,20 m – achter Platz. „Man kann ja nichts beweisen", sagt Dalhäuser, „man kann ja nicht behaupten, zuvor waren Dinge im Spiel, die vielleicht nicht erlaubt sind." Aber von der Trainingsmethodik her läßt sich dieser Leistungsabfall auch nicht erklären ...

OLYMPIA / Reaktionen auf Visum-Verweigerung für Oleg Jermischkin

Radio Moskau spricht vorläufig nur von „Verletzung olympischer Tradition"

sid/dpa, Los Angeles

„Ein Olympia-Attaché hat in den letzten 20 Wochen vor den Spielen wichtigere Dinge zu tun, als in der Gegend herumzurennen", erklärte ein sichtlich verärgerter Peter Ueberroth am Wochenende in Los Angeles zur Begründung des Außenministeriums in Washington, dem von Moskau nominierten Oleg Jermischkin sei das Visum aus Sicherheitsgründen verweigert worden.

Während der amerikanische NOK-Direktor Don Miller ähnlich reagierte und fragte, „ob dies der erste Spion in unserem Land gewesen wäre", zeigte sich IOC-Präsident Samaranch in einem Gespräch mit der Los Angeles Times „sehr, sehr überrascht".

Regierungsvertreter in Washington reagierten bisher nur inoffiziell. Jermischkin sei aus seiner Zeit als Sekretär in der UdSSR-Botschaft als führender KGB-Agent bekannt, „mit erwiesener Erfahrung mit schmutzigen Geschäften". Ein Attaché-Visum hätte ihm freie Bewegung und Immunität in Südkalifornien gesichert, dem führenden US-Gebiet für Computertechnologie und Waffen.

Unverständlich bleibt, weshalb Ueberroth auf seinem Weg zu den Winterspielen aus dem Weißen Haus den Eindruck mitnehmen konnte, in der Sache Jermischkin seien keine Probleme zu befürchten. Amerikanische Regierungsbeamte, die nicht genannt werden wollten, erklärten, Präsident Reagans persönlicher Olympia-Beauftragter Michael Deaver habe wie Ueberroth die Selbständigkeit der Außenministeriums-Bürokratie und ihre Einstellung zu Moskau falsch eingeschätzt: „Die Außenpolitik des OK in Richtung Sowjets wird hier seit langem mit Mißtrauen verfolgt." Ueberroth dementierte entschieden Behauptungen, er sei vorgewarnt worden: „Ich hatte bis zur letzten Minute keine Ahnung."



Oleg Jermischkin bei einem Besuch in Los Angeles Ende 1983. FOTO: AP

Der OK-Präsident hatte unmittelbar nach seiner Information aus Washington am Donnerstag per Fernschreiben an UdSSR-Sportminister Marat Gramow appelliert, einen neuen Attaché zu benennen: „Ich hoffe, daß man in Moskau flexibler reagiert. Wenn dem so ist, werden wir mit dem Visaantrag so lange in Washington sitzenbleiben, bis er genehmigt ist. Wir wollen die Angelegenheit schnell bereinigen – ich bin jetzt heiß."

Ueberroth reiste derweil zum Wochenende nach Florida, wo er einen Fünf-Jahres-Vertrag als Baseball-Commissioner unterschrieb. Der 46jährige wird das Amt, das mit einem Jahresgehalt von 250 000 Dollar, erheblichem Prestige und großer Machtfülle verbunden ist, zum 1. Oktober antreten. Der Baseball-Kommissar ist die höchste Instanz in Amerikas Sportart Nummer eins. Gegen seine Entscheidung gibt es keine Einspruchsmöglichkeit.

Eine offizielle Antwort der Sowjets wird in Los Angeles nicht vor Wochenbeginn erwartet, doch die erste Reaktion war gemäßigt. Radio Moskau sprach lediglich von „einer Verletzung olympischer Tradition". Ansonsten verwiesen offizielle sowjetische Stellen auf das Nationale Olympische Komitee der UdSSR, das demnächst eine Stellungnahme abgeben werde. Das Partei-Organ der Tschechoslowakei, die Zeitung „Rude Pravo", übte da schon massivere Kritik. Das Einreiseverbot für Jermischkin nannte das Blatt einen „provokativen und grundlosen Schritt". Das Blatt schreibt weiter: „Es war nicht das erste Mal, daß Vertreter der USA versuchten, die sozialistischen Länder von den Olympischen Spielen fernzuhalten und eine Atmosphäre des Kalten Krieges zu erzeugen." Die USA hätten bisher nicht ihre eingegangenen Verpflichtungen als Gastgeber der Sommerspiele erfüllt.

Dies wird vom amerikanischen Außenministerium bestritten. Sprecher John Hughes erklärte, die Regierung werde alle eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Die USA seien bereit, einem anderen sowjetischen Bürger den Status eines Olympia-Attachés zuzugestehen. Hughes sprach nur allgemein von Sicherheits-Erwägungen, die zur Ablehnung des ehemaligen Attachés in der sowjetischen Botschaft in Washington geführt hatten.

IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch wies darauf hin, daß Jermischkin Ende letzten Jahres zu jener sowjetischen Delegation gehörte, die Los Angeles einen offiziellen Besuch abstattete ...

SCHWIMMEN / Schwache Olympiakandidaten

Der Sportwart droht, Präsident ist zufrieden

dpa/DW. Berlin

22 Schwimmer will der Deutsche Schwimmverband (DSV) mit auf die Reise nach Los Angeles nehmen. Erst zehn davon, die sogenannte Kernmannschaft, sind so gut wie gesetzt. Der Rest muß den Weg durch die Qualifikationen gehen. Gelegenheit dazu bietet der Verband bei diversen Veranstaltungen. In erster Linie bei internationalen Vergleichswettkämpfen, in denen die Aktiven die vom DSV vorgegebenen Zeiten, das sogenannte Olympia-Limit, unterbieten sollen.

Doch das fällt Schwimmern aus der Bundesrepublik schwer. Weder beim Länderkampf vor zwei Wochen in London, von Schwimmwart Jürgen Kozel als „Badeausflug" ad acta gelegt, noch am Wochenende in Ost-Berlin erschwamm sich ein elfter Teilnehmer die Fahrkarte nach Los Angeles. Im Gegensatz dazu lagen die Siegerzeiten der „DDR"-Schwimmer fast alle deutlich über der vom DSV geforderten Olympia-Norm. Liegt es an mangelndem oder falschem Training, an fehlendem Talent oder gar an mangelndem Einsatzwillen? Für Schwimmwart Kozel macht das keinen Unterschied. Er hielt sich nicht mit Ursachenforschung auf, sondern drohte gleich Konsequenzen an: Wenn sich die Einstellung nicht bessert, will er einige Schwimmer weniger als die geplanten 22 zu den Olympischen Sommerspielen mitnehmen.

Ob er mit seinen provozierenden Äußerungen den erwünschten Leistungsanreiz setzt, bleibt fraglich. Erst recht, wenn ihm gleichzeitig der eigene Präsident in den Rücken fällt und sich vor die Aktiven stellt: „Im Zweifel für den Angeklagten". Und: „Das ist doch das Wichtigste, das Dabeisein", tröstete DSV-Chef Harm Beyer nach den Leistungen von Gerald Mörken (Dortmund) und Susanne Schuster (Bietigheim). Keiner von beiden hatte beim Schwimmfest im Sportforum Weißensee das Olympia-Limit erreicht. Doch während Susanne Schuster in 57,47 Sekunden über 100 m Freistil die Norm nur um sieben Hundertstelsekunden überbot, blieb der ehemalige Welt- und Europarekordler Mörken als Siebter über 100 m Brust in 1:06,67 Minuten weit hinter früheren Bestzeiten. Er steht inzwischen deutlich im Schatten des Darmstädters Peter Lang (Zweiter in 1:04,44 Min.), weiß sich aber durch Harm Beyer protektioniert.

Trotz der Enttäuschung über die nicht erreichten Olympia-Normen zog der Präsident ein freundliches Resümee. Er hatte die Erwartungen wohl von vornherein niedrig angesetzt angesichts der Leistungen jüngst in London.

Folglich konnte er positiv verbuchen, daß neben Peter Lang auch die beiden Bonner Lagenspezialisten Ralf Diegel als Zweiter über 200 m in 2:07,75 Minuten und Birgit Schultz als Dritte über 400 m in 4:56,09 Minuten das Tempo der Konkurrenz mitgehen konnten.

Darüber hinaus dominierte jedoch die „DDR". Nationaltrainer Wolfgang Richter konnte sogar experimentieren, ohne den Gesamtsieg zu schmälern. So durfte Rückenspezialist Dirk Richter über 200 m Freistil starten, wo er als Zweiter in 1:52,48 Minuten den verblüffend schwachen Jörg Woithe (1:53,06) hinter sich ließ. Die 15jährige Langstrecklerin Astrid Strauß trumpfte zur Abwechslung mit 56,74 Sekunden im 100-m-Freistil-Sprint auf. Damit lag sie hinter Kristin Otto (55,78). Der erst 14 Jahre alte Spartakiade-Sieger Mirko Erdmann stellte in seinem ersten internationalen Wettbewerb über 200 m Lagen in 2:11,78 Minuten einen „Altersklassenrekord der „DDR" auf.

FUSSBALL / Viertelfinale des Pokals – Bocholt wehrte sich gegen Bayern München tapfer, Gladbach nur 1:0

Uerdingen: Kampf um Trainer war doch vergeblich



Von ULRICH DOST

Eines kann sich **Arno Eschler** (54), Präsident von Bayer 05 Uerdingen, ganz bestimmt nicht vorwerfen. Nämlich, daß er nicht alles Erdenkliche unternommen hat, um seinen Trainer **Timo Konietzka** (45) zu halten. Als der Trainer aber die Mannschaft am Freitagabend offiziell davon in Kenntnis setzte, daß sie am Saisonende ohne ihn weitermachen müssen, waren Eschlers Bemühungen endgültig gescheitert.

So richtig daran geglaubt, Konietzka umstimmen zu können, hat der Präsident ohnehin nicht. Zu viele Anzeichen gab es für eine Trennung. Wenn auch nichts offen ausgesprochen war, Konietzka hatte seinen Meinungsbildungsprozeß bereits im Oktober 1983 abgeschlossen. Eschler: „Damals habe ich schon gespürt, daß wir ihn nicht halten können." Eschler hat es mit Geld versucht, so daß Konietzka später sagen konnte: „Ich hätte genausoviel verdient wie die Spitzentrainer in Hamburg und München." Dennoch hat er abgelehnt, das Geld war halt nicht ausschlaggebend.

Und noch eines hat Eschler stutzig gemacht: „Gewöhnlich rücken die Trainer schon frühzeitig mit ihren Vorstellungen für die nächste Saison heraus. Konietzka aber hat nie neue Spiel gefordert, sondern nur vorgeschlagen, daß wir unsere besten Spieler wie Mathias Herget, Werner Vollack oder Peter Loontiens möglichst nicht abgeben sollten." Ihn als Juristen konnten die Dortmunder, mit denen Konietzka immer wieder ins Gespräch gebracht wurde, auch nicht aufs Glatteis führen. Eschler: „Sie behaupteten immer, keinen schriftlichen Vertrag mit ihm zu haben. Dabei ist das ohnehin Unsinn, denn die DFB-Statuten schreiben vor, daß ein Verein nur einen schriftlichen Vertrag mit dem Spieler haben muß, nicht aber mit dem Trainer. Da reichen bereits mündliche Absprachen."

Auch jetzt sagt Timo Konietzka noch nicht, welchen Verein er übernehmen wird. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß nur Dortmund in Frage kommt. Konietzka: „Ich werde nichts dazu sagen. Mitte April wird der betreffende Verein meine Verpflichtung bekanntgeben."

Die Uerdinger Mannschaft zeigte sich sehr betroffen von der Entscheidung ds Trainers. Denn Konietzka kam bei den Spielern an. Noch am Mittwoch in Belgien beim Länderspiel sprach Libero **Mathias Herget** (28) nur in Superlativen über seinen Trainer. Konietzka hatte es tatsächlich geschafft, seinen eigenen Stil zu finden. Viele sprachen von einer Masche, die sich der Trainer ausgedacht hatte, um sich von seinen Kollegen abzuheben.

Ob Sieg oder Niederlage – Konietzka hat sein Gefühlsleben stets unter Kontrolle. Er springt nicht wie elektrisiert bei einem Tor seiner Mannschaft auf der Tartanbahn herum, er gibt keine Anweisungen während des Spiels und kritisiert auch seine Spieler nicht in der Kabine. Das macht er erst in leisen Tönen einen Tag später. Er fand eine Distanz zu seinen Spielern, die Ausdruck von Respekt und Autorität war. Er spielte nie bei Trainingsspielchen mit, sondern stand wie ein Feldherr dabei. Selbst daß die Spieler für die Ordnungsliebe des Trainers bezahlen mußten, nahmen sie hin. Wer seinen Schrank nicht sauber aufgeräumt hatte, mußte gleich 20 Mark zahlen. Ob Masche oder tatsächlich Stil – Konietzka hat damit Erfolg gehabt.

Wunder sind auch in Hannover nur von kurzer Dauer. „Nun ist wieder der graue Alltag eingekehrt", meinte **Werner Biskup** (42), Trainer von Hannover 96, nachdem seine Mannschaft im Viertelfinale des DFB-Pokals gegen Borussia Mönchengladbach ausgeschieden war. Damit ist auch der Erfolg in der Runde zuvor über den 1. FC Köln vergessen. Was als Trostpflaster bleibt, sind die rund 250 000 Mark, die sich Hannover gutschreiben kann.

So schnell ändern sich die Zeiten: Gegen Köln noch Jubelstimmung, jetzt nur noch Enttäuschung und Zorn. Wohl deshalb, weil Schiedsrichter **Peter Gabor** (43) in der letzten Spielminute nach einem Foul von **Jörg Criens** (23) an **Carsten Surmann** (24) keinen Elfmeter gab. Das wäre die Chance zum 1:1-Ausgleich gewesen. Surmann: „Diese Entscheidung war eine Sauerei." Doch hier kam nur die Verärgerung über die eigene schwache Leistung durch, denn erstens soll das Foulspiel vor dem Strafraum passiert sein und zweitens waren die Gladbacher die eindeutig bessere Mannschaft.

Werner Biskup dagegen nahm die Entscheidung gelassener hin: „Der Sieg ist verdient, Gladbach hatte wesentlich mehr Torchancen als wir." Und zu dem nicht gegebenen Strafstoß: „Solche Ungerechtigkeiten gleichen sich im Laufe der Jahre aus. Ein anderes Mal profitieren möglicherweise wir von einer solchen Entscheidung."

Angebote aus Italien stürzen Rummenigge in eine Formkrise: „Ich kann mich nicht konzentrieren"



Sternstunde eines Amateurs: Bocholts Torschütze Michael Tönnis beim Jubelsprung – da wird Nationalspieler Dremmler im Hintergrund ganz klein. FOTO: SVEN SIMON

PETER STÜTZER, **Bocholt**

Warten auf Godot kann auch nicht viel anstrengender sein als Warten auf Karl-Heinz Rummenigge. Er kommt und kommt nicht, und wenn er kommt, dann schweigt er. Die Kabine verläßt er als Letzter, Uli Hoeneß als Geleitschutz, der Sprint zum Bus ist der erste unwiderstehliche an diesem Tag. Frager haben keine Chance. Schon weil ihn der Wortlaut der Fragen bis in den Schlaf verfolgt: Gehen Sie nun nach Florenz oder gehen Sie nicht? Rummenigge: „Ich kann es schon nicht mehr hören."

Autogramme verteilt er durchs Busfenster von der hohen Warte des Fahrersitzes aus. Distanz macht sicherer. Auch das Warten später am Düsseldorfer Flughafen ist reichlich sinnlos. Die Kollegen vom FC Bayern vertreiben sich die Zeit bis zum Abflug nach München im Restaurant, doch der Kapitän bleibt bis zur allerletzten Minute im Bus und sieht fern. Und die Frage nach dem Stand der Dinge wird auch später im Flugzeuggang unbefriedigend beantwortet: „Ich möchte nichts sagen."

Die Offerte aus Florenz, seit letzten Freitag im öffentlichen Gespräch, ist für Karl-Heinz Rummenigge längst zum Schreckgespenst geworden. Ein Traum-Angebot als Alptraum. Seit vier Tagen stehen die Telefone in seinem Haus nicht still, Neugierige verfolgen ihn auf Schritt und Tritt. „Ich kann mich auf nichts mehr konzentrieren", sagt er, „die Auswirkungen sieht man ja auf dem Platz."

Wenigstens Selbsterkenntnis. Keiner der Amateure des FC Bocholt ist beim 1:2 gegen die Bayern schlechter gewesen als der Millionenstar aus München. Kein Dribbling gelang, Torschüsse schon gar nicht, Sprints nur mit angezogener Bremse. Ein Nobody namens Friedhelm Schütte war eindeutiger Sieger im Duell mit dem 73maligen Nationalspieler. Kein Problem der Beine, eher ein Problem des Kopfes: Italien, AC Florenz, 7,6 Millionen Mark Ablöse, 1,2 Millionen Mark Jahresverdienst plus 780 000 aus privater Hand. All das läßt sich im Geist auch nicht auslöschen, wenn Rummenigge dort oben an der holländischen Grenze spielt.

„Am Kalle gehen diese Dinge nicht spurlos vorüber, wie man in Bocholt sehen konnte", meint auch Bayern-Manager Uli Hoeneß. „Es wird wohl keinen geben, der über ein solches Angebot nicht nachdenken würde. Und das macht einen Spieler eben auch nicht ruhiger."

Rummenigges größtes Problem bei der Entscheidungsfindung: Niemand scheint wirklich Konkretes in der Hand zu haben. „Seit Wochen werden wir doch schon mit derartigen Meldungen konfrontiert", sagt Hoeneß, „das Neue an dem jetzigen Angebot ist nur, daß es aus der Bild-Zeitung stammt." Und auch Karl-Heinz Rummenigge erklärt, aus Florenz überhaupt noch nichts Offizielles gehört zu haben. Einzig ein gewisser Volker Schmidt, der vorgibt Verhandlungs-Vollmachten von sechs italienischen Klubs zu besitzen, gilt bislang als Kontaktmann. Und dem habe er am Freitag telefonisch „die Meinung gegeigt", so Rummenigge, er solle ihn endlich in Ruhe lassen.

So recht über den Weg aber scheint dem Spieler-Vermittler niemand zu trauen. Im letzten Jahr schon hat Schmidt, Wohnsitz Tessin, behauptet, Bruno Pezzey im Auftrag des AC Florenz nach Italien zu holen. Übrig blieb nur heiße Luft.

„So einer kann uns die Angelegenheit nicht schmackhaft machen", sagt auch Hoeneß. Und deshalb würde auch gar nicht weiter darüber nachgedacht. Der Standpunkt des FC Bayern München bleibt unverändert, Anfang des Jahres bei einem gemeinsamen Gespräch in Düsseldorf wurde er so festgelegt: „Wir werden Karl-Heinz Rummenigge nicht freigeben." Doch gleichzeitig gesteht der Manager auch ein, Gesprächen nicht aus dem Wege zu gehen, falls offizielle Vertreter aus Italien kämen.

Rummenigge aber quält sich. Im Stadion und auch außerhalb. Das Gefühl spricht für München, doch rational hält er es mit James Bond: „Sag niemals nie." Zu vieles gebe es zu überlegen, angefangen bei der Familie bis zu den Verpflichtungen in der Heimat. Und letztendlich: „Geld ist nicht alles." Doch da sei auch der Reiz des Neuen und der Zwang, die Entscheidung nicht aufs nächste Jahr aufschieben zu können. Denn erst 1986 öffenen sich in Italien wieder die Grenzen für ausländische Fußballspieler, „und mit 31 Jahren ist es zu spät", meint Rummenigge. Jetzt oder nie heißt es also für ihn, „verschieben kann ich es nicht mehr".

Doch das seelische und nervliche Gleichgewicht wieder herzustellen sei ihm nun zuerst dringlichstes Anliegen, zumal mit Rummenigges Formkrise der Erfolg der ganzen Bayern-Mannschaft in Gefahr gerät. Bocholt hat das gezeigt, denn an dem Spiel gegen die Amateure war nur das schmeichelhafte Ergebnis keine Blamage für die Münchner.

„Mit sieben gegen elf zu spielen kann man sich eben auch gegen Amateure nicht leisten" befand Wolfgang Dremmler mit eindeutigem Seitenhieb auf mindestens vier seiner Kollegen. Trainer Udo Lattek half sich mit kernigen Sprüchen, die als Fazit auch durchaus so stehenbleiben können: „Wir haben angefangen wie die Weltmeister und aufgehört wie die Hausmeister. Wir sind im Halbfinale, sonst gibt es nichts Positives festzustellen."

Randale nach Spielabsage

DW. **Bonn**

Erich Ribbeck, Trainer der deutschen Fußball-Olympiamannschaft und ehemaliger Assistent von Jupp Derwall, sollte am Samstag die Lose ziehen, um die Halbfinalspiele im Pokal zu ermitteln. Er konnte in Köln weiter Karneval feiern, die Auslosung wurde vom Programm gestrichen. Schuld daran waren die Spielausfälle in Bremen (gegen Stuttgart) und Berlin (Hertha BSC – Schalke 04). Die Nachholspiele sollen am 13. März oder am 20. März stattfinden. Die Begegnungen des Halbfinales sind für den 1./2. Mai vorgesehen.

Nach der Spielabsage in Berlin kam es in der Innenstadt bis gegen Mitternacht zu Ausschreitungen jugendlicher Anhänger von Hertha BSC und Schalke 04. Die Polizei registrierte Schlägereien, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. 16 Jugendliche, Anhänger von Schalke, sogenannte „Hertha-Frösche" und Skin-Heads, wurden vorübergehend festgenommen.

Im Kaufhaus KadeWe blockierten randalierende Fans am Nachmittag Rolltreppen, stürzten in der Lebensmittelabteilung Regale um und verstreuten den Inhalt von Kaffee- und Teepackungen. Ein Angestellter der Hausfeuerwehr und ein Kunde wurden leicht verletzt, bevor die Polizei eingreifen konnte.

Die Ausschreitungen waren erst beendet, nachdem die letzten Anhänger von Schalke 04 die Stadt gegen Mitternacht mit Bussen verlassen hatten.

ERGEBNISSE

Hannover – M'gladbach 0:1 (0:0)

Hannover: Rynio – Gorksi – Thiele, Steiner, Außem – Hellberg (46. Frercks), Lorant, Pieta – Surmann, Hartmann, Beike (77. Koc). – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Krauss, Hannes, Frontzeck – Matthäus, Herlovsen, Schäfer (62. Criens), Rahn – Mill, Lienen. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – Tor: 0:1 Mill (66.). – **Zuschauer:** 60 369 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Außem (2), Koc, Hannes, Herlovsen.

1. FC Bocholt – München 1:2 (0:2)

Bocholt: Tilner – Schulz – Niggemann, Mazany (11. Gebauer), Schütte – Heitkamp, Meyer, Holz, Reichel (80. Hassenberg) – Ricken, Tönnies. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Beierlorzer, Dürnberger – Lerby, Kraus, Pflügler, Nachtweih – Hoeneß, K.-H. Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Huster (Lahnstein). – Tore: 0:1 Hoeneß (2.), 0:2 Nachtweih (45.), 1:2 Tönnies (46.). – **Zuschauer:** 17 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Dürnberger, K.-H. Rummenigge.

Bremen – Stuttgart ausgef.
Hertha BSC – Schalke 04 ausgef.

VORSCHAU

Freitag, 9. März, 20.00 Uhr

Offenbach – Hamburg	(0:6)
Bremen – Frankfurt	(0:6)

Samstag, 10. März, 15.30 Uhr

Braunschweig – Nürnberg	(2:4)
Mannheim – München	(0:6)
Bochum – Köln	(0:3)
Leverkusen – Uerdingen	(1:2)
Bielefeld – Dortmund	(0:1)
Düsseldorf – K'lautern	(2:5)
M'gladbach – Stuttgart	(0:0)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Duisburg – Karlsruher SC	2:1 (0:1)
Ulm – SSC Berlin	1:1 (0:0)
Stuttgart – Kassel	ausgef.

DIE TABELLE

1. Schalke	25	16	7	3	62:26	39:11
2. Karlsruhe	25	15	5	5	57:34	35:15
3. Duisburg	25	12	8	5	44:24	32:18
4. Kassel	24	13	5	6	48:27	31:17
5. Aachen	24	12	7	5	32:22	31:17
6. Köln	25	11	8	6	49:40	30:20
7. Solingen	25	11	7	7	46:34	29:21
8. Freiburg	25	9	10	6	33:36	28:22
9. Saarbr.	25	9	6	10	42:43	24:26
10. Ulm 46	25	7	9	9	46:39	23:27
11. Hertha	25	7	9	9	43:41	23:27
12. Darmst.	25	8	7	10	32:49	23:27
13. Wattensch.	24	8	6	10	36:45	22:26
14. Hannov. 96	23	6	9	8	29:39	21:25
15. SCC Berl.	25	7	6	12	28:44	20:30
16. Stuttgart	24	6	7	11	32:37	19:29
17. Essen	25	6	7	12	35:43	19:31
18. Osnabr.	25	6	4	15	27:48	16:34
19. Oberhaus.	25	4	7	14	27:46	15:35
20. Lüttringh.	25	5	4	16	21:52	14:36

DIE VORSCHAU

Freitag, 9. März, 20.00 Uhr: Aachen – Wattenscheid, Schalke – Darmstadt; **Samstag,** 15.30 Uhr: Kassel – Ulm, Stuttgart – Hannover, Köln – Karlsruhe, Oberhausen – Osnabrück, SCC Berlin – Duisburg; **Sonntag, 11. März,** 15.00 Uhr: Essen – Freiburg, Lüttringhausen – Hertha BSC, Saarbrücken – Solingen.

BIATHLON

Peter Angerer: „Ich habe viele Fans in der DDR"

sid, Oberhof

Nur eine vorübergehende Schwächeperiode hatte Olympiasieger Peter Angerer in Oberhof („DDR") beim ersten der beiden Weltcuprennen im Biathlon über 20 Kilometer. Nach seinem enttäuschenden 22. Platz bewies der 24 Jahre alte Oberfeldwebel aus Hammer mit einem dritten Rang auf der 10-Kilometer-Strecke (31:40,9 Minuten/2 Strafrunden), daß er den Kampf um den Weltcup noch nicht aufgegeben hat. Die besseren Aussichten vor dem Finale am nächsten Wochenende in Oslo hat allerdings Frank-Peter Rötsch („DDR"), der das Rennen in 30:50,6 Minuten bei einer Strafrunde vor Algis Schalna (UdSSR/31:10,5) gewann.

In der Gunst des Publikums stand Peter Angerer hinter seinem großen Widersacher nicht zurück. Auf der Strecke wurden der Olympiasieger über 20 Kilometer und sein Freund Fritz Fischer, der den sechsten Platz belegte, begeistert angefeuert. Nach dem Rennen meinte Angerer denn auch: „Dieses Ergebnis war ich meinen vielen Fans in der DDR schuldig."

Mit dem dritten Rang gelang dem erfolgreichsten Athleten aus der Bundesrepublik bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo – Angerer gewann drei Medaillen – auch eine Revanche an Erik Kvalfoss. Vor drei Wochen hatte der Norweger im 10-km-Rennen Angerer die Goldmedaille weggeschnappt und ihn auf den zweiten Platz verwiesen. In Oberhof nun kam Kvalfoss hinter dem Bundeswehrsoldaten mit einem Rückstand von 3,1 Sekunden nur auf Rang vier.

Vor dem Finale in Oslo hat Angerer in der Weltcup-Gesamtwertung bei 112 Punkten auf den 19 Jahre alten Frank-Peter Rötsch einen Rückstand von acht Punkten.

HANDBALL / Gummersbach nach 17:18 in Prag aus dem Europapokal ausgeschieden – Göppingen sperrt den Polen Klempel



Noch kein gleichwertiger Ersatz für Erhard Wunderlich: Rüdiger Neitzel wird von Homolka aus Prag unsanft gestoppt. FOTO: RZ

Ärger über Schiedsrichter – Trainer Klaus Brand mußte die Halle verlassen

sid/dpa, Prag

Schon unzählige Male ist das Ende der ruhmreichen Ära des Handballklubs VfL Gummersbach vorhergesagt worden. Doch jedesmal wackelte das Denkmal Gummersbach nur, es zerbröckelte nie. Jetzt aber muß der Klub seine wohl kritischste Phase durchmachen. Ausgerechnet gegen den Gegner, gegen den 1967 mit dem ersten Europacup-Sieg der Aufstieg zur „besten Vereinsmannschaft Europas" begann, erfolgte jetzt ein vorläufiges Ende. Mit 17:18 verloren die Gummersbacher das Halbfinal-Rückspiel um den Einzug in das Endspiel der Landesmeister beim 20maligen CSSR-Meister Dukla Prag. Im Hinspiel vor acht Tagen hatte es in der Dortmunder Westfalenhalle ein 14:14 gegeben.

Im letzten Jahr wurde der VfL Gummersbach von den deutschen Sportjournalisten noch zur „Mannschaft des Jahres" gewählt. Erfolge im Europacup, beim Supercup, in der Meisterschaft und im Vereinspokal hatten den Gummersbacher Stern hell leuchten lassen. Jetzt stehen sie fast mit leeren Händen da. Trainer Klaus Brand: „Jetzt wird es sehr schwer, unser Saisonziel noch zu erreichen, entweder den Erfolg im Pokal oder den zweiten Platz in der Meisterschaft und damit auch künftig eine Europapokal-Teilnahme."

Der programmierte Erfolg (in 17 Jahren 22 Titel, 25 Nationalspieler und 113 Europacupspiele) verließ den VfL Gummersbach zusammen mit Spielmacher Erhard Wunderlich und Trainer Petre Ivanescu. Die Lücken, die diese beiden hinterließen, konnten nicht geschlossen werden. Der talentierte Rüdiger Neitzel ist längst noch kein Erhard Wunderlich, und die Verpflichtung des 35 Jahre alten Herbert Wittchen als Trainer erwies sich als Fehlgriff.

Eugen Haas, Obmann des Klubs, muß jetzt wieder kämpfen. Er will Heiner Brand, 131maliger Nationalspieler, Weltmeister und Mannschafts-Kapitän, zum Weitermachen überreden. Spieler wie Neitzel, Hütt, Rosendahl und Rauin werden von anderen Klubs umworben.

Selbst ein Novum ist geplant: Erstmals in der Geschichte des Vereins soll mit dem Dänen Erik Rasmussen ein Ausländer verpflichtet werden. Das galt bislang in Gummersbach als unvorstellbar.

In Prag haderten die Gummersbacher mit den Schiedsrichtern Marin/Serban (Rumänien). Nationaltorwart Andreas Thiel: „Sie haben uns verschaukelt." Eugen Haas: „Sie waren nicht Herr der Situation." Beim Stand von 16:14 für Prag gaben die Schiedsrichter drei Gummersbacher Treffer nicht und entschieden in falscher Auslegung der Vorteilsregel auf Freiwurf. Noch entscheidender war eine Situation in der 56. Minute, als Krokowski mit einem Siebenmeter kurz zuvor das 16:16 erzielt hatte. Tomas Bartjk stand bei seinem Torwurf zum 17:16 eindeutig im Kreis, doch der Treffer wurde gezählt. Da hielt es Trainer Klaus Brand nicht mehr auf seiner Bank. Er legte sich mit den Schiedsrichtern an und wurde von ihnen aus der Halle gewiesen. Daher sah er auch nicht sechs Sekunden vor dem Ende den Fehlwurf von Dirk Rauin, der nach einem Anspiel von Krokowski den Ausgleich und damit die Endspielteilnahme hätte schaffen können. Im Finale spielen die Prager jetzt gegen den jugoslawischen Vertreter Metaloplastika Sabac.

*

Der deutsche Rekordmeister Frisch Auf Göppingen wird seinen polnischen Torjäger Jerzy Klempel nicht mehr einsetzen. „Da der Amateurstatus von Klempel in Zweifel gezogen wurde, verzichten wir aus sportlichen Gründen ab sofort auf den Einsatz Klempels bis zur Entscheidung des Verbandes", begründete Präsident Dieter Riegel diese überraschende und in der Bundesliga einmalige Maßnahme vor dem Nachholspiel der Handball-Bundesliga am Samstagabend beim Neuling TBV Lemgo (25:20).

Göppingen, das den Vertrag mit dem Bundesliga-Torschützenkönig über die laufende Saison hinaus nicht verlängern wird, fordert vom Deutschen Handball-Bund (DHB) „eine sofortige Überprüfung der Vereinsunterlagen" und eine sofortige Entscheidung. Präsident Riegel kritisierte auch die Vorweg-Stellungnahmen von DHB-Präsident Bernhard Thiele in diesem Fall, in dem es um die Amateureigenschaft Klempels geht.

Der Manager des Polen hatte, nachdem er von Frisch Auf Göppingen mit einem Hallenverbot belegt worden war, dem DHB die Kopie eines Spielervertrages übersandt, wonach der Verein Klempel eine Jahresgage von 100 000 Mark netto garantiert. „Wir erwarten, daß der DHB anläßlich des Länderspiels gegen die Schweiz am 7. März unsere Unterlagen prüft und eine Entscheidung fällt", drängte Riegel auf einen Spruch des Verbandes.

RADSPORT

Brüderliche Hilfe beim Sieg von Planckaert

sid/dpa, Gent

Mit einem vierfachen belgischen Triumph endete das Profiradrennen Gent–Gent, der offizielle Auftakt der Frühjahrs-Klassiker. Es gewann Eddy Planckaert vor Luc Vandenbroucke, Ludo Peters und seinem Bruder Walter Planckaert. Unter den 178 gestarteten Fahrern befand sich bis auf die Italiener nahezu die gesamte europäische Profi-Elite. Nicht dabei waren außerdem Tour-de-France-Sieger Laurent Fignon (Frankreich), Weltmeister Greg Lemond (USA) und Vorjahressieger Fons de Wolf (Belgien).

Bei starkem Wind und ständigen Schnee- und Regenschauern wurde den Fahrern alles abverlangt. Nur 30 erreichten das Ziel. Nach 70 der insgesamt 225 Kilometer setzte sich die erste Ausreißergruppe von 32 Fahrern vom Hauptfeld ab. Der entscheidende Vorstoß der vier Belgier kam aber 100 Kilometer vor dem Ziel. Ihr Vorsprung betrug zeitweise über sechs Minuten. Beim Endspurt in Gent arbeiteten die Planckaert-Brüder dann zusammen. Der schon 35 Jahre alte Walter scherte wenige Meter vor dem Ziel plötzlich aus und setzte Vandenbroucke dadurch dem Gegenwind aus. Eddy Planckaert nutzte die Gelegenheit und spurtete zum Sieg.

Für den 25jährigen war der Erfolg in Gent bereits der zehnte Saisonsieg. Eddy Planckaert hatte zuvor unter anderem den „Stern von Besseges" sowie mehrere Etappen bei der Mittelmeer-Rundfahrt für sich entschieden. Überraschend stark präsentierte sich auch der 28 Jahre alte Vandenbroucke. Sein Teamkollege Gregor Braun (Neustadt) gab das Rennen nach etwa 100 km auf.

EISSCHNELLAUF

Monika Holzner steigerte sich noch einmal

sid/dpa, Trondheim

Überlegen gewann die zweimalige Olympiasiegerin Karin Enke („DDR") den Weltmeistertitel der Eisschnellauf-Sprinterinnen in Trondheim (Norwegen). An beiden Wettkampftagen siegte die 22 Jahre alte Dresdnerin über 500 und 1000 Meter und verwies mit der Gesamtpunktzahl 165,365 die drei sowjetischen Läuferinnen Walentina Lalenkowa, Natalia Shiwe und Irina Kuleschowa auf die Plätze.

Monika Holzner bewies einmal mehr, daß sie gleich nach den Sprinterinnen aus der „DDR" und der UdSSR kommt. Mit 168,165 Punkten belegte sie nach den vier Rennen in der Gesamtwertung den fünften Platz. Die Inzellerin, vor drei Tagen 30 Jahre alt geworden, war in Trondheim noch besser in Form als bei den Olympischen Spielen in Sarajevo. Im ersten 1000-m-Rennen lieferte Monika Holzner der überragenden Karin Enke über 700 m ein großes Rennen. Die Krönung ihrer Leistung war aber gestern der Landesrekord im zweiten Rennen über 500 m. In 41,35 Sekunden war die Olympiasiegerin von 1972 um neun Hundertstelsekunden schneller als bei ihrer alten Bestleistung in Inzell. Später erklärte sie selbstbewußt: „Jetzt weiß ich auch, daß ich bei guten Bedingungen in Medeo unter 41 Sekunden laufen kann." Auf der Hochgebirgsbahn in Medeo will sie in zwei Wochen starten.

Auch der elfte Platz für Sigrid Smuda und Rang 21 für Manuela Hassmann (beide Ottobrunn) sind für die Deutsche Eisschnellauf-Gemeinschaft (DESG) erfreuliche Plazierungen. Bundestrainer Ab Krook zog denn auch ein positives Fazit: „Wir sind besser als unser Ruf. Karin Enke ist eine Nummer zu groß. Mit allen anderen können wir mithalten."

SKI ALPIN / Abfahrts-Weltcup entschieden

Maria Walliser siegte, Irene Epple abgeschlagen

sid, Mount St. Anne

Nur ein Punkt fehlte Irene Epple (26), um zum ersten Mal nach zwölfjähriger Zugehörigkeit zum Ski-Zirkus den Abfahrts-Weltcup zu gewinnen. Doch in der letzten Schußfahrt des Winters am kanadischen Mount St. Anne zeigte sich erneut, daß die Allgäuerin spätestens seit ihrem mißlungenen Olympia-Auftritt in Sarajevo die Erfolgsspur verlassen hat.

Als 19. und nur drittbeste deutsche Läuferin hinter der Inzellerin Regine Mösenlechner (10. in 1:31,05) und Marina Kiehl aus München (17. in 1:31,58) verzeichnete Irene Epple auf der 2235 m langen Strecke einen Rückstand von 2,28 Sekunden auf die Amerikanerin Holly-Beth Flanders (1:29,50), die vor Marie-Luce Waldmeier (Frankreich) und Silvia Eder (Österreich) gewann. Aufgrund der Weltcup-Regel mit den Streichresultaten hätte Irene Epple Platz fünf belegen müssen, um den Weltcup der Abfahrerinnen noch gewinnen zu können. So fiel die erste Entscheidung des Winters im alpinen Weltcup mit 95:94 Weltcup-Punkten zugunsten von Maria Walliser aus.

„Es ist schon ein schönes Gefühl, wenn man weiß, daß man die beste Läuferin einer Saison war", meinte Maria Walliser. Sie war am Mount St. Anne auch nur 13. geworden. Die 20 Jahre alte Nachfolgerin der zurückgetretenen Doris de Agostini (Schweiz) erhielt eine verspätete Entschädigung für ihre Olympia-Niederlage, bei der sie nur um fünf Hundertstelsekunden von ihrer Mannschaftskameradin Michela Figini geschlagen wurde. Michela Figini selbst war in Kanada nicht am Start, da sie in der Vorbereitung auf die letzten Weltcuprennen stürzte und den rechten Fuß brach.

Durch ihren Sieg zum Saisonauftakt in Val d'Isère und zweite Plätze in Val d'Isère, Haus und Badgastein schien Irene Epple auf der Fahrt zum Abfahrts-Triumph nicht zu schlagen zu sein. Doch dann fiel die Leistungskurve radikal. Mit Platz 23 in Sarajevo war der Tiefpunkt erreicht. Irene Epples Formschwäche wurde danach mit Platz vier bei den deutschen Meisterschaften vor zehn Tagen bestätigt. Eine hartnäckige Knieverletzung, deren psychische Bewältigung der Läuferin ebenfalls Probleme bereitete, war eine Ursache des Formsturzes.

In der letzten Woche erklärte Irene Epple, daß sie den Kampf gegen die Jugend im nächsten Winter noch einmal wagen wolle. Bormio in Italien, wo im Februar 1985 Weltmeisterschaften ausgeschrieben sind, ist jetzt ihr neues Ziel. Im Sommer will die ehrgeizige Athletin in München ein Medizinstudium beginnen.

Im Winter wird dann mit der kanadischen Weltmeisterin Gerry Sorensen eine langjährige Wegbegleiterin nicht mehr dabeisein. Sie beendete ihre Laufbahn am Mount St. Anne als Vierte des Rennens. Auch Holly-Beth Flanders (26), mit der nach zweijähriger Pause erstmals wieder eine Amerikanerin eine Abfahrt gewann, schließt ihren Rücktritt nicht aus.

Holly-Beth Flanders beschloß mit ihrem Erfolg eine Saison, in der mit Irene Epple (Val d'Isère), Maria Walliser (erneut Val d'Isère und Vervier), Hanni Wenzel (Haus und Badgastein), Gerry Sorensen (Puy St. Vicent) und Michela Figini sechs Läuferinnen einen Abfahrtslauf gewannen und damit zeigten, daß die Zeit der Seriensiegerinnen vorbei ist. In dieser Phalanx dürfte vielleicht auch einmal die Olympia-Sechste Marina Kiehl auftauchen, die in Kanada als 17. jedoch ebenso enttäuschte wie die zweite Nachwuchs-Hoffnung Michaela Gerg (Lenggries), die auf Rang 42 wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwand.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Aston – Manchester United 0:3, Coventry – Birmingham 0:1, Everton – Liverpool 1:1, Ipswich – West Ham 0:3, Leicester – Watford 4:1, Luton – Queens Park 0:0, Notts – Bromwich 1:1, Southampton – Norwich 2:1, Sunderland – Arsenal 2:2, Tottenham – Stoke 1:0, Wolverhampton – Nottingham 1:0. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 60 Punkte, 2. Manchester United 58, 3. Nottingham 53, 4. West Ham 53.

„DDR"-Oberliga, 16. Spieltag: Erfurt – Dynamo Berlin 0:1, Aue – Frankfurt 1:1, Lok Leipzig – Chemie Leipzig 1:0, Halle – Karl-Marx-Stadt 1:2, Dresden – Jena 4:0, Union Berlin – Magdeburg 0:1, Rostock – Riesas 2:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 41:19/24:8, 2. Dresden 34:14/22:10, 3. Magdeburg 35:20/21:11, 4. Lok Leipzig 30:19/21:11.

Länderspiel: Türkei – Italien 1:2 (0:2)

Freundschaftsspiele: Salzgitter-Lebenstedt – Braunschweig 1:5, Auswahl Lage/Humfeld – Bielefeld 1:4, Achern – Frankfurt 1:5, Südkorea – Düsseldorf 2:0.

EISHOCKEY

Bundesliga-Meisterrunde, 1. Spieltag, Gruppe A: Mannheim – Düsseldorf 11:3, Landshut – Schwenningen 3:0. – Gruppe B: Köln – Freiburg 5:3, Rosenheim – Kaufbeuren 3:4. – Qualifikationsrunde: Iserlohn – Bayreuth 9:1, Rießersee – Preußen Berlin 5:2, Essen-West – Duisburg 5:5.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 14. Spieltag: Lemgo – Göppingen 25:20. – Bundesliga, Damen, Nachholspiele, Gruppe Süd vom 4. Spieltag: Würzburg – Guts Muths Berlin 15:11. – vom 6. Spieltag: Sindelfingen – Frankfurt 12:21. – Vom 12. Spieltag: Kleenheim – Lützellinden 8:18. – Junioren-Länderspiel in Emsdetten: Deutschland – Holland 24:22. IHF-Pokal, Halbfinal-Rückspiel, Herren: Gladsaxe Soborg/Dänemark – Lok Trnava/CSSR 17:17 (6:10) (Hinspiel: 25:22 – Soborg im Finale).

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen: Donauwörth – Saarbrücken 9:4, Ahlem – Kronshagen 5:9.

VOLLEYBALL

DVV-Pokal, Viertelfinale, Damen: Rüsselsheim – Münster 0:3, Feuerbach – Augsburg 2:3. – DVV-Pokal, Herren, Viertelfinale: Sindelfingen – Leverkusen 2:3. – Endrunde, Bundesliga, Herren: München – Hamburg 3:2.

WASSERBALL

Bundesliga, 1. Spieltag: Spandau – Eßlingen 14:8, Düsseldorf – Offenbach 9:9, Braunschweig – Cannstatt 9:11, Würzburg – ASC Duisburg 9:7, Duisburg 98 – Hamm 10:7, Fulda – Hannover-Linden 12:9.

2. Spieltag: Düsseldorf – Hamm 12:15, Spandau – Cannstatt 21:6, Braunschweig – Eßlingen 12:11, Würzburg – Hannover-Linden 14:9, Fulda – ASC Duisburg 9:12, Duisburg 98 – Offenbach 7:3.

LEICHTATHLETIK

Hallen-Europameisterschaften in Göteborg, Männer: 60 m: 1. Haas (Deutschland) 6,68 Sek., 2. Ullo (Italien) 6,68, 3. Desruelles (Belgien) 6,69, 4. Richard (Frankreich) 6,70, 5. Arques (Spanien) 6,72, 6. Rose (Frankreich) 6,73. – Hochsprung: 1. Mögenburg 2,33 m, 2. Thränhardt (beide Deutschland) und Dalhäuser (Schweiz) je 2,30, 4. Sereda (UdSSR) 2,27, 5. Fizuleto (Jugoslawien) und Wlodarczyk (Polen) je 2,24. – Dreisprung: 1. Jemez (UdSSR) 17,33 m (Hallen-Europarekord), 2. Marinec (CSSR) 17,16, 3. Bakosi (Ungarn) 17,15, 4. Markov (Bulgarien) 16,89, 5. Cado (CSSR) 16,83, 6. Herbert (England) 16,70, 7. Jaros (Deutschland) 16,48.

Frauen: 3000 m: 1. Kraus (Deutschland) 9:12,08 Min., 2. Posdnjakowa (UdSSR) 9:15,04, 3. Schäfer (Deutschland) 9:16,61, 4. Possamai (Italien) 9:17,90, 5. Wahlin (Schweden) 9:26,90. – 60 m Hürden: 1. Kalek (Polen) 7,96, 2. Akimowa (UdSSR) 7,99, 3. Donkova (Bulgarien) 8,09, 4. Oker 8,14, 5. Denk (beide Deutschland) 8,14, 6. Olijslager (Holland) 8,21. – Weitsprung: 1. Hearnshaw (England) 6,70 m, 2. Murkova (CSSR) 6,55, 3. Lazzaroni (Italien) 6,08, 4. Sandberg (Schweden) 5,93. – Kugelstoßen: 1. Fibingerova (CSSR) 20,34, 2. Losch (Deutschland) 20,23, 3. Krieger („DDR") 20,18, 4. Abaschidse (UdSSR) 20,03, 5. Loghin (Rumänien) 19,76, 6. Dittrich („DDR") 19,50, 7. Petsch (Deutschland) 17,41.

2. Tag, Männer, Kugelstoßen: 1. Bojars (UdSSR) 20,84, 2. Günthör (Schweiz) 20,33, 3. Andrei (Italien) 20,32, 4. Machura (CSSR) 20,11, 5. Kubes (CSSR) 20,01, 6. Lazarevic (Jugoslawien) 20,01. – Stabhoch: 1. Vigneron (Frankreich) 5,85 m (Hallen-Weltrekord), 2. Quinon (Frankreich) 5,75, 3. Krupsky (UdSSR) 5,60, 4. Schmidt 5,55, 5. Volmer (beide Deutschland) 5,50. – 200 m: 1. Jewgeniew (UdSSR) 20,98 Sekunden, 2. Mafe (England) 21,34, 3. Bongiorni (Italien) 21,48, 4. Jokl (Österreich) 21,78. – Weitsprung: 1. Leitner (CSSR) 7,96 m, 2. Koch („DDR") 7,91, 3. Emmian (UdSSR) 7,89, 4. Piochi 7,85, 5. Evangelista (beide Italien) 7,82, 6. Hanacek (CSSR) 7,78, ... 7. Kessler (Deutschland) 7,59.

2. Tag, Frauen, 200 m: 1. Kratochvilova (CSSR) 23,02 Sek., 2. Cazier (Frankreich) 23,68, 3. Antonowa (UdSSR) 23,80. – 1500 m: 1. Lovin (Rumänien) 4:10,03 Min., 2. van Hulst (Holland) 4:11,09, 3. Gasser (Schweiz) 4:11,70, 4. Gospodinova (Bulgarien) 4:11,79, 5. Palle (Spanien) 4:15,88, 6. Gerdes (Deutschland) 4:16,34. – Hoch: 1. Meyfarth (Deutschland) 1,95 m, 2. Ewanje-Epee (Frankreich) 1,95, 3. Bulkowska (Polen) 1,95, 4. Soetewey (Belgien) 1,92, 5. Malesev (Jugoslawien) 1,92, 6. Holzapfel (Wattenscheid) 1,92. – 800 m: 1. Matejkovicova (CSSR) 1:59,52 Min., 2. Melinte 1:59,81, 3. Cojucaru (beide Rumänien) 2:01,24, 4. Mc Cabe (Schweden) 2:02,88, 5. Kleinbrahm (Deutschland) 2:03,46, 6. Moravcikova (CSSR) 2:03,72.

SKI NORDISCH

15-km-Weltcup-Langlauf in Lahti: 1. Eriksen (Norwegen) 44:56,6 Min., 2. Wassberg 45:01,2, 3. Swan (beide Schweden) 45:22,2, 4. Lindvall (Norwegen) 45:23,8, 5. Karvonen (Finnland) 45:33,3, 6. Holte (Norwegen) 45:33,4, 7. Mogren (Schweden) 45:43,6, 8. Monsen (Norwegen) 45:43,6, 9. Sawjalow 45:47,3, 10. Sachnow (beide UdSSR) 45:47,8, ... 18. Dotzler 46:19,1, ... 30. Schöbel 47:41,1, 31. Zipfel 47:46,8, ... 47. Notz (alle Deutschland) 49:05,9. – Stand im Weltcup: 1. Swan 136 Punkte, 2. Wassberg 86, 3. Kirvesniemi (Finnland) 83, 4. Simjatow (UdSSR) 67, 5. Eriksen 65, 6. Sachnow 64, 7. Lindvall 60, 8. Karvonen 59, 9. Holte 58, 10. Sawjalow 48, ... 16. Behle 33, ... 34. Dotzler 13.

Skispiele in Oberhof, Sprunglauf von der 70-m-Schanze: 1. Ostwald 232,2 Punkte, 2. Freitag (beide „DDR") 222,6, 3. Heumann (Deutschland) 210,2, 4. Sauberbrey 203,6, 5. Gratz 199,1, 6. Buse (alle „DDR") 188,6. – Kombinations-Sprunglauf: 1. Schmieder 216,4, 2. Opitz (beide „DDR") 206,2, 3. Heumann (Deutschland) 198,2, 4. Klimko (CSSR) 191,4, 5. Hopf („DDR") 188,9, 6. Pellhammer (Deutschland) 180,4. – Kombinations-Sprunglauf Junioren: 1. Fleig (Deutschland) 197,5, 2. Schramm 196,8, 3. Memm (beide „DDR") 195,8.

BIATHLON

Weltcup in Oberhof, 10 Kilometer: 1. Rötsch („DDR") 30:50,6 Min./1 Strafrunde, 2. Schalna (UdSSR) 31:10,1/2, 3. Angerer (Deutschland) 31:40,9/2, 4. Kvalfoss (Norwegen) 31:44,0/1, 5. Buligin (UdSSR) 31:54,3/2, 6. Fischer (Deutschland) 31:57,9/2, 7. Kaschkarow 32:00,7/3, 8. Wassiljew (beide UdSSR) 32:07,0/0, 9. Krokstad (Norwegen) 32:18,8/3, 10. Hauswald („DDR") 32:29,0/1, ... 15. Pichler 32:54,6/3, ... 18. Fritzenwenger 33:00,7/0, ... 27. Sutter 34:01,½, ... 33. Reiter (alle Deutschland) 34:23,4/2.

Junioren-WM in Chamonix/Frankreich, 3x7,5-km-Staffel: 1. UdSSR 1:29:07,0 Std./1 Strafrunde, 2. Finnland 1:33:30,5/3, 3. Deutschland (Hüttner, Sklorz, Wudy) 1:37:39,¼, 4. Norwegen 1:38:38,¼, 5. Italien 1:38:59,6/5, 6. CSSR 1:39:28,8/4; „DDR" disqualifiziert.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Inachos (P. Remmert), 2. Etalon, 3. Beilage, Toto: 15/11, 14, 12, ZW: 64, DW: 168, 2. R.: 1. Limeira (H. Strompen), 2. Pair, 3. Feuerschuh, Toto: 36/14, 16, 14, ZW: 192, DW: 452, 3. R.: 1. Vifixe (A. Tylicki), 2. Drauf, 3. Ginsterlied, Toto: 28/13, 13, 30, ZW: 92, DW: 2656, 4. R.: 1. Sextus (O. Schick), 2. Svizzero, 3. Sirjana, Toto: 100/30, 114, 18, ZW: 3920, DW: 16 924, 5. R.: 1. Bergpanther (B. Werning), 2. Enzio, 3. Altaro, Toto: 17/13, 34, 17, ZW: 328, DW: 916, 6. R.: 1. Mathia (M. Hofer) 2. Obligado, 3. Vernazzo, Toto: 76/26, 22, 82, ZW: 680, DW: 21 656, 7. R.: 1. Matapan (M. Hofer), 2. Stolzer Athener, 3. Flunkerei, Toto: 68/26, 15, 21, ZW: 304, DW: 1328, 8. R.: 1. Dorinus (D. McCann), 2. Night Princess, 3. Alpentanne, Toto: 96/50, 114, 42, ZW: 18 268, DW: 21 912, 9. R.: 1. Maquisard (P. Remmert), 2. Timbre, 3. Sockel, Toto: 24/15, 15, 20, ZW: 36, DW: 268, 10. R.: 1. Apricot Brandy (G. Bocskai), 2. Angelico, 3. Pair-Jar, Toto: 28/17, 78, 50, ZW: 1156, DW: 11 860.

AMATEURBOXEN

Länderkampf Polen – Deutschland in Danzig, Endstand 16:6; Fliegengewicht: Raubo PS über Schwing (Hockenheim), Bantam: Srednicki PS über Gertel (Worms), Leicht: Gies (Kaiserslautern) PS über Adach, Halbwelter: Gajda PS über Junger (Berlin), Welter: Künzler (Karlsruhe) PS über Piwowarski, Halbmittel: Kozlowski PS über Bauer (Berlin), Maj PS über Rix (Lübeck), Mittel: Petrich PS über Holm (Frankfurt), Halbschwer: Bott (Karlsruhe) PS über Skrzecz, Lakomiec RSC 3. Runde über Spürgin (Hamburg), Schwer: Skrzecz RSC 1. Runde über Keller (Frankfurt).

GEWINNZAHLEN

Lotto: 21, 25, 28, 32, 44, 45, Zusatzzahl: 1. – Spiel 77: 0 8 5 3 7 0 7 – (ohne Gewähr).

Pankraz, Susan B. und die Neue Weiblichkeit

Die „Wende" hat nun offenbar auch die Feministinnen erfaßt. Unaufhaltsam breitet sich in ihrem Lager die Erkenntnis aus, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. „Wir haben uns totgesiegt", sagte eine ihrer führenden Ideologinnen. „Jetzt müssen wir endlich den Frieden gewinnen."

Was ist passiert? Die Männer sind unter den wuchtigen Schlägen der Frauenbewegung so „soft" geworden, daß es nicht den geringsten Spaß mehr macht, weiter auf ihnen herumzudreschen. Unisex, Sehnsucht nach Geschlechtsumwandlung und masochistische Unterwerfungsgesten, soweit das Auge reicht. Die Misere schlägt sogar auf die rheinische Weiberfastnacht durch. Noch nie hat es im kreischenden Reigen der Närrinnen so viele als Frauen kostümierte Männer gegeben wie in diesem Jahr. Noch nie wurden so wenig Schlipse abgeschnitten, denn wenn einer einen Schlips trug, dann war es meistens eine als Mann kostümierte Frau, die ihren Geschlechtsgenossinnen mit resolutem Griff die Schere aus der Hand wand.

Bei der Diskussion über die zu ergreifenden Maßnahmen zeigt sich eine interessante Differenz zwischen den deutschen „Emmas" und ihren amerikanischen Schwestern. Die Deutschen sind noch weitgehend uneinsichtig und schieben alles auf die Männer. „Die Männer mögen sich doch endlich aufrichten zu würdiger Größe", tönt es da. In Amerika hingegen hat man schon realisiert, daß die Frauen etwas dazutun müssen, um wieder würdige Partner für die Kissenschlacht zu bekommen. Dort heißt das Schlüsselwort „Neue Weiblichkeit", und keine geringere als Susan Brownmiller ist seine Prophetin.

Susan Brownmiller galt noch vor kurzem als die wohl grimmigste Emanze der Neuen Welt. Ihr Buch „Gegen unseren Willen" bezichtigte durch die Bank sämtliche Männer, sie seien (offene oder verkappte) Vergewaltiger, die Vergewaltigung sei das männliche Prinzip schlechthin, das Prinzip eines gemeinen, heimtückischen Geschlechts, das nur daran interessiert sei, die Frauen in Furcht und Schrecken zu halten. Jetzt hat die Brownmiller ein neues Buch herausgebracht, es trägt den Titel „Weiblichkeit" und ist, verglichen mit früher, ein einziges Gezwitscher.

„Weshalb werden immer mehr Männer in Amerika homosexuell?", fragt Susan ängstlich zwitschernd, und sie hat auch gleich die Antwort parat: „Weil wir Frauen nicht mehr appetitlich genug sind!" Fünfzehn Jahre lang, so führt sie aus, haben wir auf die Männer eingeredet und eingeredet, haben sie beschimpft und sie immer nur mit unseren eigenen Sorgen behelligt – und heute blinzeln wir verdutzt aus unserer grauen, grobmaschigen Gesundheitsunterwäsche, denn die Männer sind einfach nicht mehr da. Und wir Frauen, alleingelassen, müssen realisieren, daß uns im Kampf ums Dasein auch noch die weichen, schwulen oder auf Unisex versessenen Männer weit überlegen sind. Sie halten die Einsamkeit und die Gesellschaft ihresgleichen viel besser aus als wir armen Frauen. Wir sind also wieder einmal die Gelackmeierten.

Als Gegenmittel empfiehlt Brownmiller eine geballte Offensive neuer Weiblichkeit. Körper, Haar, Stimme, Bewegung, Kleidung, Blick und Gestik – alles müsse wieder typisch weiblich werden, nämlich weich, fein, rosig, mollig, mit einem Wort: verführerisch. Die Frauen müßten wieder lernen, sich kätzchengleich in die Sofaecke zu schmiegen, die Härchen an den Beinen zu bleichen oder wegzurasieren, der Familie ein gemütliches Nest zu bauen, den Beschützerinstinkt im Manne zu wecken. Sie müßten auch wieder mehr ihre typisch weibliche Psychologie zur Geltung bringen, die Kunst der Stärke durch Schwäche, den leichten Druck auf die Tränendrüse als Mittel der Überredung, das Geschick, heranreifende Konflikte schon im Vorfeld zu entschärfen.

Natürlich will Susan Brownmiller keine Errungenschaft der Frauenbewegung preisgeben, will nicht zurück zu altbürgerlichen oder gar orientalischen Zuständen. Juristische Gleichberechtigung, Chancengerechtigkeit im Berufsleben und Gewaltenteilung in der Familie bleiben für sie lupenreine Selbstverständlichkeiten. Aber im Gegensatz zu den meisten ihrer Mitstreiterinnen in Deutschland stellt sie sich voll der Tatsache, daß Mann und Frau in wesentlichen anthropologischen Dimensionen sehr verschieden sind und daß ein Leugnen dieser Verschiedenheiten letzten Endes immer zuungunsten der Frau ausschlägt.

Warum gibt es kaum weibliche Mathematikerinnen von Rang, warum kaum berühmte Schachspielerinnen, die ihren männlichen Kollegen ebenbürtig sind, warum so wenige Philosophinnen und Systemanalytikerinnen? Hier ist gewiß keine männliche Unterdrückung im Spiel, sondern schlicht die Tatsache, daß den Frauen das diskursive, auseinanderfaltende Denken nicht liegt, daß sie es lieber mit der Synthese, der Ganzheitsschau, der praktizierten Psychologie halten. Statt sich also einer Konkurrenz auszusetzen, die sie ohnehin verlieren würden, sollten sie lieber, meint Brownmiller, die eigenen Tugenden zu höchster Raffinesse entwickeln, besonders jene Tugend des „indirekten Einflußnehmens", des Regierens aus der Grauzone heraus, in der sie unübertreffliche Meister sein könnten.

„Gut gebrüllt, Löwin", kann Pankraz da nur sagen. Er ist nun gespannt, ob sich die Wende zur Neuen Weiblichkeit auch bald in Deutschland durchsetzen und ob ihr eine Wende zur Neuen Männlichkeit folgen wird. Der Unisex ist doch allmählich recht langweilig geworden. Und schon Heinrich Heine hat einst kenntnisreich gesungen: „Ein Tor ist immer willig,/ wenn eine Törin will ..."

Pankraz

New York: Der große Triumph der Twyla Tharp

Ein neuer Stern des Tanzes geht auf

Wenn der letzte Vorhang in der New Yorker Brooklyn Academy of Music nach 3 Wochen Vorstellungen des Twyla Tharp Tanz-Ensembles endlich fällt, darf Miss Tharp stolz sein. Denn die Lobeshymnen wollen kein Ende nehmen. Die Choreographin, schon immer unbestrittene Meisterin eines lässig-amerikanischen Idioms, hat schon seit 15 Jahren ihre Kultgemeinde. Doch dürfte die in diesem Jahr, nach dem Erfolg ihrer Premieren „Bad Smells", „9 Sinatra Songs" und „Fait Accompli" um einiges gewachsen sein.

„Bad Smells", eine laute Post-Punk-Apokalypse im Stil von „Road Warrior", für die der Art-Rockmusiker Glenn Branca eine monoton-ohrenbetäubende Begleitungsmusik geschrieben hat, ist ein interessantes, wenn auch nicht ganz geglücktes Experiment. Das Ballett ist ein Aufschrei, in Tharps eigenen Worten sogar „häßlich, sehr schrill, sehr hart, und eine unerhörte Belastung für die Körper der Tänzer". So quälen sich die Tänzer, eine Gruppe zerlumpter Gestalten, in wüsten Verrenkungen auf einer staubigen, offensichtlich post-atomaren Bühne, belauert von einem Video-Kameramann, der jede ihrer Bewegungen aufnimmt und auf eine riesige Leinwand oberhalb der Bühne projiziert. Hier entsteht für den Zuschauer ein Dilemma: soll er die Qualen optisch übersetzt oder tatsächlich erleben? Oder soll er ständig hin und her wechseln zwischen Leinwand und Bühne? Die Konzentration jedenfalls ist gebrochen, eine Tatsache, die sich angesichts der Monotonie von Brancas Tönen leider schon sehr früh einstellt.

„9 Sinatra Songs" sind das charmante Gegenstück dazu – eine Folge hinreißend getanzter Paar-Nummern, die von Flamenco über Tango zum „ballroom dancing" à la Ginger Rogers und Fred Astaire reichen. „Es geht hier nur symbolisch um Sinatra", sagt Twyla Tharp dazu, „in Wirklichkeit geht es um die Interpretation von Liebe und Bindung einer ganzen Generation." Um dies zu spüren, um in dieser Folge mehr als nur brillantes Entertainment zu sehen, muß man wohl in Amerika aufgewachsen sein; wo möglich – wie Tharp – eine Mutter gehabt haben, die den Sänger mit der schmelzenden Stimme anbetete.

„Telemann" ist ein etwas uninspiriertes Werk, das eine Mischung aus klassischen Ballett-Elementen und den für Miss Tharp typischen, energisch-hektischen Bewegungen darstellt. Was übrigens nicht heißen soll, daß Tharp ein klassisches Repertoire nicht bewältigen könnte. Das interessanteste, heftigste und temperamentvollste Werk, in dem Tharp selbst die Hauptrolle tanzt, ist „Fait Accompli". Tharp hat auch hier einen Rock-Musiker mit der Partitur betraut. David Van Tieghem, der u. a. als Schlagzeuger mit Steve Reich, Brian Eno und David Byrne zusammenspielte, hat eine zündende Mischung aus Disco und Art-Rock entwickelt, zu der die Tharp-Gruppe, vor einem Licht-Vorhang von Jennifer Tipton, ihre Version der Malaise modernen Lebens darbietet.

Wenn Twyla Tharp ein solch brisantes Thema angeht, weiß man: das ist wirklich Tanz von heute. Da vermischt sich die Hektik der New Yorker Straße mit Ghetto-Bewegungen, mit der elektrischen, grazilen Motorik der Schwarzen und Puertoricaner. Da sind Männer und Frauen, die aneinander vorbeireden. Da herrscht Luftverschmutzung, dramatisch von Jennifer Tipton als ewige Nebelschwade inszeniert, die über dem Set hängt. Daß „Fait Accompli" nicht wie „Bad Smells" monoton wird, hat damit zu tun, daß Miss Tharp hier wesentlich mehr Register zieht, Lyrisches mit Aggressiv-Schrillem mischt, Trauer mit Ohnmacht, Hoffnung mit Enttäuschung verbindet und für dieses reiche Vokabular aus allen nur möglichen Ecken borgt.

Da gibt es perfekt gedrechselte Sprünge, die dem klassischen russischen Ballett entstammen könnten. Doch amerikanischer Pop-Stil herrscht vor: Rock-Tanzschritte, Disco-Bewegungen und besonders Break-Dancing. Vor allem bei der letzteren Tanzform, von schwarzen Teenagern im Ghetto der Südbronx entwickelt, hat Tharp großzügige Anleihen gemacht: beim „electric boogie", der Stromstöße durch die Körper der Tänzer zu jagen scheint, und auch das schnelle Kreiseln des Körpers auf den Schultern, typisch für die jungen Tänzer der Jugendsubkultur, kann man hier, abgewandelt, wiedererkennen.



Mischung aus Disco und Kunst-Rock: Szene aus dem Twyla-Tharp-Ballett „The Catherine Wheel" in New York FOTO: MARTHA SWOPE

Wenn Twyla Tharp auf der Bühne erscheint – und sollten noch so viele Tänzer um sie herumwirbeln – merkt man sofort: jetzt ist sie da! Zwar ist sie in keiner Weise imposant – klein, muskulös, untersetzt, dunkelhaarig, so wie viele Frauen auf den Straßen von New York. Doch ist ihre Ausstrahlung unübersehbar: sie bewegt sich kraftvoll und bestimmt, wie alle Tharp-Tänzer – nur mehr als die anderen. Ihre Arme in „Fait Accompli" wirbeln noch energischer als die der übrigen Tänzer, noch abrupter zuckt ihr Kopf. Tharp ist expressiv mit jeder Pore ihres Körpers, und ihre Bestimmtheit überträgt sich auch auf das Ensemble. Ein Miniatur-Boxkampf mit fabelhafter Faust- und Beinarbeit enthüllt, daß die 42jährige, um weiter in Form zu bleiben, sich sogar einem intensiven Box-Training unterzogen hat.

Diese Art von Tanz läßt an eine neue Art von Weiblichkeit denken, eine, die mit althergebrachten Ideen zu diesem Thema allerdings wenig zu tun hat. In Stücken wie „Fait Accompli" oder „Bad Smells" scheinen die Geschlechterrollen fast völlig aufgehoben. Vorbei ist es mit „männlichen" und „weiblichen" Kostümen oder Bewegungen, und Miss Tharp selbst strahlt zeitweise nicht nur Androgynität, sondern schlichte Männlichkeit aus. Ihr muskulöser Rücken in „8 Jelly Rolls" und die aggressiven Box-Bewegungen, mit denen sie in „Fait Accompli" ihren Partner herausfordert, sind knallhart und zeigen eine schlagbereite, lauernde Stadt-Guerrilla-Körperlichkeit, wie sie sich nur in einer Stadt wie New York herausbilden und künstlerisch manifestieren kann.

VERA GRAAF

Der Bordesholmer Altar des Hans Brüggemann – Zu einer neuen Monographie von Horst Appuhn

Als der Humanismus nach Norddeutschland kam

Die Werke sind weithin bekannt, bei weitem nicht so ihr Schöpfer, ein Bildschnitzer aus der Lüneburger Heide. Horst Appuhn hat vor knapp zwanzig Jahren schon einmal ein Buch über „Hans Brüggemann aus Walsrode" in einem einheimischen Verlag veröffentlicht. Seine jüngste Publikation bei Langewiesche (Paperback, 9,80 DM) wird wahrscheinlich ein breiteres Echo finden. Sie führt ausdrücklich den Bordesholmer Altar im Titel, der als einheitliches Kunstwerk vorgestellt wird, nicht nur im anschaulich vermittelnden und sachkundig erklärenden Text, sondern auch durch Abbildungen sämtlicher Bildfelder in Gesamtansichten unter Zuhilfenahme von Detailfotos.

Der Leser erhält so, worauf es dem Autor vordringlich ankam, einen Überblick über den kompositionellen Aufbau des Altars – und zwar in ikonographischer wie in künstlerischer Sicht – und braucht nicht ganz auf Einzelheiten der bildnerischen Gestaltung zu verzichten, die dem Künstler offenkundig genauso wichtig und bedeutsam waren im Rahmen der Gesamtkonzeption wie diese selbst.

Der Altar, für das Kloster Bordesholm in Holstein (zwischen Kiel und Neumünster) geschaffen und 1521 vollendet, befindet sich seit 1666 im Schleswiger Dom, der damit eines der großartigsten Werke deutscher Bildhauerkunst aus der Übergangszeit zwischen Spätgotik und Renaissance besitzt. Das gilt für die äußeren Maße ebenso wie für die künstlerische Bedeutung und die handwerkliche Meisterleistung, die darin zum Ausdruck kommen. Das ungefaßte Schnitzwerk aus Eichenholz ist mit Gesprenge fast sechzehn Meter hoch und bei geöffneten Flügeln über sieben Meter breit. Rund vierhundert Figuren bestreiten das Bildprogramm, das sich in vier Themengruppen gliedert: auf Schrein und Flügeln die Passion Christi, in der Predella Vorbilder des Meßopfers, im Gesprenge das Jüngste Gericht mit Engeln, Aposteln, Adam und Eva; zur vierten Gruppe zählen, auf seitlichen Säulen, der Kaiser Augustus und die Sibylle von Tibur.

In mehr als dreißig figurenreichen Szenen wird beinahe die gesamte christliche Heilsgeschichte dargestellt. Angeregt durch ihren theatralischen Charakter, bringt Appuhn sie einleuchtend in Verbindung zu der „Bordesholmer Marienklage", einem geistlichen Spiel, das damals, um 1500, in der gleichen Klosterkirche alljährlich aufgeführt wurde. Bestechend dabei ist die Lebensnähe der handelnden Figuren ebenso wie die handwerkliche Meisterschaft, mit der realistische Details in das System einer bildnerischen Stilisierung übertragen wurden.

Keine Frage, diesem Hans Brüggemann war der einzelne Mensch so wesentlich wie der ganze Altar. Und deshalb steht dieser mehr am Anfang einer neuen Zeit als am Ende der späten Gotik. Dabei ist es nicht einmal formal so interessant, daß er sich Dürers „Kleine Passion" und anderes von Dürer – seine Eva beispielsweise – zu Vorbildern gewählt hat, als vielmehr die offenkundige Tatsache, daß hier wie dort ein verwandter neuer Geist, ein plastischer Humanismus sich Ausdruck verschaffte. Auch im religiösen Bereich verrät sich dieser neue Geist, etwa in der Darstellung des Abendmahls „in beiderlei Gestalt". Diese Szene, bemerkt Appuhn, „die kein anderer Altar aus katholischer Zeit enthält, kündigt den Beginn der Reformation an". Er betrachtet die Überlieferung, wonach Brüggemann durch die Reformation brotlos geworden und im Armenhaus gestorben sei, als Legende. Freilich weiß er über sein Leben und Schaffen vor und nach Bordesholm auch nichts Genaues mitzuteilen.

Sicher ist allein – wie aus einem faksimiliert wiedergegebenen Vertrag hervorgeht –, daß „Meister Brüggemann" in Walsrode geboren ist und dort seine Eltern begraben hat. Ein Datum ist nicht bekannt. Appuhn vermutet seinen Wanderweg von dort über Osnabrück in die Niederlande und wieder zurück. Er läßt als gesicherte Werke nur noch die Skulpturen des zerstörten Husumer Sakramentshauses gelten: die Madonna und St. Jürgen (beide in Kopenhagen), den Engel mit der Laute (in Berlin) und den riesigen Christophorus im Dom zu Schleswig.

EO PLUNIEN

E. O'Neill in Zürich: In den Schuhen der Bergner

Die Hölle bin ich selbst

Eugene O'Neills „Eines langen Tages Reise in die Nacht" – am Zürcher Schauspielhaus wieder herausgebracht. Man spielt den einst so sensationellen amerikanischen Strindberg, zumindest im deutschsprachigen Raum, nur noch selten. Liegt das daran, daß der auf dem Gebiet des Dramas Freud vorwegnehmende Dichter durch eine Zeit überholt wurde, in der jedermann alles über Psychoanalyse weiß oder zu wissen glaubt?

Das Stück handelt von einer Familie, die in einer Hölle lebt. Aber ihre Mitglieder machen sich nicht etwa gegenseitig das Leben zur Hölle, sondern jeder lebt in seiner eigenen, sozusagen privaten Hölle. Der Vater James Tyrone, einst Schauspieler, erfolgreich, aber eben doch in minderen Stücken, kann es sich nicht vergeben, daß er die große Karriere nicht geschafft hat. Sein Sohn Edmund, der sich auch mal als Schauspieler versuchte, taugt zu nichts als zum Trinken und Huren. Der andere Sohn Jamie ist schwer lungenleidend und, das Stück spielt 1912, vermutlich verloren. Die Mutter Mary, seit Geburt des ersten Sohnes Morphinistin, wird immer wieder rückfällig. Grund: Ihr Ekel vor dem Leben, ihre Angst – vor allem ihre Angst vor dem Alleinsein.

Wenn der Vorhang sich in Zürich zum ersten Mal hebt, traut man seinen Augen nicht: Statt der Bruchbude in der Nähe des Ozeans, wohin der geizige Tyrone seine Familie verbannt hat, eine schneeweiß getünchte schloßartige Halle, turmhoch (Bühnenbild: Jörg Zimmermann), sonnenbeschienen, wo doch immer wieder von Nebel gesprochen wird! Darin rennen die Darsteller unaufhörlich und völlig unmotiviert hin und her. Daß über zwei Drittel des Stücks keine rechte Spannung aufkommen will, liegt also keineswegs am Text, der ja vor innerer Spannung birst, sondern an der Regie des Hausherrn Heinz, die mit den Schauspielern so gar nichts anzufangen weiß, außer sie herumzappeln zu lassen, mit Schauspielern übrigens, die alle ausgezeichnet sind, aber allenfalls gegen Schluß zeigen dürfen, was sie können.

Das gilt vor allem vom zurückgekehrten Will Quadflieg, diesen herrlichen Komödianten, der alles zeigen könnte, hier aber eigentlich nur noch den geizigen Spießer zeigt. Seine Vergangenheit als besessener Schauspieler (Portrait des Vaters von O'Neill) wird kaum glaubhaft, geschweige denn lebendig. Aber er ist natürlich immer präsent.

Agnes Fink in der zentralen Rolle der Morphinistin: Sie ist beeindrukkend, hat auch einige rührende Momente. Aber meist rührt sie doch die Mitwirkenden stärker als uns jenseits der Rampe. Sie ist zu sehr Bürgerin, und sie wirkt kaum gefährdet – und gerade diese Gefährdung ist das eigentlich Entscheidende für den Verlauf des Dramas. Sie flößt höchstens – und auch das nur gegen Ende – Mitleid ein, nie Angst. Die Zeitbombe, die sie sein müßte für die Welt, für ihre Welt – die ist sie in keinem Augenblick.

Da darf man nicht einmal von ferne an ihre Vorgängerin denken, an die am Zürcher Haus „gemachte" Elisabeth Bergner, den Glücksfall einer Schauspielgeneration, die gerade in dieser Rolle, die sie als erste in Zürich spielte, unvergeßlich geblieben ist.

CURT RIESS



Noch im Zorn aus Liebe lachen: Karl Rahner FOTO: GERD BACHERT

Gottes- und Menschenliebe sind gleich – Zum 80. Geburtstag Karl Rahners

Von der Praxis des Basken geprägt

Heute vollendet der wohl bekannteste katholische Theologe unserer Zeit, Karl Rahner, sein achtzigstes Lebensjahr. Er wurde in Freiburg geboren, ist seit 1922 Mitglied des Jesuitenordens, hat in Innsbruck, München und Münster Theologie und Religionsphilosophie doziert, war maßgeblicher Berater des Zweiten Vatikanischen Konzils.

Auch wenn Karl Rahner nicht ständig davon spricht, so ist doch seine Prägung durch die geistliche Praxis des Basken Ignatius unübersehbar. Als Rahner 1978 in einer von ihm verfaßten „Rede des Ignatius von Loyola an einen Jesuiten von heute" sich gleichsam in die Rolle des Ordensgründers versetzte, kehrten dort die grundlegenden Themen seiner Theologie wieder: das Ringen des Menschen um die Erfahrung Gottes, das Spannungsverhältnis von kirchlicher Institution und persönlicher innerer Erfahrung, der Nachvollzug der Sympathie Gottes mit dieser Welt in der Selbstentäußerung der Menschwerdung, die bleibende Bedeutsamkeit der Mittlerrolle Jesu Christi, die Weisen der Nachfolge, die Kirchlichkeit.

Einen Abschnitt hat er überschrieben mit „Machtloser Dienst". Als solchen versteht er sein Lebenswerk in der Einheit von Gottesdienst und Menschendienst, Gottes- und Menschenliebe. Zu seinen wirkungsvollsten Werken gehören „Hörer des Wortes", eine während des Zweiten Weltkriegs entstandene Hinführung des Menschen zur Frage der Religion; die inzwischen auf sechzehn Bände angewachsene Reihe seiner „Schriften zur Theologie", im Grunde eine Sammlung zu vielen Gelegenheiten entstandener Aufsätze und Vorträge, die aber alle auf ihre Weise ins Zentrum des christlichen Glaubens zielen; schließlich der „Grundkurs des Glaubens".

Rahners Schriften sind vielfach keine leichte Kost. Dennoch haben allein seine Taschenbücher inzwischen die Millionenmarke überschritten. Seine Schriften sind in alle wichtigen Sprachen übersetzt worden. Stets geht es Rahner um den Menschen von heute auf seinen Wegen und Irrwegen und um die Verkündigung des Evangeliums als die für ihn gültige Antwort auf die fragenden Menschen aller Zeiten. Unübersehbar nimmt er Partei für die Kirchenfernen, für die ungläubigen Verwandten, für Nonkonformisten, für die armen Kirchen und die Aufbrüche in den außereuropäischen Erdteilen.

Kollegen, Schüler und Freunde haben anläßlich seines Geburtstages seinen Beitrag zum Konzil und das Konzil selbst in Erinnerung gebracht, zumal nicht wenige in der Kirche öffentlich oder leise von diesem Konzil abzurücken begonnen haben; die Festschrift trägt den Titel „Glaube im Prozeß". Selten war Karl Rahner ein bequemer Mahner. Dennoch hat er mit Heinrich Fries erst kürzlich von der „Einigung der Kirchen" als einer realen Möglichkeit gesprochen. Und wo man ihm „Zorn aus Liebe" abverlangte, hat er in weithin humorloser Zeit geschrieben:

„Eine Kritik sollte nur gesagt oder geschrieben werden, wenn der Kritiker in einer fröhlichen Stimmung ist, wenn er auch lachen kann und den kritisierten Kirchenmännern letztlich doch in liebendem Wohlwollen zugetan ist, wenn er weiß, daß sie zwar keine Genies oder Heilige sind, aber sich beim näheren Zusehen als ebenso liebenswert, wohlgesinnt und vernünftig herausstellen, wie man es von sich selber glaubt."

HANS WALDENFELS

JOURNAL

Peter Stein legt Leitung nieder

AP, Berlin

Peter Stein will sich nach der Spielzeit 1984/85 aus der künstlerischen Leitung der Berliner Schaubühne zurückziehen, die er in fast 15jähriger Arbeit zu einer der führenden Bühnen des deutschsprachigen Raums gemacht hat. Er wird jedoch dem Haus weiterhin als Regisseur zur Verfügung stehen. Als Grund für seine Entscheidung nannte Stein die Starrheit innerhalb der Selbstverwaltung des Theaters, die ihn in seiner künstlerischen Freiheit und seinen künstlerischen Auffassungen einenge.

Spoerli Choreograph an der Rheinoper

dpa, Düsseldorf

Das seit dem Tod von Erich Walter am 22. November vergangenen Jahres verwaiste Amt des Ballettdirektors an der Deutschen Oper am Rhein (Düsseldorf/Duisburg) bleibt vorerst unbesetzt. Als ständiger Choreograph wurde jetzt für die nächsten drei Jahre der Schweizer Heinz Spoerli gewonnen, der jedoch seine Tätigkeit als Ballettdirektor in Basel fortsetzen will. Spoerli vereinbarte mit dem Generaldirektor der Rheinoper, Prof. Grischa Barfuss, in jedem der kommenden drei Jahre eine große Ballettaufführung zu choreographieren. Für die Spielzeit 1984/85 ist das Stück „Romeo und Julia" von Serge Prokofieff vorgesehen.

Französische Filmpreise wurden verliehen

UPI, Paris

Die französische Filmakademie hat die diesjährigen „Cesar"-Filmpreise zuerkannt. Der Preis für den besten Film ging zu gleichen Teilen an „Auf unsere Liebe" von Maurice Pialat und „Le bal" von Ettore Scola, der auch als bester Regisseur geehrt wurde. Coluche, der für seinen deftigen Humor bekannte französische Komiker, wurde als bester Schauspieler in dem Film „Tchao Pantin" ausgezeichnet. Als beste Schauspielerin wurde Isabelle Adjani für ihre Rolle in „Der tödliche Sommer" geehrt. Bester ausländischer Film wurde „Fanny und Alexander".

Die Pläne der Frankfurter Oper

Reg. Frankfurt

Mit „Eugen Onegin" eröffnet die Frankfurter Oper am 9. September den Premierenreigen der kommenden Spielzeit. Schauspielregisseur Alfred Kirchner inszeniert die Tschaikowsky-Oper. Kirchner wird auch als Regisseur von Verdis „Falstaff" (28. 1. 85) genannt. Herbert Wernicke inszeniert Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen" in den eigenen Bühnenbildern. Termin ist der 31. März. Während die Ballettpläne durch die Kündigung von Egon Madsen offen sind, steht die letzte Opernpremiere am 22. Juni fest: Luc Bondy (Regie), Michael Gielen (Musikalische Leitung) und Erich Wonder (Ausstattung) erarbeiten den „Rosenkavalier".

Eva-Peron-Film wurde freigegeben

dpa, Buenos Aires

Der 1945 entstandene Film „La Prodiga" (etwa: Die verlorene Tochter) mit Eva Peron in der Hauptrolle wird demnächst in Argentinien erstmals aufgeführt. Die heute noch im Volk verehrte, 1952 mit 33 Jahren gestorbene Frau des früheren argentinischen Präsidenten Peron hatte als Schauspielerin begonnen und bestimmte als „Präsidentin" aktiv die Politik des Landes mit. Der kurz vor ihrer Heirat entstandene Film war vor seiner Uraufführung verboten worden.

Sacher-Stiftung erwirbt Webern-Nachlaß

AP, Basel

Die in Basel ansässige Paul-Sacher-Stiftung hat vom Moldenhauer-Archiv in Spokane (US-Staat Washington) den Nachlaß des österreichischen Komponisten Anton von Webern erworben. Der Nachlaß wird, ebenso wie der früher erworbene Igor Strawinskys, der Forschung zur Verfügung stehen, sobald die Stiftung im kommenden Herbst ihren Sitz am Basler Münsterplatz bezogen hat.

Dirigent Fritz Zweig †

dpa, Berlin

Der amerikanische Dirigent Fritz Zweig ist in Los Angeles im Alter von 90 Jahren gestorben. Zweig, gebürtig aus Olmütz in Nordmähren, war ein Kompositionsschüler von Arnold Schönberg. Von 1927 an gehörte er gemeinsam mit dem Komponisten und Dirigenten Alexander Zemlinsky zum musikalischen Leitungsteam der von Otto Klemperer initiierten Kroll-Oper. 1934 mußte Zweig gemeinsam mit seiner Frau, der Sängerin Tilly de Garmo, Deutschland verlassen, ging zunächst nach Prag, 1938 an die Pariser Oper und emigrierte 1940 in die USA, wo er vor allem als Gastdirigent tätig war.

Karneval oder Vom Frohsinn der Kaufleute

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Wer davon ausgeht, daß die närrische Zeit am 11. 11. um 11.11 Uhr jeweils beginnt und am Aschermittwoch endet, wird betrübt feststellen müssen, daß der „Jahrhundert-Karneval" schon vorbei ist. Zumindest für die Kölner. Denn am 25. Oktober empfing Papst Johannes Paul II. in der Sala Clementina des Vatikans Kurt Ludes, Reinhold Schornstein und Hans-Dieter Salcher – das Dreigestirn Prinz, Bauer, Jungfrau. „Wie die Heiligen Drei Könige" befand Johannes Paul II., und die Jecken riefen später auf dem Petersplatz mit geläuterten Kehlen inbrünstig: „Dreimol Kölle Alaaf, Alaaf, Alaaf." „Das klang", fand einer aus der Gruppe, „wie ein Hosianna". Auf daß aber auch das deutsche Fernsehvolk dies Ereignis richtig würdige, wertete Bauer (Reinhold Schornstein) vor den surrenden Kameras: „Zwei Höhepunkte gab's in meinem Leben: den Karneval und die Papst-Audienz." Man beachte die Reihenfolge!

Überhaupt lassen sich vor allem die Rheinländer den Spaß an den tollen Tagen kaum verderben. Nicht einmal die in den vergangenen Jahren schon notorische Geldknappheit verdrießt sie. So dauerte es den Jecken in Mönchengladbach zu lange, bis offiziell die „Fünfte Jahreszeit" begann, und so stiegen sie schon am 16. September in die Bütt – 53 Tage vor dem offiziellen Start. Sie schunkelten im Altweiber-Sommer bei einem „Jekken-Open-Air"-Festival; mit tieferem Grund, wollten sie ganz einfach die tiefe Leere ihrer Kassen auffüllen – was auch gelang.

Der Karneval, ob in München oder Mainz, in Köln, Düsseldorf oder Münster, hat längst seinen Stellenwert, seine eigenen Gesetze – bei so viel Publikum, das sich anziehen und sich den Spaß auch etwas kosten läßt. Darauf sind vor allem die Gastwirte aus – und pünktlich stiegen die Bierpreise in den Rheinmetropolen. Zwischen zwei und drei Mark müssen die Jecken über die „tollen Tage" hinweg für ein kleines 0,2-Liter-Bier berappen. Das mag den Durst bremsen und die Vernunft schärfen. Denn nicht nur die in 2200 Karnevalsvereinen organisierten Narren – rund eine halbe Million – werden sich auch in diesem Jahr vorsehen müssen: 1983 hatten vom Altweiber-Donnerstag bis Veilchen-Dienstag 25 000 Autofahrer allein im Rheinland „pusten" müssen. 1415 Fahrer mußten den Führerschein abgeben – für sie ist mindestens ein Jahr lang Aschermittwoch.

Doch ist Fasching kein süddeutsches wie Karneval kein rheinisches Phänomen – auch der hohe Norden mag davon nicht mehr lassen. Mit „Moorrege Ahoi" starteten die Moorreger Karnevalisten aus dem Kreis Pinneberg ihre Saison, und mit „Kiel Ahoi" werden die Narren an der Förde am Aschermittwoch ihr Prinzen-Paar vom Thron jagen. Und viel fortschrittlicher geben sich da die Dithmarscher, die ein Damen-Elferrat an der Spitze regiert.

Da schütteln die rheinischen Jekken nur abweisend ihre Narrenkappen: In den traditionsreichen Vereinen dort dürfen Damen nicht einmal Mitglied werden. Selbst Aachens Bürgermeisterin Waltraud Krause scheiterte mit diesem Begehr. Spontan hatte sich die karnevalsbegeisterte Hochschulprofessorin der Medizin um die Mitgliedschaft im 125jährigen Aachener Karnevalsverein (AKV) bemüht, als er dieses Mal den Fernsehjournalisten Friedrich Nowottny zum neuen „Ritter wider den tierischen Ernst" wählte. Doch sie holte sich einen Korb. „Was soll dieser tierische Ernst?" fragt sie nun erbost, „ohne Frauen als belebendes Element könnten die Männer doch gar keinen Karneval machen!" Doch die wollen sich das Sagen beim Frohsinn mit Weib, Wein und Gesang nicht streitig machen lassen; auch wenn sie versichern: „Wir sind keineswegs frauenfeindlich – im Gegenteil."

Und sie verweisen flugs auf Abt Rudolf, der sich schon anno 1133 „im heiligen Zorn" über die Frauen ereiferte, die „unter Hintansetzung aller weiblicher Scham mit aufgelösten Haaren aus ihren Gassen hervorkamen, die einen halbnackt, die anderen nur im Unterkleid, sich unter die Leute mischten". Und klagte weiter: „Da konnte man zeitweilig an 1000 Menschen beiderlei Geschlechts sehen, wie sie bis Mitternacht die ungeheuerlichste und abscheulichste Abgötterei trieben."

Offensichtlich ist entweder die Kirche toleranter geworden oder aber die Narren und Närrinnen züchtiger – sonst wären sie kaum so offiziell vom Papst empfangen worden.



Eingeschifft oder ausgebootet? Portugiesische Idylle, fotografiert von MANFRED GROHE

Deutsch auf dem Rückzug

AFP, Paris

Die Bewohner der Länder, in denen romanische Sprachen gesprochen werden, machen bei gleichbleibenden demographischen Tendenzen im Jahr 2000 knapp eine Milliarde Menschen und damit fast ein Sechstel der Erdbevölkerung aus. Das geht aus einer Untersuchung hervor, die jüngst von der „Union Latine", einer zwischenstaatlichen Organisation für kulturelle Zusammenarbeit, in Paris veröffentlicht wurde, und die der deutschen Sprache nur wenig Zukunftsaussichten einräumt. Diesen Angaben zufolge wird die Bevölkerung der romanischsprachigen Länder in diesem Zeitraum erheblich stärker zunehmen als die der deutsch- oder slawischsprachigen Staaten.

Berücksichtigt wurden in der Studie, deren Autor eine Expertin der Universität Paris ist, Spanisch, Französisch, Portugiesisch, Italienisch und Rumänisch als offizielle Landessprachen. In den nächsten 20 bis 25 Jahren wird Englisch die weltweit am meisten gesprochene und unterrichtete Sprache bleiben. Doch die fünf romanischen Sprachen könnten wegen der Bevölkerungsdynamik in den betroffenen Ländern dem Englischen den Platz langfristig streitig machen, merkte die Verfasserin Carmen Mata an. Sie sind Landessprachen in 61 Staaten, die 27 Prozent der Erdoberfläche ausmachen, und könnten in 30 bis 40 Jahren einen vorherrschenden Einfluß ausüben. Für den französischsprachigen Bereich sieht die Studie zwischen 1980 und 2000 ein Wachstum von 67 Prozent vor, für Spanisch 66 Prozent, Portugiesisch 65 Prozent, Rumänisch 15 Prozent und Italienisch fünf Prozent. Der englische Sprachbereich soll um 43 Prozent zunehmen, während der deutsche um drei Prozent zurückgehen würde.

Bisher sei nur wenig über die Zielsetzung des fremdsprachlichen Unterrichts nachgedacht worden. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß die Kinder von 1984 die erlernten Sprachen im Jahr 2005 auch voll nutzen können. Die Zukunft der deutschen Sprache werde durch den Bevölkerungsrückgang in den beiden deutschen Staaten beeinträchtigt.

Beim Babyhandel drückt Justitia oft ein Auge zu

In Italien blüht das Geschäft mit der illegalen „Adoption"

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Kinderliebe wird in Italien großgeschrieben. Die Geburt eines neuen Erdenbürgers ist wie eh und je ein festliches Ereignis für die ganze Familie und die Hausnachbarn. Nach alter Tradition wird an der Wohnungstür der glücklichen Eltern ein hellblaues oder rosa Seidenbändchen angebracht. Je nachdem, ob es sich um einen Jungen oder ein Mädchen handelt. Bei dieser tiefverwurzelten Liebe zum Kind und der Sehnsucht danach ist es kein Wunder, daß kinderlose Ehepaare mit allen Mitteln versuchen, diesem Mangel durch Adoption abzuhelfen. Doch nur einem Zehntel der adoptionsfreudigen Eheleute gelingt es auf legalem Wege, ihren Wunschtraum zu verwirklichen, weil die gesetzlichen Hürden hoch sind.

Auch im besten Falle dauert es mehrere Jahre, ehe dem Antrag stattgegeben wird. Viele kinderliebe, aber kinderlose Ehepaare verlieren die Geduld, nachdem sie auf Herz und Nieren geprüft und immer wieder vertröstet worden sind. Ihnen bietet der Säuglingsschwarzmarkt die Möglichkeit, schnell und ohne Ausfüllung seitenlanger Fragebögen ans Ziel ihrer Wünsche zu gelangen. Freilich sind die gekauften Säuglinge nicht ganz billig. Ein kleiner Junge kostet 12 000 bis 13 000 Mark. Ein Mädchen ist noch teurer, weil es später einmal bei der Hausarbeit, beim Kochen, Waschen, Putzen, Nähen nützlich sein kann. Eine weitverzweigte Organisation schafft die Kontakte zwischen Angebot und Nachfrage. Ein wahrer Baby-Racket, an dem auf der Offertenseite alle Beteiligten gut verdienen. Zu dem Racket gehören als Helfer und Helfershelfer in erster Linie Hebammen und Klinikpersonal, manchmal auch Ärzte. Nach Pressemeldungen betätigte sich sogar ein Priester als Vermittler, indem er Zigeunerkinder bei kinderlosen Ehepaaren unterbrachte.

Lieferantinnen der gesuchten Ware, das heißt gesunde Babys, sind in der Regel gestrauchelte junge Mädchen aus dem neapolitanischen Proletariat oder der süditalienischen Provinz. Der Handel wird meist schon vor der Geburt abgeschlossen. Da die Pille und andere empfängnisverhütende Mittel im proletarischen und kleinbürgerlichen Milieu des Südens so gut wie unbekannt sind, fehlt es nicht am „Rohmaterial", von dem der Säuglingsracket lebt. Um den Schwarzhandel zu kaschieren und legale Komplikationen zu vermeiden, wird die Gebärende oft mit Einwilligung der Adoptivmutter unter deren Namen in der Klinik registriert, so daß das neugeborene Kind mit Hilfe falscher Dokumente automatisch zu einem rechtmäßigen Mitglied der neuen Familie wird. Oder aber die kommenden illegalen Eltern geben an, daß die Leibesfrucht die Folge eines außerehelichen Seitensprungs des ungetreuen Ehemannes mit dem betreffenden Mädchen ist und von dem „Schuldigen" mit Zustimmung der „betrogenen" Gattin als rechtmäßig anerkannt wird.

Solch abgekartetes Spiel, bei dem keiner der Beteiligten aus der Rolle fällt, ist mit allerhand Nebenkosten verbunden. Die künftigen Eltern müssen für die Klinikkosten während des Wochenbetts aufkommen, dazu kommen die Schweigegelder für das Klinikpersonal.

An sich ist das italienische Adoptionsrecht in der letzten Fassung recht entgegenkommend. In der Theorie ist es heute für kinderlose Ehepaare und auch für Witwen, geschiedene Frauen und ältere Jungfern leichter geworden, Kinder zu adoptieren. Aber die bürokratischen Prozeduren bringen es mit sich, daß zwischen dem Antrag und der Zuweisung eines adoptionsfähigen Kindes oft Jahre vergehen, während die staatlichen und kirchlichen Findelhäuser Tausende von heimatlosen Kindern beherbergen. Diesen Zustand machen sich die Drahtzieher des Säuglingsrackets zunutze. Ihr Angebot umfaßt auch Kleinkinder aus der Dritten Welt.

Es hat den Anschein, als ob die Jugendgerichte in Italien in vielen Fällen ein Auge zudrücken, wenn der Verdacht besteht, daß ein Kind auf ungewöhnliche Weise zu einer Familie gekommen ist.

Erinnerungen des alten Henkers

SAD, London

Albert Pierrepoint, Englands berühmtester Henker, hat ein „Abschiedsinterview" gegeben. Der Vollstreckungsbeamte, der mehr als 500 Todeskandidaten am Galgen richtete, hat vor 28 Jahren seinen Dienst wegen einer „Honorarbagatelle" quittiert. Das Innenministerium wollte ihm nur ein „Ausfallhonorar" von einem Pfund (damals: elf Mark) zahlen, als Pierrepoint vergeblich zu einer Vollstreckung nach Manchester reiste. Der Delinquent war buchstäblich in letzter Minute begnadigt worden.

Pierrepoint wurde vom britischen Staat nur auf Honorarbasis beschäftigt und war privat Hotel- und Barbesitzer. Zu den einzelnen Vollstreckungen reiste er in die örtlichen Gefängnisse. Als er besagten Auftrag in Manchester erhielt, mußte er für zwei Tage drei Extra-Kellner einstellen. Deshalb verlangte er einen Honorarzuschlag.

Der 78jährige, der jetzt in Southport lebt, hat sein Interview dem kommerziellen Fernsehen gegeben, das heute in England ausgestrahlt wird. Mit Hochachtung erinnert er sich an Ruth Ellis, die letzte Frau, die in England am Galgen starb. „Sie war tapfer wie ein Mann." Timothy Evans, dessen Unschuld später entdeckt wurde, lächelte so merkwürdig bei seiner Hinrichtung. Pierepoint: „Ich war der letzte, der ihm ins Gesicht sah, bevor ich die Kapuze über seinen Kopf zog. Noch heute weiß ich nicht, was er dachte." Evans wurde 1950 hingerichtet, weil er angeblich seine Tochter umgebracht hatte. Erst später stellte sich heraus: Die Tochter gehörte in Wahrheit zu den Opfern des Massenmörders John Christie.

Erschreckt hat sich der Henker bei seiner grausigen Tätigkeit nur einmal, als er entdeckte: Der Todeskandidat war ein Stammgast, der oft bei ihm an der Theke gesessen hatte.

In England ist die Todesstrafe seit 1965 abgeschafft. Im vergangenen Jahr scheiterte die Wiedereinführung im Parlament, obwohl die Premierministerin Margret Thatcher zu den Befürwortern zählt.

Alitalia: Iran-Flüge gefährlich

AFP, Rom

Passagiere von Flügen nach Iran können nach Angaben eines italienischen Piloten das gleiche Schicksal erleiden wie die 269 Menschen an Bord der von sowjetischen Düsenjägern abgeschossenen südkoreanischen Boeing im vergangenen Jahr. Wie der auf Flügen nach Iran eingesetzte Flugkapitän Niolu von der italienischen Fluggesellschaft „Alitalia" berichtete, genügten schlechtes Wetter oder der kurzfristige Ausfall wichtiger Instrumente, um den unmittelbar an der sowjetischen Grenze verlaufenden Luftkorridor zu verlassen und unbeabsichtigt in den sowjetischen Hoheitsraum einzufliegen. Wegen des iranisch-irakischen Krieges müßten Passagierflugzeuge derzeit diese risikoreiche Route wählen, die teilweise nur 22 Kilometer von der Grenze zur UdSSR entfernt verläuft. Ähnlich hoch sei die Gefahr, wenn man nach dem Überfliegen Iraks nicht rechtzeitig Kontakt mit iranischen Bodenstationen bekomme und damit ins Visier der iranischen Luftabwehr gerate. Auf den zivilen Flugkorridoren tummeln sich darüber hinaus nach Angaben von Kapitän Niolu iranische „Phantom"-Jäger zu Trainingsflügen. Außerdem übe die Luftabwehr hier den Einsatz von Luft-Luft- und Boden-Luft-Raketen. Sollte es unmittelbar nach dem Start vom Teheraner Flughafen Probleme mit der Maschine geben, fügte Niolu hinzu, sei eine Katastrophe unausweichlich: Es wimmele nur so von „Phantom"-Düsenjägern im Luftraum über der Stadt, und die Piloten verstünden nur Farsi.

Zwölf Verkehrs-Opfer

dpa, Hamburg

Mit Schnee und Eis ist am ersten März-Wochenende überraschend der Winter zurückgekehrt. Auf spiegelglatten Straßen kam es vor allem am Samstag zu schweren Verkehrsunfällen, die mindestens zwölf Menschenleben forderten. Beim schwersten Verkehrsunfall des Wochenendes schleuderte Samstag früh ein 18jähriger mit seinem Wagen auf der vereisten Bundesstraße 26 bei Haßfurt (Unterfranken) in eine Schülergruppe. Neben dem nicht angeschnallten Fahrer starben zwei Jungen im Alter von 15 und 16 Jahren.

Freitod

dpa, Morristown

Der Vater der in den 70er Jahren zu großer Popularität gelangten „Kienast-Fünflinge", William Kienast (52), ist gestern tot in seinem Wagen nahe der Stadt Newark (US-Bundesstaat New Jersey) aufgefunden worden. Er hat offenbar Selbstmord begangen. Die Kienast-Familie mit den 1970 geborenen Fünflingen (drei Mädchen und zwei Jungen) waren beliebte Gäste in amerikanischen Fernsehsendungen und Talkshows. Kienast soll in finanziellen Schwierigkeiten gesteckt haben.

„Reform der Reform"

dpa, Rom

Das Reformgesetz, das vor sechs Jahren die italienische Psychiatrie entscheidend veränderte, soll einschneidenden Modifizierungen unterworfen werden. Am Samstag legte die italienische Regierung dazu einen Gesetzesentwurf vor, über den das Parlament entscheiden muß. Hauptpunkte der „Reform der Reform" sind die Wiedereinführung der Zwangsbehandlung und die Einrichtung von „Rehabilitationsinstituten für Langzeitpatienten". Dies kommt de facto einer Neueröffnung der ehemaligen Irrenhäuser gleich, deren Schließung das ursprüngliche Reformgesetz verfügt hatte.

Menschliches Versagen

AP, Sao Paulo

Die Explosionskatastrophe, die sich am 25. Februar in der brasilianischen Stadt Cubatao bei Sao Paulo ereignet und 93 Menschenleben gefordert hat, ist auf menschliches Versagen zurückzuführen. Das gab jetzt die Staatsanwaltschaft bekannt. Eine schadhafte Erdölpipeline war damals in Brand geraten und hatte ein Elendsviertel in ein Flammenmeer verwandelt. Einen Tag vor der Explosion haben Angestellte der staatlichen Ölgesellschaft Petrobras den falschen Strang der Pipeline mit Öl beschicken lassen. Dadurch sei überhöhter Druck entstanden, der den Strang zum Platzen brachte.

Natürliche Umwälzung

AP, Frankfurt

Durch Süßwasserzufluß von den Kontinenten, Verdampfung und Tiefenströmungen erneuert sich nach Erkenntnissen sowjetischer Wissenschaftler das Wasser des Atlantischen Ozeans alle 46 und das des Indischen Ozeans alle 40 Jahre. Im nördlichen und im südlichen Eismeer verläuft der Prozeß schneller, im Stillen Ozean dauert er hingegen 110 Jahre.

Tausende von Medizinern mit gefälschten Titeln?

Ärzteskandal in USA / Ermittlungen in 15 Bundesstaaten

WOLFGANG WILL, **New York**

Die Schlagzeile der „New York Times" von gestern muß den Amerikanern kalte Schauer über den Rükken gejagt haben. Tausende von Ärzten der Nation sollen „falsche Doktoren" sein und sich ihre Titel gekauft haben. In zunächst 15 der 50 amerikanischen Bundesstaaten, so berichtete das angesehene Blatt, seien Untersuchungen auf Bundes- wie auch auf lokaler Ebene eingeleitet worden.

Es war die amerikanische Bundespost, die einen ersten Hinweis auf diesen sich abzeichnenden Skandal gab: Sie entdeckte, wie ein Reporter der „New York Times" berichtet, im vergangenen Jahr „zahlreiche Postsendungen von gefälschten oder falschen medizinischen Beglaubigungen, die ihren Ursprung vorwiegend in medizinischen Ausbildungsstätten der Karibik hatten". Derartige „falsche Papiere" wurden von vier Ärzten benutzt, die kürzlich von New Yorker Krankenhäusern entlassen wurden. Sie hatten ihre Dokumente in der Dominikanischen Republik „erworben" – zu Preisen zwischen 5000 und 50 000 Dollar.

Dieser „Ärzte"-Skandal scheint große Ausmaße zu gewinnen: Im Bundesstaat New York sind 60 „dringliche Untersuchungsverfahren" eingeleitet worden: weitere 200 Ärzte an 31 medizinischen Instituten sowie zusätzliche 800 Doktoren, die an staatlichen psychiatrischen Anstalten tätig sind, müssen sich Überprüfungen gefallen lassen.

Von 5500 kalifornischen Ärzten, die im vergangenen Jahr bei Einstellungen ihre „medical credentials" präsentierten, gelten 325 als „verdächtig". Marc E. Grimm vom kalifornischen Ärzte-Zulassungsausschuß gab in diesem Zusammenhang bekannt, daß allein seine Behörde 2500 Personen ermittelt habe, deren medizinische Papiere als „zweifelhaft" eingeschätzt werden. Aber nicht nur gefälschte oder gekaufte ärztliche Doktortitel sind zum Problem geworden. Hinzu kommen offensichtlich erschwindelte Prüfungen.

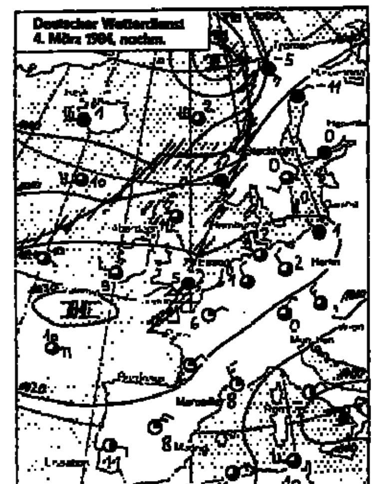
William L. Wood, Direktor der staatlichen Zulassungsstelle für akademische Berufe des Bundesstaates New York, bestätigte die Flut an Untersuchungen. Frances Berry, der in Washington auf Bundesebene die medizinischen Zulassungen in den einzelnen US-Bundesstaaten koordiniert, sprach von einem „nationalen Skandal". (SAD)

WETTER: Stark bewölkt

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs über dem Nordmeer erfaßt Deutschland von Norden her. Er führt etwas mildere Meeresluft heran.

Vorhersage für Montag:

Norden: Stark bewölkt bis bedeckt, zum Teil auch neblig-trüb, jedoch nur gelegentlich Sprühregen, im Bergland Schneerieseln. Höchsttemperaturen um 5 Grad, nächtliche Tiefstwerte um 2 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um West.



Süden: Anfangs heiter, im Tagesverlauf von Norden her Bewölkungsaufzug und nachfolgend strichweise Sprühregen. Höchsttemperaturen um 3 Grad. Nachts Abkühlung auf Werte um 1 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Noch keine durchgreifende Wetteränderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	2°	Kairo	20°
Bonn	0°	Kopenh.	4°
Dresden	–1°	Las Palmas	22°
Essen	1°	London	5°
Frankfurt	5°	Madrid	8°
Hamburg	2°	Mailand	12°
List/Sylt	1°	Mallorca	7°
München	0°	Moskau	–2°
Stuttgart	2°	Nizza	11°
Algier	11°	Oslo	–4°
Amsterdam	5°	Paris	6°
Athen	15°	Prag	1°
Barcelona	11°	Rom	7°
Brüssel	1°	Stockholm	–0°
Budapest	8°	Tel Aviv	23°
Bukarest	5°	Tunis	10°
Helsinki	0°	Wien	2°
Istanbul	11°	Zürich	2°

***Sonnenaufgang am Dienstag:** 6.56 Uhr, Untergang: 18.11 Uhr, **Mondaufgang:** 8.31 Uhr, Untergang: 22.10 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Brasilien erinnert sich seines „Schandflecks"

Erster Erfolg einer nationalen TV-Kampagne: Politiker nehmen sich der „Flagelados" aus den Dürregebieten an

AFP, Fortaleza

Das Erstaunlichste an der Dürrekatastrophe in Nordost-Brasilien ist in den Augen vieler Brasilianer das Erstaunen, das diese Entdeckung im Ausland hervorgerufen hat.

Im „Nordeste", einem Gebiet fünfmal so groß wie Italien, sind seit 1977 3,5 Millionen Menschen an Krankheit, Hunger und Durst gestorben. So die Schätzung des Erzbischofs von Fortaleza, Aloisio Lorscheider, nach Angaben, die aus den Diözesen der Region stammen. Gonzaga Motta, der Gouverneur von Ceara, einer der sieben betroffenen Regionen, spricht vom brasilianischen „Biafra". Die Kindersterblichkeit liegt bei 250 von 1000, 60 Prozent aller Kinder leiden an Anämie. Von einer Gesamtbevölkerung von 35 Millionen sind 10 Millionen vom Hunger gezeichnet. Aber Angaben wie diese nehmen nicht die Schlagzeilen der Tagespresse ein. Sie werden nicht als Aktualität, sondern als Routine angesehen. Und das nicht nur, weil der Karneval jetzt seinem Höhepunkt zutreibt.

Brasilien interessiert sich nur wenig für die Bilder ausgetrockneter Landschaften, ausgedörrter Flußbetten, von ausgemergelten Frauen und Kindern, die für einen Hungerlohn an Staudämmen arbeiten, von den Familien, die auf der Flucht sind, und von Tierkadavern, die am Straßenrand vermodern. Frauen, die im Parlament in Brasilia den zuständigen Abgeordneten suchen, haben wenig Chancen.

Denn was das Schlimmste ist: Eigentlich kann man dem Land keine Gleichgültigkeit gegenüber der Katastrophe vorwerfen. Es hat sich nur daran gewöhnt, mit dem Problem des „Nordeste" zu leben, so wie dieser sich an die Hungersnot gewöhnt hat. Schon im 15. Jahrhundert, in der Zeit der Ankunft der portugiesischen Kolonisatoren, haben hier Hungerkatastrophen Hunderttausende von Menschen gefordert. Die Trockenzone im Norden hat sogar eine Kultur eigener Art hervorgebracht. Die gesamte Literatur der Region, die in Brasilien nicht ihresgleichen hat, die Musik und Bildhauerei handeln vom Hunger. „Os Sertaoes", ein Werk von Euclides da Cunha, beschreibt diese Landschaft und nimmt in der Literatur Brasiliens einen hervorragenden Platz ein. Der Schriftsteller Jorge Amado schildert das schwere Leben im „Nordeste". „Wenn sie wüßte, daß ich Erde esse ...", beginnt eines der Lieder der Region.

Die Schlagzeilen, die das jahrhundertealte Phänomen jetzt im Ausland gemacht hat, fallen zeitlich mit einer Wiederentdeckung im eigenen Lande zusammen. Viel dazu beigetragen hat eine Kampagne der Fernsehgesellschaft „Rede Globo" im vergangenen Jahr (s. WELT v. 27./28. 83), die zu landesweiter Solidarität aufrief. Im Wahlkampf haben jetzt auch die Präsidentschaftskandidaten das Thema aufgegriffen. Aureliano Chaves, einer der aussichtsreichsten Bewerber, schlägt ein eigenes Ministerium für die Region vor. Das Problem sei dringlicher als das der 100 Milliarden Dollar Auslandsschulden, sagt er. Sein Konkurrent Paulo Maluf spricht von einem „Schandfleck" Brasiliens. Und Mario Andreazza, der amtierende Innenminister, führt seinen Wahlkampf mit Hilfeversprechen an das Establishment im „Nordeste", das traditionell großen Einfluß in Brasilien hat.

Hilfeversprechen hat es auch früher schon gegegben. Am vordringlichsten wäre eine Umleitung der großen Flüsse wie des San Francisco, um ein Bewässerungsnetz aufzubauen. Das Projekt ist über ein Jahrhundert alt, ist aber immer wieder verschoben worden. „Die Hungersnot, das ist für uns nicht nur der Mangel an Wasser", sagt Gouverneur Gonzaga Motta. „Was fehlt, sind politischer Wille und Kompetenz, um notwendige Maßnahmen durchzuführen."

Die Einwohner warten daher auch nicht auf die Einlösung der Wahlversprechen, sie warten, ob vor Mitte März Regen fallen wird. Wenn nicht, wird man wieder zu den „Arbeitsfronten" Zuflucht nehmen müssen, Brunnen graben und Staudämme bauen. Das ist das traditionelle Mittel der Regierung, 2,5 Millionen Menschen einen Lohn von umgerechnet rund 30 Mark im Monat zu verschaffen. Die Sprache der Armut nennt sie die „Flagelados", die Gegeißelten.

Auch haben bereits wieder die Plünderungen von Geschäften begonnen. Wie in den großen Industriestädten Sao Paulo und Rio fallen „Flagelados" über Lebensmittelgeschäfte her, so jetzt in Souza und Livramento. In Souza standen 35 Polizisten machtlos einer ausgehungerten Menge von 3000 Menschen gegenüber.

FRANÇOIS CASTERAN

ZU GUTER LETZT

Leicht frostig, gleichsam einsilbig zeigte sich der Wettergott: Sein Helau klang nicht nach „he", sondern „lau", das Alaaf weniger wie „a" als „laff". Formulierungskünste der Deutschen Presse-Agentur zum Karnevals-Wetter.